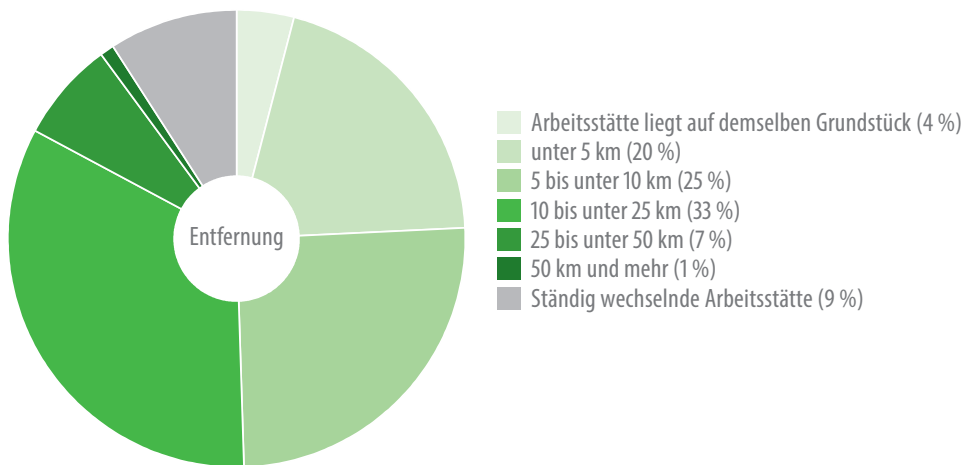
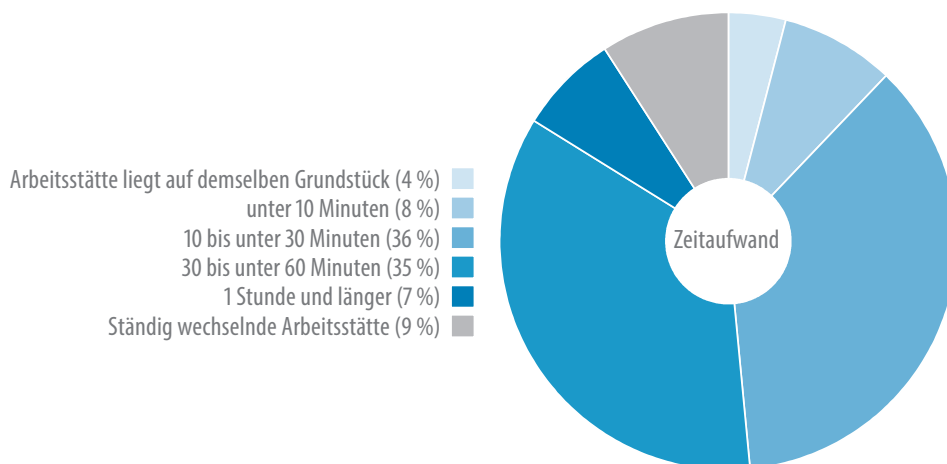


▯ **ARBEITSMARKT UND ERWERBSTÄTIGKEIT**



Erwerbstätige 2016 in Berlin nach Entfernung und Zeitaufwand zur Arbeitsstätte



Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
12. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Steinstraße 104-106
14480 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Verantwortlicher Redakteur i. S. d. BbgPG
Hartmut Bömermann
Redaktion
Nicole Dombrowski,
Dr. Holger Leerhoff,
Anja Malchin,
Dr. Thomas Troegel,
Ramona Voshage (Leitung)
zeitschrift@statistik-bbb.de

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck
Heenemann GmbH & Co., Berlin

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2018
Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
hat seinen Sitz in Potsdam und weitere
Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Steinstraße 104-106
14480 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777
Fax: 030 9028-4091

info@statistik-bbb.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1
in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - Zahlenwert unbekannt oder
geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil
Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe
können sich durch Schätzungen
ergeben



Alle Ausgaben seit 2007
finden Sie auf
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Kurzberichte

- ▮ Erste Ergebnisse der Sportstudie Berlin 2017 vorgestellt **3**
- ▮ Die Bibliothek des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg **4**
- ▮ Aktuelles von der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018 **5**
- ▮ Frühjahrstagung des Verbands Deutscher Städtestatistiker vom 16.-18. April 2018 in Berlin **6**
- ▮ Aktuelle Bevölkerungsentwicklungen in der Hauptstadt **7**
- ▮ Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit **8**

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

- ▮ Wechsel an der Spitze des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg – zwei Gespräche **12**

Statistik erklärt

- ▮ Verflechtungsquoten **51**

Neuerscheinung

- ▮ Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2017 **39**
- ▮ Modernisiertes „Statistikportal“ **61**

Historisches

- ▮ Massenarbeitslosigkeit in Berlin und Brandenburg Anfang der 1930er Jahre **62**

Save the date

- ▮ Statistische Woche **64**
- ▮ Arbeitstreffen zu umweltökonomischen Analysen mit den Amtlichen Firmendaten für Deutschland (AFiD) **64**

Fachbeiträge

Verdienste

- ▮ **Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen in Berlin und Brandenburg 2017** **16**
Elke Zimmer

Fachgespräch Karl Brenke (DIW Berlin)

- ▮ **„Angesichts der guten Konjunktur hat sich die Verhandlungsposition der Arbeitnehmerinnen und Arbeiter verbessert.“** **25**

- ▮ **Gesetzlicher Mindestlohn und der Gender Pay Gap im Niedriglohnbereich** **26**
Ergebnisse aus der Verdienststrukturerhebung 2014 und der Verdiensterhebung 2015
Clemens Ohlert

Mikrozensus

- ▮ **Der Weg zur Arbeit** **32**
Verkehrsmittelnutzung in Berlin im Kontext soziostruktureller Merkmale
Jörg Feilbach

Arbeitsmarkt

- ▮ **Der deutsche Arbeitsmarkt: Ein Vergleich von Ost und West** **40**
Stefanie Seele

Arbeitsmarkt

- ▮ **Arbeitsmarktbezogene Verflechtungen der Brandenburger Kreise** **44**
Andreas Mehnert

Wahlen

- ▮ **Bundestagswahl 2017 in Berlin** **52**
Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik
Geert Baasen



Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur das Wissenschaftsjahr 2018 und der DGB-Bundeskongress 2018 widmen sich der Zukunft der Arbeit, auch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wollen gewappnet sein und haben eine gemeinsame Digitale Agenda erarbeitet, um die digitale Transformation im täglichen Arbeiten voranzutreiben und Ihnen auch in Zukunft hochwertige statistische Informationen schnell und bedarfsgerecht bereitstellen zu können.

Unter der Überschrift „Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit“ versammelt die neueste Ausgabe der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg verschiedene Fachbeiträge, welche die aktuelle Situation Erwerbstätiger in den Ländern Berlin und Brandenburg beleuchten und in den historischen Kontext einbetten.

Den Auftakt bilden zwei Beiträge zu den Verdienstunterschieden zwischen Frauen und Männern. Zum einen werden die wichtigsten Ergebnisse der amtlichen Verdienststatistiken in Berlin, Brandenburg und Deutschland und deren Entwicklung dargestellt sowie der Einfluss der Branchenzugehörigkeit und des Beschäftigungsumfangs auf die Lohnentwicklung thematisiert. Zum anderen wird in einem Gastbeitrag beleuchtet, welche Auswirkungen die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns auf die Stundenlöhne bei beiden Geschlechtern im Niedriglohnbereich sowie auf den Gender Pay Gap hatten. Dabei wird besonderes Augenmerk auf die Unterschiede in Ost- und Westdeutschland gelegt.

Ein weiterer Gastbeitrag zeichnet ein detailliertes Bild der Entwicklung des Arbeitsmarktes in den alten und neuen Bundesländern seit der Wiedervereinigung. Wichtige Mechanismen, die für die Verbesserung der Arbeitsmarktlage bestimmend sind, werden identifiziert. Darüber hinaus werden in einem Aufsatz der Bundesagentur für Arbeit anhand der Daten zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die arbeitsmarktbezogenen Verflechtungen der Brandenburger Kreise und kreisfreien Städte veranschaulicht.

Sie dienen dazu, den regionalen Arbeitsmarkt zu beschreiben, bedeutende Wirtschaftsstandorte zu bestimmen und die Erfordernisse an eine arbeitnehmer- und arbeitgeberfreundliche Infrastruktur zu erkennen.

Ein ebenso wichtiger Aspekt, mit dem sich die Situation der Erwerbstätigen bewerten lässt, ist die Zeit, die für die Anreise zum Arbeitsort benötigt wird. Mithilfe der Ergebnisse des Mikrozensus wird für Berlin die Entfernung und der Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte dargestellt sowie die Nutzung verschiedener Verkehrsmittel soziostrukturell abgebildet.

Das Heft schließt mit einem Beitrag zur repräsentativen Wahlstatistik für die Bundestagswahl am 24. September 2017. Anhand der Wahlbeteiligung und der Stimmabgabe nach Altersgruppen und Geschlecht wird die Wählerschaft in Berlin charakterisiert.

Zum Schluss noch einige Worte in eigener Sache: Am 1. Juni 2018 hat es an der Spitze des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg einen Führungswechsel gegeben. Wir lassen den ehemaligen kommissarischen Vorstand, Rudolf Frees, und seinen Nachfolger, Jörg Fidorra, zu Wort kommen und führen mit ihnen ein zurückblickendes und ein in die Zukunft gerichtetes Gespräch.

Eine informative Lektüre wünscht Ihnen

A handwritten signature in black ink that reads "H. Bömermann".

Hartmut Bömermann
verantwortlicher Redakteur

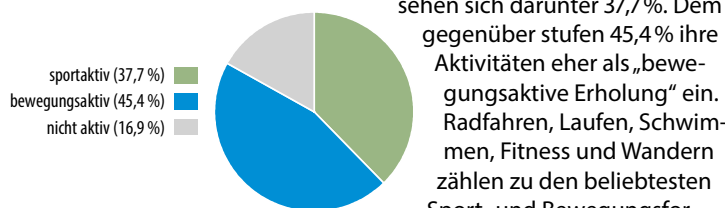
Kurzbericht

Erste Ergebnisse der Sportstudie Berlin 2017 vorgestellt

von **Birgit Pech**

Die Berliner Bevölkerung ist äußerst sport- und bewegungsfreudig. Ein Anteil von 83,1% der Berlinerinnen und Berliner über zehn Jahren schätzt sich selbst als sportlich oder bewegungsaktiv ein.

Als im engeren Sinne sportaktiv



sehen sich darunter 37,7%. Dem gegenüber stufen 45,4% ihre Aktivitäten eher als „bewegungsaktive Erholung“ ein. Radfahren, Laufen, Schwimmen, Fitness und Wandern zählen zu den beliebtesten Sport- und Bewegungsformen. Die allermeisten Berlinerinnen und Berliner organisieren ihre sportlichen Aktivitäten privat und betreiben sie bevorzugt in der Natur bzw. auf der Straße. Städtische Investitionen, gerade in die Modernisierung der bereits bestehenden Sport- und Bewegungsinfrastruktur, werden von über 70% der Berliner Bevölkerung als wichtig angesehen.

Diese und weitere erste Ergebnisse der Sportstudie Berlin 2017 wurden am 11. April 2018 im Rahmen einer Pressekonferenz in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport vorgestellt. Staatssekretär Christian Gaebler und Gabriele Freytag, die u. a. für Sportentwicklung zuständige Referatsleiterin, würdigten die Studie als wichtige Daten- und Argumentationsgrundlage für Berlins künftige Sport- und Stadtentwicklung. Geplant ist, die Ergebnisse für die künftige Sportentwicklungsplanung der Berliner Bezirke zu nutzen, um räumliche Handlungsschwerpunkte festzulegen und Entwicklungspotenziale im Bestand zu identifizieren.

Dafür sind fundierte und repräsentative Daten, die mit der Sportstudie Berlin 2017 nun zum zweiten Mal zur Verfügung gestellt werden, unverzichtbar. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) war mit der Durchführung, Aufbereitung und statistischen Auswertung der Studie betraut. Bereits mit der Vorläuferstudie „Sport in Berlin“ aus dem Jahr 2006 hatte die Senatsverwaltung für Inneres und Sport das AfS beauftragt.¹ Die aktuellen Daten basieren auf der bisher umfangreichsten Befragung zum Sport- und Bewegungsverhalten in Deutschland. Die Bruttostichprobe umfasste mehr als 60 000 zufällig ausgewählte Berlinerinnen und Berliner ab zehn Jahren; der Nettorücklauf betrug fast 25%.

Das Fragenspektrum umfasste unter anderem die Bereiche Art, Intensität und Regelmäßigkeit der Sport- und Bewegungsaktivitäten, Organisationsformen und Orte des Sporttreibens, Motive für Aktivität bzw. Inaktivität, Zufriedenheit mit den bestehenden Sportangeboten und offene Bedarfe.

Außerdem gaben die Befragten zu den Themen Vereinsmitgliedschaft, Interesse am Sportgeschehen im Allgemeinen, etwaige Konflikte durch Sport und die Sicht auf Berlin als Sportmetropole Auskunft.

Die Auswertung erfolgt für die unterschiedlichen Geschlechter und Altersgruppen, für deutsche und nichtdeutsche Berlinerinnen und Berliner, für den inneren und äußeren Stadtraum und für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen je nach Intensität und Regelmäßigkeit der Aktivitäten. Darüber hinaus werden die Sport- und Bewegungsaktivitäten vor dem Hintergrund unterschiedlicher Bildungshintergründe und sozialräumlicher Milieus betrachtet. Ausgewertet werden auch offene Fragen danach, welche Sport- und Bewegungsmöglichkeiten im näheren Wohnumfeld vermisst werden, sowie allgemeine Anregungen der Befragten für den Sport in Berlin.

Zu Vergleichszwecken werden die Ergebnisse der Vorstudie herangezogen. Bemerkenswert ist, dass die Berlinerinnen und Berliner im Zehnjahresvergleich noch sportlicher geworden sind (Aktivitätsquote 2006: 72%). Diese Entwicklung könnte neben einem erhöhten Gesundheitsbewusstsein auch auf veränderte Lebenswelten und -stile im Zeitalter von Social Media zurückzuführen sein.

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport wird die Ergebnisse im Herbst 2018 als umfassende Studie veröffentlichen.

Birgit Pech ist Referentin im Referat *Mikrozensus, Sozialberichte* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

¹ Senatsverwaltung für Inneres und Sport: Sport in Berlin. Untersuchung zum Sportverhalten. Berliner Schriften zur Sportentwicklung 1/2008: https://www.berlin.de/sen/inneres/_assets/sport/umfrage_zum_sportverhalten_2006.pdf.

Kurzbericht

Die Bibliothek des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

von **Steffi Kuß**

Die Bibliothek des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) ist eine öffentlich zugängliche Spezialbibliothek. Sie hält einen umfangreichen Präsenzbestand an statistischen Veröffentlichungen des Bundes und der Länder (auch der ehemaligen DDR) zur kostenlosen Nutzung bereit.

Derzeit umfasst der Bibliotheksbestand 18 581 Bücher bzw. Zeitschriftenbände, 84 laufend gehaltene Zeitungen und Zeitschriften sowie neun amtliche Drucksachen. Ein Vielfaches des Bestandes ist zahlenmäßig allerdings nicht erfasst. Es handelt sich hierbei um die Statistischen Berichte des AfS, die Statistischen Sonderveröffentlichungen und Querschnittsveröffentlichungen der anderen Statistischen Landesämter sowie des Statistischen Bundesamtes. Dazu zählen beispielweise alle Veröffentlichungen zu vorangegangenen Volkszählungen. Eine Besonderheit der Bibliothek des AfS, auch in der Region Berlin-Brandenburg, ist der historische Bestand zur deutschen Statistik: Mit der „Preußischen Statistik“ und der „Statistik des Deutschen Reiches“ werden gleich zwei große Schätze bewahrt und deren Nutzung ermöglicht.

Die Bibliothek hat neben dem kontinuierlichen und nutzerorientierten Bestandsaufbau vor allem eine wichtige Aufgabe: Sie ist eine wesentliche Informationsquelle und damit auch Dienstleister für die interessierte Öffentlichkeit. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden bei ihren Recherchen ebenso professionell unterstützt

wie Bürgerinnen und Bürger, die an „ältere“ und „jüngere“ statistische Daten gelangen möchten. Auch Schülerinnen und Schüler sowie Studierende können hier Daten sammeln und zusammenstellen, um diese für abwechslungsreiche Vorträge oder Hausarbeiten zu nutzen. Die Bibliothek inklusive kompetenter Beratung ist an 30 Stunden in der Woche geöffnet.

Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AfS werden von der Bibliothek mit Fachliteratur versorgt. Neben dem Neukauf und der Recherche für die Kolleginnen und Kollegen verspricht die Bibliothek regelmäßig 55 Zeitschriftenumläufe, darunter 40 Print- und 15 Onlineumläufe, an die drei Standorte des AfS in Potsdam, Berlin und Cottbus.

In der Vergangenheit tauschten alle Statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt Publikationen untereinander aus, um diese in ihren Bibliotheken vorzuhalten. Heute werden nur noch in Ausnahmefällen Printprodukte wie Bücher auf die Reise geschickt. Stattdessen steht im Internet kostenfrei die „Statistische Bibliothek“ bereit – eine große und notwendige Aufgabe, an der sich das AfS und seine Bibliothek mit viel Engagement aktiv beteiligen. Alle Statistischen Ämter des Bundes und der Länder archivieren hier gemeinsam auf einer Plattform ihre Veröffentlichungen, zu denen unter anderem die Statistischen Berichte, die Statistischen Jahrbücher und die jeweiligen Fachzeitschriften der Ämter zählen.¹

Steffi Kuß ist Referentin für *Presse- und Öffentlichkeitsarbeit* im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.



Die Bibliothek des AfS bietet ihren Service von Montag bis Freitag an. Sie haben Fragen zum Angebot oder zu konkreten Recherchen? Wir antworten gern.

Bibliothek des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin
Haus 3, 3. Stock, Raum 3.327

Telefon: 030 9021-3540
E-Mail: bibliothek@statistik-bbb.de

Sprechzeiten:

Montag bis Donnerstag: 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr
Freitag: 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr
(oder nach Vereinbarung)

Um telefonische Anmeldung wird gebeten.

¹ Weitere Informationen zur Statistischen Bibliothek finden Sie in: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, Ausgabe 1/2014, S. 8

Kurzbericht

Aktuelles von der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018

von **Veronika Kuchta**

Am 17. Mai 2018 hatte das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) die Möglichkeit, im Rahmen der Berliner Pressekonferenz über die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) – die größte freiwillige Haushaltserhebung der amtlichen Statistik – zu informieren; mit dem Ziel, in den Medien nochmals für die Teilnahme zu werben.

Für die Durchführung der EVS werden vom AfS weiterhin private Haushalte aus Berlin und Brandenburg gesucht, die sich bereit erklären, ein Quartal lang über ihre Einnahmen und Ausgaben Buch zu führen.

Nach dem Pressegespräch gab es rund 500 neue Teilnahmeanmeldungen, von denen 450 Haushalte auch tatsächlich in nicht vollständig belegte Schichten gehören und in die Erhebung einbezogen werden können. Damit ergab sich für Ende Mai 2018 eine Teilnahmequote von 69% in Berlin und 84% im Land Brandenburg.

Freiwillige Haushaltserhebungen sind erfahrungsgemäß immer mit Ausfällen verbunden. Es werden in den kommenden Wochen immer wieder Haushalte ihre Teilnahme abbrechen. Deshalb spiegeln sich nicht alle Neuanmeldungen in einem verbesserten Stand wider, da die ausfallenden Haushalte kompensiert werden müssen. Die Hälfte der bisher 670 ausgefallenen Haushalte in beiden Ländern hatte schon den ersten Erhebungsteil geliefert. Diese Unterlagen wurden bereits bearbeitet. Beim Nachbesetzen muss dieser erste Befragungsteil vom neuen Haushalt wiederum abgefragt werden. Neben den 5 120 bisher teilnehmenden Haushalten stehen dem AfS aktuell 1330 Reservehaushalte zur Verfügung, die aber nicht automatisch ausfallende Haushalte ersetzen können, da die jeweilige Schichtzugehörigkeit gewährleistet sein muss. Es wurden bereits rund 2 000 Haushalte kontaktiert und bearbeitet, von denen aber nur wenige für die Erhebung noch ergebniswirksam werden. Diese Zusammenhänge machen deutlich, wie komplex und aufwendig die EVS ist – und dabei steht der zentrale Erhebungsteil, das Haushaltsbuch, noch an.

**Es fehlen im Land Brandenburg:**

- Selbstständige (hier auch Landwirte),
- Einpersonenhaushalte (Arbeiter mit einem Nettoeinkommen unter 1 700 EUR),
- Paare mit Kindern,
- Mehrgenerationenhaushalte,
- Nichterwerbstätige Paare ohne Kinder

und in Berlin:

- Selbstständige (Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige),
- Paare mit und ohne Kinder,
- Mehrgenerationenhaushalte,
- Nichterwerbstätige (bei Rentnerinnen und Rentnern nur noch Paare mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1 700 EUR oder mehr als 2 600 EUR).

Veronika Kuchta leitet das Referat *Haushaltserhebungen* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Eine Anmeldung für die EVS 2018 ist noch bis September möglich!

Kontaktmöglichkeiten:

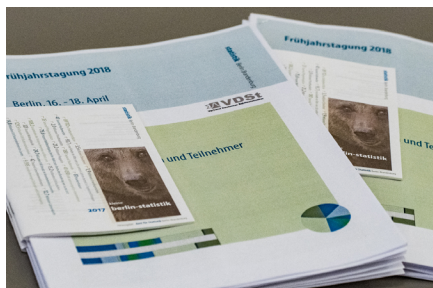
Tel.: 0331 8173-1120, -1123, -1129
evs@statistik-bbb.de
www.evs2018.de

Als Dankeschön für Ihre Mithilfe erhalten Sie eine Geldprämie in Höhe von 100 EUR.

Kurzbericht

Frühjahrstagung des Verbands Deutscher Städtestatistiker vom 16.-18. April 2018 in Berlin

von **Michael Haußmann**



Seit 1995 lädt der Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) zur Frühjahrstagung ein, der wichtigsten regelmäßigen Fachveranstaltung der Kommunalstatistiker. Bereits zum zweiten Mal nach 1999 war der VDSt in diesem Jahr in der Berlin zu Gast. Zum Gelingen der Veranstaltung hat das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) als lokaler Gastgeber maßgeblich beigetragen. Hartmut Bömermann, Vertreter des Vorstands und Leiter der Abteilung *Bevölkerung und Soziales* im AfS sowie stellvertretender Vorsitzender des VDSt, konnte mit seinem Team für beste Rahmenbedingungen sorgen.

Mit über 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war die Tagung in Berlin einmal mehr hervorragend besucht. Im Foyer des Louise-Schroeder-Saals im Roten Rathaus konnte man sich schon vor Beginn der Vorträge im StädtECAfé über aktuelle Entwicklungen aus den Städten Düsseldorf, Leipzig und Stuttgart informieren. Begrüßt wurden die Teilnehmenden dann von einem Dreiergespann: Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen in Berlin, Jörg Fidorra, seit 1. Juni Vorstand des AfS, sowie Michael Haußmann, Vorsitzender des VDSt, stimmten das Fachpublikum auf drei Tage

intensive Beschäftigung mit aktuellen kommunalstatistischen Themen ein, bevor Prof. Dr. Ulrike Rockmann, stellvertretende Landeswahlleiterin des Landes Berlin, ihre Erfahrungen aus zehn Jahren internationaler Wahlbeobachtung auf spannende und unterhaltsame Weise teilte.

An den beiden Folgetagen wurde in fast 20 Beiträgen aus den Städten berichtet, es wurden Anregungen gegeben und es wurde lebendig diskutiert. Ankerpunkte waren dabei die Themen kommunale Wahlanalysen, Bürgerbefragungen und aktuelle Einwohnertrends. Nach drei Tagen Networking und fachlicher Befassung waren sich die Tagungsteilnehmenden einig: Dem Tagungsbeauftragten des VDSt, Hermann Breuer, ist es wieder einmal gelungen, die Fackel der Inspiration in den Köpfen der Städtestatistiker neu zu entflammen.

Michael Haußmann ist Vorsitzender des Verbands Deutscher Städtestatistiker.

Die Tagungsdokumentation finden Sie unter:
www.staedtestatistik.de/1244.html



Fotos: Michael Haußmann

Kurzbericht

Aktuelle Bevölkerungsentwicklungen in der Hauptstadt

von Jörn Ehlert

Das Auftaktkolloquium des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg (AFS) im Jahr 2018 widmete sich verschiedenen Aspekten der Bevölkerungs- und Kommunalstatistik.

Die Bevölkerung Berlins wird von einer Vielzahl an Faktoren geprägt, die sich sowohl auf Größe und Struktur der Gesamtbevölkerung auswirken als auch bei kleinräumigen oder zukünftigen Betrachtungen von Bedeutung und Reichweite sind.

Der Einwohnerbestand beinhaltet alle melde-rechtlich registrierten Personen in Berlin zu einem bestimmten Stichtag – aktuell ist das der 31.12.2017. Auf Grundlage des Einwohnerbestandes lassen sich neben der Einwohnerzahl Berlins beispielsweise auch Aussagen zur Alters- oder Geschlechtsstruktur, zum Ausländeranteil und zu einer Vielzahl weiterer soziodemografischer Faktoren der Berliner Bevölkerung treffen. Um die verschiedenen Faktoren, Veränderungen und Auffälligkeiten vorzustellen und auszuwerten, bieten sich verschiedene soziodemografische Kennzahlen an. Hierzu wurden unter anderem die Sexualproportion, das Durchschnittsalter und verschiedene Abhängigkeitsquotienten vorgestellt. Neben dem Vergleich spezifischer Kennzahlen der räumlichen Einheiten Berlins untereinander wurden auch langfristige Entwicklungen aufgezeigt und die Daten in einen historischen Kontext eingeordnet. Es wurden neue Trends und Entwicklungen in Berlin identifiziert und beschrieben, die aktuelle und historische Vergleiche mit anderen Städten, Ländern und Regionen möglich machen.

Neben den Besonderheiten des Einwohnerbestandes beschäftigte sich der zweite Teil des Kolloquiums mit den Daten, die einen Einfluss auf den Bestand ausüben – den Einwohnerbewegungen. Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

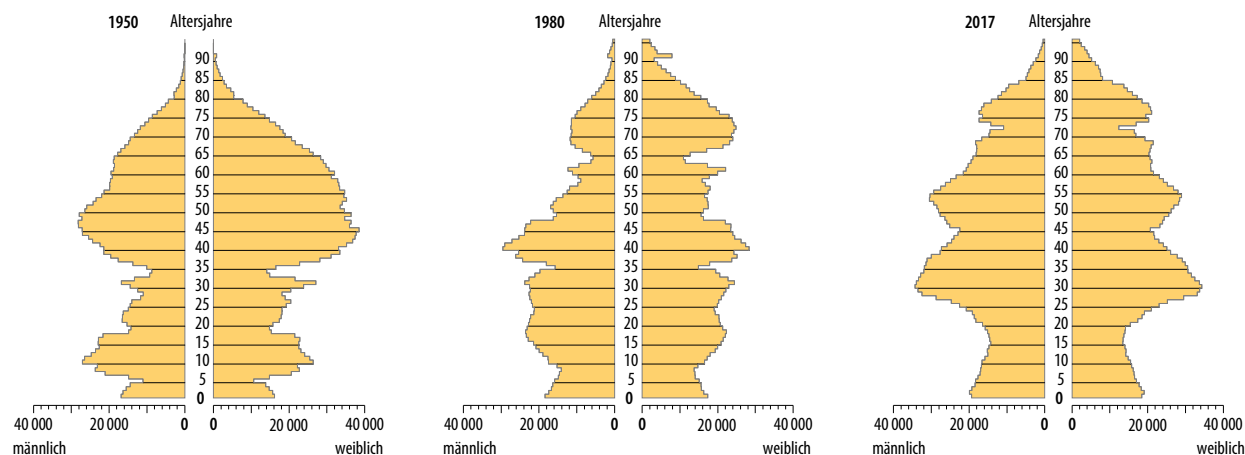
sind Faktoren, die zum einen bestandsrelevant sind und zum anderen einen großen Einfluss auf die soziodemografischen Eigenschaften ausüben können. So konnte beispielsweise aufgezeigt werden, dass Zu- und Fortzüge von bestimmten Personengruppen das Geschlechterverhältnis und die Altersstruktur kleinräumig beeinflussen. Werden die Wanderungen zusätzlich nach Herkunfts- und Zielgebieten unterteilt, ergeben sich tiefgehende Informationen, an denen sich Tendenzen, Trends oder Entwicklungen nachweisen lassen. Geburten- und Sterbefallanalysen zeigen wiederum verschiedene Fertilitätsneigungen und Lebenserwartungen in den betrachteten Räumen. Auch hier lohnte es sich, die Entwicklungen der Vergangenheit bis hin zu aktuellen Zuständen zu verfolgen, um zu erkennen, dass bestimmte Muster und Abhängigkeiten vorliegen, die die Zahl der Geburten und Sterbefälle beeinflussen.

Bei der Vorstellung der Ergebnisse wurde der Fokus auf kleinräumige Betrachtungen gelegt, denn Berlin ist mitnichten als eine große homogene Einheit zu betrachten. Im Gegenteil, vor allem in kleinen regionalen Einheiten bzw. Kiezen lassen sich charakteristische Besonderheiten entdecken. Diese Betrachtungsweise basiert auf den räumlichen Einheiten der lebensweltlich orientierten Räume (LOR) in Berlin, die teilweise außergewöhnliche soziodemografische Konstellationen aufweisen.

Ein weiteres Kolloquium zu bevölkerungsrelevanten Entwicklungen im Land Brandenburg ist in Planung.

Jörn Ehlert leitet das Referat *Bevölkerung, Kommunalstatistik* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg. Am 11. April 2018 stellte er im Rahmen eines statistischen Kolloquiums am Standort Berlin des AFS aktuelle Daten zur Bevölkerung Berlins vor.

a | Bevölkerungsaufbau 1950, 1980 und 2017 in Berlin nach Alter und Geschlecht



Kurzbericht

Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit

von **Martina Zahn** und **Ralf-Peter Janke**

Angaben zu Entgelten von Erwerbstätigen sind in verschiedenen Einkommens- und Verdienststatistiken zu finden, deren Erhebungsmethoden sich unterscheiden. In der Regel beruhen sie auf Teilerhebungen.

Die Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist Bestandteil der Beschäftigungsstatistik und basiert auf den Arbeitgebermeldungen zur Sozialversicherung. Es handelt sich um eine Vollerhebung der gemeldeten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland. Sie liefert ein differenziertes Bild über die Bruttomonatsentgelte und liegt seit 1999 jährlich zum Stichtag 31. Dezember vor.

Als Bruttomonatsentgelt wird das Arbeitsentgelt vor Abzug von Steuern (Lohnsteuer, Solidaritätsbeitrag, ggf. Kirchensteuer) und Sozialversicherungsbeiträgen (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Pflegeversicherung) bezeichnet. Darin eingeschlossen sind auch:

- Urlaubs- und Weihnachtsgelder, Tantiemen, Gratifikationen,
- Mehrarbeits-/Überstundenvergütungen und Mehrarbeitszuschläge,
- Familienzuschläge,
- Gefahrenzuschläge und Schmutzzulagen,
- Provisionen und Abfindungen.

Das angegebene Entgelt ist nach oben durch die Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung zensiert.

Auswertungen zum Bruttoarbeitsentgelt

Die Statistik zum Bruttoarbeitsentgelt liefert im Zeitverlauf sowie für Regionen, Personen- und Beschäftigungsmerkmale vergleichbare Angaben. Sinnvoll sind Vergleiche in der Entgeltstatistik dann, wenn diese in ihrer Aussagekraft nicht durch Unterschiede in der Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse beeinflusst sind. Dazu sind zwei Normierungsschritte notwendig:

1. Normierung auf einen einheitlichen Monatszeitraum: Die Angaben in der Jahresmeldung beziehen sich auf den gesamten Beschäftigungszeitraum des Jahres bei einem Arbeitgeber, unabhängig davon, ob der sozialversicherungspflichtig Beschäftigte das gesamte Kalenderjahr oder im Extremfall nur einen Tag beschäftigt war.
2. Normierung auf Vollzeitbeschäftigte einer Kerngruppe, die Marktentgelte erzielen, das heißt ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, für die eine besondere (gesetzliche) Vergütungsregelung gilt. Das sind beispielsweise Auszubildende oder behinderte Menschen in anerkannten Werkstätten oder gleichartigen Einrichtungen. In der Beschäftigungsstatistik wird die Arbeitszeit nur nach Vollzeit und Teilzeit unterschieden. Angaben zur Anzahl der Arbeitsstunden liegen nicht vor.

Die Normierung auf einen einheitlichen Zeitraum (Monat) erfolgt durch die Berechnung eines durchschnittlichen individuellen Bruttomonatsentgelts nach folgender Formel:

$$\frac{\text{Entgelte in EUR}}{\text{Beschäftigungstage}} \times \frac{365,25}{12}$$

1 | Informationsquellen für Verdienste, Einkommen und Entgelte in Deutschland

Merkmal	Verdienst- erhebung	Verdienst- struktur- erhebung	Mikrozensus	Sozio- ökonomisches Panel	Entgeltstatistik der BA
Durchführung	Statistische Ämter des Bundes und der Länder	Statistische Ämter des Bundes und der Länder	Statistische Ämter des Bundes und der Länder	Deutsches Institut für Wirtschafts- forschung	Meldeverfahren zur Sozialversicherung, Aufbereitung durch Statistik der BA
Art der Erhebung	Teilerhebung	Teilerhebung	Teilerhebung	Teilerhebung	Vollerhebung
Periodizität	vierteljährlich	alle vier Jahre	jährlich	jährlich	jährlich
Abgebildeter Sachverhalt	Brutto- monatsverdienst	Brutto- monatsverdienst	Nettoeinkommen	Nettoeinkommen der Haushalte	Sozialversicherungs- pflichtige Brutto- arbeitsentgelte

Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind in der Entgeltstatistik nach ihrem durchschnittlichen individuellen Bruttomonatsentgelt in 50-EUR-Intervallen klassiert.

Entgeltangaben sind für folgende Merkmale verfügbar:

- Arbeitsort und Wohnort,
- Wirtschaftszweig,
- Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit, Ausbildung,
- Ausgeübte Tätigkeit: Beruf und Anforderungsniveau,
- Arbeitnehmerüberlassung.

Die Verteilung der durchschnittlichen Bruttomonatsentgelte kann durch Lageparameter beschrieben werden. Ein geeignetes Mittel, um die Streuung der Entgelte zu charakterisieren, sind Quantile. Dabei wird die Anzahl der Personen in der Kerngruppe in gleichgroße Gruppen geteilt: Eine Aufteilung in vier Gruppen wird als Quartil, in fünf Gruppen als Quintil bezeichnet. Der Median ist das 50%-Quantil: Die Hälfte der Beschäftigten erzielt ein geringeres Entgelt als der Medianwert, die andere Hälfte ein höheres Entgelt.

In Abbildung a werden die Bruttoarbeitsentgelte dargestellt. Der Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland ist klar erkennbar. In Ostdeutschland sind die niedrigen Entgeltklassen deutlich stärker besetzt als die höheren Entgeltklassen, während in Westdeutschland die Verteilung gleichmäßiger ist und der Anteil der sozialversicherungspflichtig

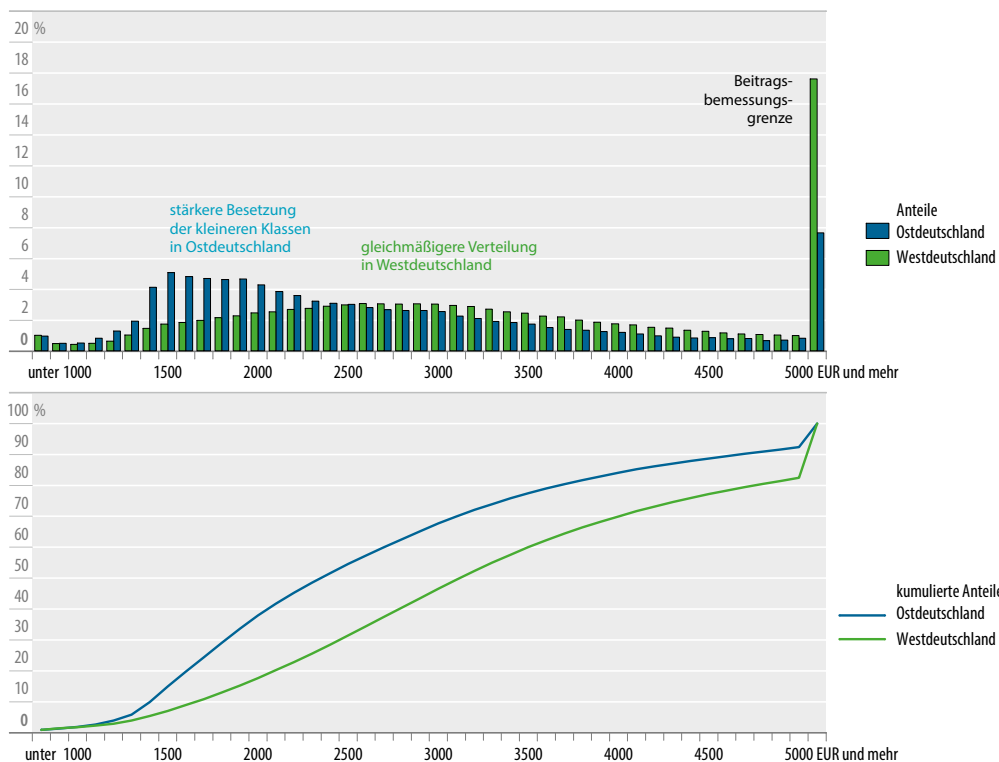
Vollzeitbeschäftigten, deren Bruttomonatsentgelt die Beitragsbemessungsgrenze erreicht oder überschreitet, mehr als doppelt so hoch ist wie in den neuen Bundesländern.

Aufgrund der Begrenzung der Einkommensverteilung am oberen Rand durch die Beitragsbemessungsgrenze ist die Berechnung des arithmetischen Mittels methodisch nicht sinnvoll, da die tatsächlichen Bruttomonatsentgelte oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze nicht bekannt sind. Der Median ist an dieser Stelle ein geeigneter Mittelwert. Er ist bei sogenannten Ausreißern, also Werten, die extrem von den anderen abweichen, robust.

Da die Einkommensverteilung der Beschäftigten in den statistischen Auswertungssystemen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit nur in klassierter Form vorliegt, muss zur Berechnung des Medians eine Näherungslösung angewendet werden.

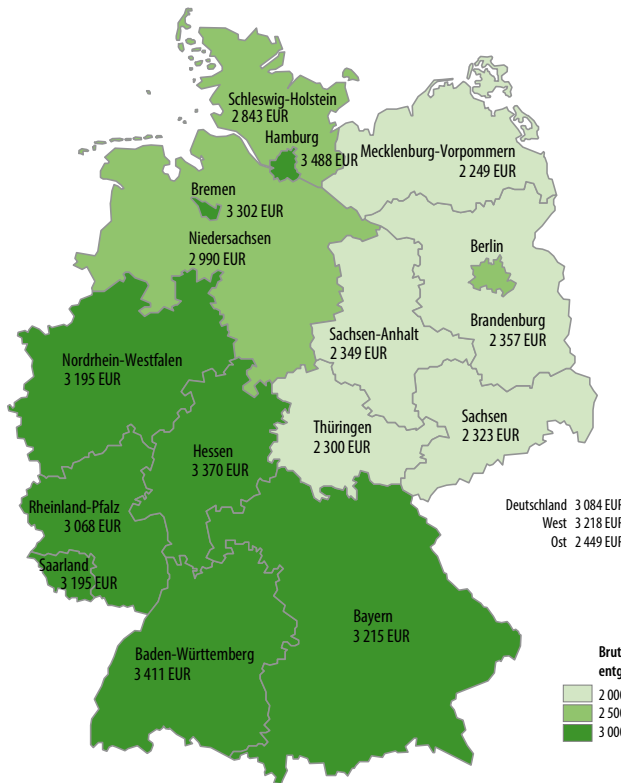
Die Verteilung der Bruttomonatsentgelte kann wie folgt beschrieben werden: Zum einen ist eine klare Differenzierung in Ost und West mit dem Ausreißer Berlin erkennbar (Abbildung b). Während eine sozialversicherungspflichtig beschäftigte Person in Mecklenburg-Vorpommern durchschnittlich 2248 EUR monatlich verdient, sind es in Hamburg 3488 EUR. Unterschiede von monatlich 1240 EUR und jährlich rund 15 000 EUR sind eindeutige Determinanten von Disparitäten der Einkommensverhältnisse und der damit verbundenen sozialen Auswirkungen. Zum anderen gibt es innerhalb der

a | Verteilung der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter in Ost- und Westdeutschland
Stichtag: 31.12.2015

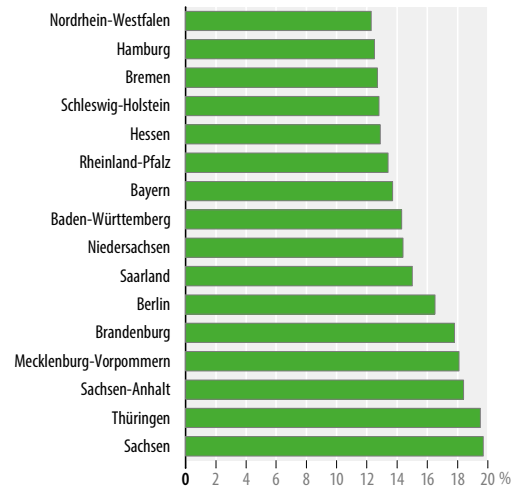


Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

b | Durchschnittliches Bruttomonatsentgelt sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter 2015 in Deutschland nach Bundesländern

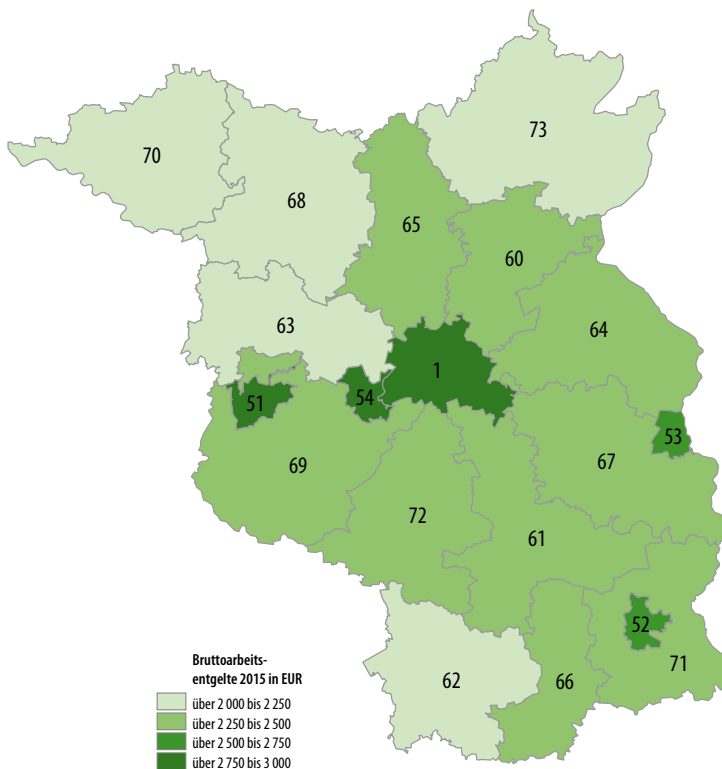


Relative Veränderung zwischen 2010 und 2015



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

c | Durchschnittliche monatliche Bruttoarbeitsentgelte sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter in Berlin und im Land Brandenburg nach Arbeits- und Wohnort



Berlin	1 Insgesamt	Arbeitsort	Wohnort
			2 974
Brandenburg	Kreise und kreisfreie Städte	Arbeitsort	Wohnort
	51 Brandenburg an der Havel	2 564	2 479
	52 Cottbus	2 588	2 676
	53 Frankfurt (Oder)	2 614	2 522
	54 Potsdam	2 813	2 853
	60 Barnim	2 269	2 622
	61 Dahme-Spreewald	2 394	2 565
	62 Elbe-Elster	2 062	2 160
	63 Havelland	2 104	2 512
	64 Märkisch-Oderland	2 292	2 572
	65 Oberhavel	2 434	2 686
	66 Oberspreewald-Lausitz	2 335	2 324
	67 Oder-Spree	2 377	2 591
	68 Ostprignitz-Ruppin	2 187	2 192
69 Potsdam-Mittelmark	2 303	2 676	
70 Prignitz	2 106	2 168	
71 Spree-Neiße	2 428	2 383	
72 Teltow-Fläming	2 384	2 503	
73 Uckermark	2 185	2 260	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

alten Bundesländer ein Süd-Nord-Gefälle, aber mit deutlich geringeren Spannweiten.

Weiterhin sind die Bruttomonatsentgelte in Ostdeutschland zwischen 2010 und 2015 schneller gestiegen als in Westdeutschland. Die deutlich größeren relativen Veränderungen der Medianentgelte in den neuen Bundesländern drücken das relative Aufholen aus.

Die Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit bietet die Möglichkeit, Medianentgelte nach Arbeits- und Wohnort zu vergleichen. Die Grundlage dafür liegt in der Datenstruktur der Meldungen der Arbeitgeber an die Sozialversicherung, da hier sowohl die Wohnadresse der Beschäftigten (Wohnort) als auch die Adresse des Betriebes (Arbeitsort) auf einem Meldeformular enthalten sind.

Abbildung c stellt die Entgelte in Berlin und im Land Brandenburg nach dem Arbeitsort und dem Wohnort dar. Demnach weisen einige Kreise im Land Brandenburg einen größeren Median nach dem Wohnort als nach dem Arbeitsort auf. Diese Kreise liegen alle im Berliner Umland. Auspendelnde aus diesen Kreisen (hauptsächlich nach Berlin) tragen ihre höheren Entgelte, die sie an attraktiven Arbeitsorten erzielen, an ihren jeweiligen Wohnort. Diese Lagegunst der Kreise ermöglicht es, attraktive Wohnortfunktionen eines Kreises durch Pendeln mit attraktiven Arbeitsorten zu verbinden.

Dr. Martina Zahn und **Ralf-Peter Janke** sind im *Statistik-Service Ost* der Bundesagentur für Arbeit tätig. Am 15. Februar 2017 stellten sie im Rahmen eines statistischen Kolloquiums am Standort Berlin des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg aktuelle Daten zu Bruttomonatsentgelten in Berlin und Brandenburg vor.

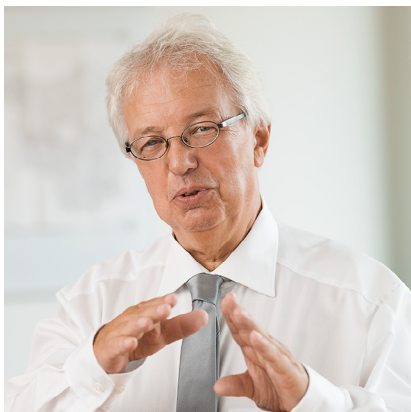
Quellenverzeichnis

- Bundesagentur für Arbeit, Statistik (2017): Revision der Beschäftigungsstatistik 2017 – Methodenbericht. URL: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Beschaeftigungsstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Revision-der-Beschaeftigungsstatistik-2017.pdf>, Stand: 21.02.2018.
- Bundesagentur für Arbeit, Statistik (2016): Bruttomonatsentgelte von Beschäftigten nach der Revision 2014 – Methodenbericht. URL: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Beschaeftigungsstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Bruttomonatsentgelte-nach-Revision-2014.pdf>, Stand: 21.02.2018.
- Bundesagentur für Arbeit, Statistik (2017): Glossar der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA). URL: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Glossare/Generische-Publikationen/BST-Glossar-Gesamtglossar.pdf>, Stand: 21.02.2018.
- Standardprodukt Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte 2016, 2015, 2014, URL: https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_300648/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Suchergebnis_Form.html?view=processForm&resourceId=210358&input_=&pageLocale=de&topicId=746742®ion=&year_month=201612&year_month.GROUP=1&search=Suchen, Stand: 21.02.2018
- Entgeltatlas der Bundesagentur für Arbeit, URL: https://entgeltatlas.arbeitsagentur.de/entgeltatlas/faces/index.jspx;jsessionid=3U36A6LbAt8Z-WooXzXCRfNH630LaPpwFXybduNyi-gi4NgDjWEtBT!-50127676?_afzLo-op=3756414927364333&_afzWindowMode=0&_afzWindowId=null&_adf.ctrl-state=kr6dmuwuf_1, Stand: 21.02.2018.

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

– Wechsel an der Spitze des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg – zwei Gespräche

Ein Blick zurück – Gespräch mit dem ehemaligen kommissarischen Vorstand Rudolf Frees



Rudolf Frees war seit 1986 im Statistischen Landesamt Berlin und seit 2007 im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) beschäftigt. Von 2014 bis 2018 leitete er als kommissarischer Vorstand die Geschicke des AfS. Nach dem Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an den Universitäten in Mainz und Frankfurt/Main sowie der Freien Universität Berlin arbeitete er unter anderem am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in verschiedenen Forschungsprojekten in den Bereichen Industrieökonomie und Arbeitsmarkt mit.

Herr Frees, Sie haben 2014 die kommissarische Leitung des AfS übernommen und das Amt vier Jahre geführt. Nun gehen Sie in den wohlverdienten Ruhestand. Wie haben Sie die Übernahme der kommissarischen Leitung erlebt? Hätten Sie diese Funktion gern noch einige weitere Jahre wahrgenommen?

| Die Übernahme der kommissarischen Leitung des AfS ging seinerzeit Knall auf Fall von Statten: Es war wohl Mittwoch, der 26. Februar 2014, als mir die Übernahme dieser Funktion angetragen wurde. Aus gewissen Gründen war es unabdingbar, dass jemand die Aufgabe und vor allem die damit verbundene Verantwortung mit Wirkung zum Samstag, den 1. März, übernahm. Am frühen Nachmittag des Freitag (28.2.) war ich dann zum Antrittsbesuch beim damaligen Vorsitzenden des Verwal-

tungsrats – Herrn Kliem von der Berliner Innenverwaltung – um meine Ernennungsurkunde entgegenzunehmen. An diesem Freitag wurden alle juristisch relevanten Eintragungen geändert und das Amt hatte jemanden, der bereit war, den Kopf hin zu halten.

Natürlich war es Ehre und Herausforderung zugleich, dem Amt, für das ich mich schon so viele Jahre eingesetzt hatte, zu dienen, auch wenn ich zu diesem Zeitpunkt davon ausgegangen bin, nur für einige Wochen – allenfalls wenige Monate – als Vorstand zu fungieren. Dass daraus am Ende mehr als vier Jahre wurden, hatte ich nie und nimmer angenommen.

Welche positiven Erinnerungen nehmen Sie aus Ihrer Zeit als kommissarischer Vorstand mit? Auf welche Entscheidungen sind Sie rückblickend besonders stolz?

| Besonders positiv war die breite Unterstützung, die ich während meiner Amtszeit als Vorstand im Haus verspürt habe. Der Rückhalt, den ich aus den meisten Bereichen gespürt und erfahren habe, hat mich nicht nur sehr gefreut, sondern vor allem auch bestärkt.

Mit dem Begriff „Stolz“ kann ich an dieser Stelle wenig anfangen. An erster Stelle bei vielen anstehenden Entscheidungen stand für mich, dass sie in strategische Überlegungen eingebunden und mittel bis langfristig angemessen waren, auch wenn sie kurzfristig Anpassungen erforderlich gemacht haben. Ansonsten habe

ich nach meiner eigenen Wahrnehmung das weiter verfolgt, wofür ich auch vor meiner Vorstandsposition stand.

Was waren die größten Herausforderungen für Sie und für das AfS?

| Hier möchte ich drei Punkte nennen: Die größte Herausforderung war sicher, an verschiedenen Stellen (Verwaltungsrat, Personen bei den Aufsichten beider Länder etc.) verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen. Mit der Situation des prinzipiellen Einstellungsstopps und der Möglichkeit von Einstellungen nur in besonders begründeten und vom Verwaltungsrat bestätigten Fällen umzugehen, war nicht immer einfach. Vor allem, da in dieser Zeit der demografische Faktor in Form zahlreicher „altersbedingter Abgänge“, der Weggang erfahrener, spezialisierter und hoch qualifizierter Kolleginnen und Kollegen, die Situation Monat für Monat verschärfte.

Einen neuen Leiter des IT-Bereichs sowie einen stellvertretenden Vorstand an die Hand zu bekommen, war auch schon eine gewisse Herausforderung. Dass massive Spannungen auf dieser Ebene die Situation für alle Betroffenen sehr schwer machen können, hatten wir zuvor schon erlebt. Dass entsprechende Befürchtungen unbegründet waren, stellte sich aber bald heraus: Bei allem verschiedenen Erfahrungshintergrund und sehr unterschiedlichen Berufsbiografien haben Jörg Fidorra und ich es geschafft, sehr offen auf einander



zuzugehen und uns zum Wohl des Amtes nach meinem Dafürhalten von einem ausgeprägten „Teamspirit“ tragen zu lassen. Natürlich haben auch wir an der einen oder anderen Stelle unterschiedliche Auffassungen. Dafür gab es aber immer genügend Spielraum und gegenseitige Toleranz.

Schließlich stellen die Aufgaben des Amtes im Zusammenhang mit der Ermittlung von Wahlergebnissen immer eine besondere Herausforderung dar. Zum einen bieten sie immer einen mehr oder weniger großen Spielraum für Innovationen, zum anderen bringen Wahlen wie keine andere Aufgabe einen ungeheuer großen Termindruck mit sich. Die gesamte Maschinerie muss auf den Punkt am Wahlabend funktionieren. Und nirgendwo ist die öffentliche Aufmerksamkeit für die kleinsten Probleme so groß. Vor diesem Hintergrund bestand bereits gut ein Jahr vor meiner Vorstandszeit die Herausforderung darin, nach den weniger erfolgreichen Wahlabenden in Brandenburg 2008 und 2009 einen neuen Ansatz zu finden und diesen in der Phase von 2013 bis 2017 umzusetzen. Unsere sehr erfolgreiche Performance bei den Wahlen 2013 und 2014 ist das Resultat der hoch motivierten und qualifizierten Mitarbeit aller daran Beteiligten. Dies ist ein letztes Mal für mich die Gelegenheit, mich bei all diesen Beteiligten zu bedanken.

Was kommt jetzt? Hängen Sie die Statistik endgültig an den Nagel oder bleiben Sie der Statistical Community in der einen oder anderen Form erhalten?

Meine persönliche Zukunft pläne ich eher weniger. Eines meiner Lieblingszitate lautet: „Leben findet immer einen Weg.“ Oft genug habe ich in meinem Leben erfahren, wie absolut unvorhersehbare Konstellationen mein weiteres Leben beeinflusst haben. Auch wenn dazu das eine oder andere Ereignis gehört, das ich klar auf der „Negativseite“ veruche, so hatte ich doch oft genug den Eindruck „zur rechten Zeit, am rechten Ort mit den richtigen Menschen zusammenzutreffen“.

Was ich schon länger vorhabe, ist bei der einen oder anderen internationalen Organisation anzuklopfen und mich in Erinnerung zu rufen. Seit Anfang der 1990er Jahre hatte ich verschiedene Gelegenheiten, zum Beispiel im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH an interessanten Projekten mitzuwirken und dabei ein wenig die Arbeits- und Lebenssituation von Kolleginnen und Kollegen in Afrika, China, der Türkei oder Rumänien kennenzulernen. Vielleicht bieten sich Gelegenheiten, bei denen ich mit meinen Erfahrungen und Kenntnissen in ähnlichen Projekten mitwirken kann. Das kann ich mir sehr gut vorstellen – soweit meine Gesundheit das zulässt.

Was wünschen Sie sich für das AfS?

Vor allem wünsche ich dem AfS, dass Konstellationen, wie sie zu der Situation 2014 geführt haben (ungeklärte Nachfolge an der Hausspitze und kommissarische Lösungen), sich nicht wiederholen.

Sodann wünsche ich dem AfS, dass es die anstehenden, sehr großen Herausforderungen, die sowohl in der Fachstatistik mit dem Zensus 2021, dem Mikrozensus 2020 und FRIBS anstehen, als auch für die IT mit den dringend notwendigen Anpassungen im Hinblick auf Cloudcomputing etc. und schließlich die Herausforderungen, die mit den Wahlen 2019 auf das Amt zukommen, dass das AfS all diese Herausforderungen mit Bravour bewältigt und daran weiter wächst.

Welche zwei Ratschläge möchten Sie Ihren Nachfolgern mit auf den Weg geben?

Ich glaube, die brauchen meine Ratschläge nicht wirklich; wiederhole aber gerne noch einmal, was ich bei meiner Abschiedsrede am 24. Mai 2018 bereits gesagt habe: Ein ausgefeilter Projektstrukturplan, detailliert beschriebene Arbeitspakete, effektives Controlling und Fortschrittsberichte – alles ist sicher hilfreich bei der Planerfüllung und der Zielerreichung. Ohne die kompetenten und hoch motivierten Kolleginnen und Kollegen an der richtigen Stelle nutzt es aber wenig. Lasst diesen Menschen genug Spielraum für das „doing“, am Ende einer langen Wahlnacht z. B. zählen nur die Ergebnisse!

Entwicklungen in der amtlichen Statistik

Ein Blick in die Zukunft – Gespräch mit dem amtierenden Vorstand Jörg Fidorra



Jörg Fidorra war vor seiner Tätigkeit im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg in verschiedenen Managementpositionen der privaten und öffentlichen Wirtschaft tätig. Er bezeichnet sich selbst als Generalist, der in der Lage ist, in den unterschiedlichsten Geschäftsfeldern in kurzer Zeit erfolgreich zu sein. Nach dem Studium der Germanistik, Philosophie, Pädagogik und Psychologie ließ er sich zum Wirtschaftsinformatiker ausbilden und arbeitete als Organisationsentwickler und Projektleiter, bevor er Führungspositionen übernahm. Der zertifizierte Businesscoach ist verheiratet und lebt im havelländischen Brieselang.

Herr Fidorra, Sie haben seit dem 1. Juni 2018 die Vorstandsposition im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg inne. Als stellvertretender Vorstand und Leiter der Abteilung Zentraler Service lag Ihr Schwerpunkt bisher eher in den administrativen Bereichen des Amtes. Was wird sich für Sie als Vorstand ändern?

| Die Rolle des Vorstandes ist für mich eine klare Führungsaufgabe. Heute spricht man häufig vom sogenannten Leadership. Als Vorstand geht es weniger darum, zu managen, also Planen, Organisieren und Kontrollieren. Unter Leadership verstehe ich, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu inspirieren, zu begeistern und zu motivieren, eine Richtung vorzugeben, in die sich das Amt zukünftig entwickeln soll.

Kürzlich bezeichnete mich eine Journalistin als „Impulsgeber“. Ein Kompliment, dem ich in meiner neuen Rolle auch zukünftig sehr gerne gerecht werden möchte. Gemeinsam mit allen Beschäftigten möchte ich das AFS zu dem Informationsdienstleister in der Hauptstadtregion entwickeln. Dazu brauchen wir Wandel

und Bewegung. Wir müssen Raum für Neues schaffen, Raum für Experimente. Um dieses zu erreichen, werde ich gezielt Instrumente des Innovationsmanagements einsetzen, um das Potenzial meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu nutzen, Innovationstreiber zu fördern und weitere Maßnahmen initiieren, die geeignet sind, die Erneuerungsfähigkeit des Amtes voranzubringen. Zu dieser Aufgabe gehört es sicher auch Überzeugungsarbeit zu leisten, bestehende Ängste zu nehmen und Widerstände aufzulösen. Insofern sehe ich meine vornehmliche Aufgabe darin, das AFS mit Mut und Bereitschaft für Veränderungen durch alle bevorstehenden Herausforderungen zu führen.

Was werden Sie anders machen als Ihre Vorgänger? Was möchten Sie beibehalten?

| Mein Vorgänger Rudolf Frees hat in seiner Amtszeit so viel für eine neue Kultur im AFS getan. Für ihn waren Respekt und Wertschätzung, Vertrauen und Verlässlichkeit, Transparenz sowie eine sachliche Haltung stets die Grundsätze seines Handelns. Ich schätze diese Art miteinander umzugehen sehr, und es ist mir wichtig, dass wir diese Kultur auch weiterhin leben.

Aber natürlich möchte ich Dinge ändern. Mein Ziel ist es, die Prozesse im Amt weiter zu straffen und unerwünschte Reibungen zu minimieren. Wir müssen im AFS lernen, noch lösungsorientierter zu arbeiten. Am Ende zählt doch das Ergebnis. „Ich bin nicht zuständig.“ darf es nicht geben. Manchmal müssen wir alle über den berühmten Tellerrand hinausschauen. Nur gemeinsam erreichen wir das Ziel, die amtliche Statistik in der Metropolregion erfolgreich zu etablieren. Jede und jeder Beschäftigte ist daher mitverantwortlich für die pünktliche und zuverlässige Aufgabenerledigung.

Das AFS hat sehr gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich bin stolz, dass wir eine Vielzahl von Statistikexpertinnen und Statistikexperten beschäftigen, die weit über unser Haus für ihr Wissen bekannt sind. Das ist eine wirkliche Stärke. Unterstützt werden diese von einem engagierten Verwaltungs- und IT-Bereich. Allerdings müssen sich Führungskräfte des AFS noch weiter entwickeln, damit sie ihre Managementaufgaben besser wahrnehmen können. Dabei müssen wir den Rechtfertigungsdruck reduzieren und ein Vertrauensklima schaffen.

Generell liegen mir die Themen Wissenstransfer und Weiterbildung sehr am Herzen. Ich lege allergrößten Wert auf eine kontinuierliche Kompetenzentwicklung von allen Beschäftigten.

Mit der technischen Entwicklung, aber auch durch die immer höher werdenden Anforderungen an die amtliche Statistik, verändern sich die Aufgaben und Rollen im Haus. Das gilt sowohl für die Prozesse innerhalb des AFS als auch für die Zusammenarbeit mit externen Partnerinnen und Partnern. Auch hier stehen wir vor großen Herausforderungen, die es gilt, gemeinsam zu meistern. Ein wichtiger Schritt ist es, unsere Kommunikationskultur zu verbessern. Eine kurze persönliche und gleichzeitig verbindliche Abstimmung kann uns überflüssigen E-Mail-Verkehr und Missverständnisse ersparen. Nur so gelingt es, problemlos und kollegial zusammenzuarbeiten. Ein respektvolles Miteinander ist in hohem Maße attraktiv, um gutes Personal zu finden und zu binden. Das bedeutet nicht, dass wir alle immer einer Meinung sein müssen. Wir sollten nicht Anpassungsleistung wertschätzen, sondern Initiative.

Für mich zählt, dass sich alle Kolleginnen und Kollegen nach ihren Möglichkeiten und Kräften in ihre Arbeit im AFS einbringen. Ich respektiere, dass sich persönliche

Lebensumstände, wie die Pflege von Angehörigen, das Leben mit kleinen Kindern oder gesundheitliche Beeinträchtigungen auf die individuelle Leistungskraft auswirken können. Ich erwarte, dass die Teams solche Situationen kollegial auffangen. Wir brauchen mehr Füreinander statt nur Miteinander. Gute Betriebe sind Solidargemeinschaften, nicht nur eine Addition von Einzelleistern. Nur gemeinsam bringen wir das AfS voran.

In Zeiten einer zunehmenden Zentralisierung und Digitalisierung müssen sich alle Statistischen Ämter des Bundes und der Länder einem steigenden Wettbewerb stellen. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht erforderlich, damit das AfS mit allen Kolleginnen und Kollegen diesem erfolgreich gewachsen ist?

| Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen. Zentralisierung im Sinne von Arbeitsteilung auf Augenhöhe halte ich für eine sehr gute Sache. Der Statistische Verbund, mit seinem Prinzip „Einer für alle“, zeigt etwa in den Verfahren zentraler Produktion und Datenhaltung (ZPD) beeindruckend das Potenzial von Zentralisierung innerhalb von Netzwerken. Dieser gemeinsame Nutzen der Kooperationspartner in Netzwerken entsteht allein auf der Grundlage von Vertrauen und der Bereitschaft sich entgegenzukommen.

Dessen ungeachtet beobachte ich aktuelle Zentralisierungsbestrebungen in einer hierarchisch strukturierten Organisationsform, die ich für nicht mehr zeitgemäß halte. Alleingänge erhöhen nur die Kosten der Kontrolle und der Durchsetzung, nicht die Effizienz. Darüber hinaus gibt es zahlreiche gewichtige Argumente und gute Gründe für die föderale Aufgabenteilung in der amtlichen Statistik in Deutschland. Darum setze ich mich auch weiterhin für die Stärkung des Statistischen Verbundes ein.

Digitalisierung ist das nächste Schlagwort, das Sie ansprechen. Bei diesem Thema gibt es zwei Thesen, die nahezu immer in den Raum gestellt werden. Die erste These lautet: „Die Digitalisierung wird kommen.“ und die zweite „Die Digitalisierung wird vieles verändern.“ Beide Behauptungen haben eines gemeinsam: Sie sind falsch.

Zum einen ist die Digitalisierung schon längst da und zum anderen wird sie nicht vieles verändern – sie verändert fast alles. Deshalb spreche ich auch lieber von der digitalen Transformation. Sich davor zu fürchten, ist falsch, denn Angst ist ein schlechter Berater.

Neulich habe ich eine Studie gelesen, dass die Digitalisierung bei uns zu Hause bereits weiter fortgeschritten ist als am Arbeitsplatz im Büro. Warum sollte das, was wir zu Hause schätzen, nicht auch bei der Arbeit gut sein?

Ich bin davon überzeugt, dass die digitale Transformation eine echte Chance ist. Digitalisierung bedeutet eben nicht die Macht der Maschinen oder die Herrschaft der Algorithmen, sondern die Konzentration auf das Wesentliche. Auf das, was nur Menschen leisten. Menschen machen den Unterschied.

Der britische Ökonom John Maynard Keynes hat gesagt: „Die Schwierigkeit besteht nicht so sehr darin, neue Ideen zu entwickeln, sondern alten zu entkommen.“ Wir sollten also loslassen, denn die Digitalisierung wird uns dazu zwingen, unsere Arbeit neu zu denken. Darum fordere ich von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sich keine Denkverbote aufzuerlegen.

Auch die Führungskräfte des AfS sehen das so. Gemeinsam haben wir deshalb beschlossen, für das AfS eine klare strategische Positionierung für die kommenden Jahre zu entwickeln. Neben der Digitalen Agenda des Statistischen Verbundes wollen wir uns neu aufstellen und eine digitale Strategie für das AfS schaffen.

Unter der Überschrift „Zukunftswerkstatt“ werden wir uns in unterschiedlichen Formaten wie Workshops, Trainings, Informationsveranstaltungen oder Roundtable-Gesprächen mit den neuen Herausforderungen auseinandersetzen und uns der digitalen Transformation stellen. Dazu müssen wir uns diesem Thema aus verschiedenen Perspektiven nähern und Fragen stellen. Was bedeutet die Digitalisierung für die Prozesse in der Statistikerstellung? Was für die Beschäftigten in ihrer Arbeit, aber auch in ihrer Qualifikation? Was für die Auskunftspflichtigen

und unsere Kunden? Was läuft technisch ab? Funktionieren rein registergestützte Statistiken überhaupt, und wenn ja, welche Voraussetzungen braucht es dazu? Wie verändern sich unsere Aufgaben und was bedeutet das für die Kultur im Amt? Wichtig ist mir, jede Kollegin und jeden Kollegen aktiv in diesen Prozess einzubinden. Alle sind eingeladen. Niemand darf abgehängt werden.

Wo sehen Sie die besonderen Stärken des AfS?

| Das sind ganz klar die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AfS. Ich weiß sehr genau, was die Kolleginnen und Kollegen leisten. Allein der stete Termindruck bei der Erstellung der Statistiken und Analysen oder der Umbruch in der IT stellt eine große Arbeitsbelastung für alle dar. Der aufgrund von Sparauflagen knappe Personalschlüssel, der Generationenwechsel mit wenig Zeit zur Einarbeitung und die immer häufigeren Anforderungen von Sonderservicevereinbarungen bis hin zum anspruchsvollen Wahlgeschäft tun ihr Übriges. Nicht zu vergessen sind die stetig steigenden Qualitätsanforderungen, der Datenschutz und die IT-Sicherheit. Wer im AfS arbeitet, muss qualitativ und quantitativ Leistung bringen, sonst funktioniert es nicht. Ich kann vor den Beschäftigten des AfS nur meinen Hut ziehen.

Was wünschen Sie sich persönlich?

| Erst einmal hat sich für mich mit der Berufung zum Vorstand des AfS ein persönlicher Wunsch erfüllt und ich bin dankbar für das mir entgegengebrachte Vertrauen.

Für die Zukunft wünsche ich mir, dass ich mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die gemeinsam erarbeiteten Ziele für das Amt erfolgreich umsetzen kann.

Ganz persönlich wünsche ich mir etwas mehr Zeit für sportliche Aktivitäten, denn ich weiß, Gesundheit kann man nicht machen, aber üben.

Verdienste

Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen in Berlin und Brandenburg 2017

von **Elke Zimmer**

Frauen und Männer sind gleichberechtigt, so heißt es im Grundgesetz. Das Frauen trotz der gesetzlich verbotenen Benachteiligung im Durchschnitt weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen, ist inzwischen hinreichend bekannt. Alljährlich belegt die amtliche Statistik in Deutschland, dass die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern im Laufe der Zeit kaum kleiner wird. Insbesondere im früheren Bundesgebiet liegt der Verdienstabstand zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – mit Ausnahme von Schleswig-Holstein – nach wie vor auf einem konstant hohen Niveau von über 20 %. Wesentlich geringere geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede weisen Berlin und die neuen Bundesländer aus. Auch 2017 sprachen die Zahlen eine deutliche Sprache: Bundesweit verdienen Frauen pro Stunde 21 % weniger als Männer. In Berlin und Brandenburg fiel der Unterschied mit 13 % (Berlin) bzw. 3 % (Brandenburg) weiterhin vergleichsweise gering aus. Im folgenden Beitrag werden die wichtigsten Ergebnisse zu den Verdienstunterschieden in Berlin und Brandenburg und ihrer Entwicklung sowie zum Einfluss der Branchenzugehörigkeit und des Beschäftigungsumfangs dargestellt.

Gender Pay Gap

Eine Maßzahl zur Beschreibung des geschlechtsspezifischen Verdienstunterschiedes ist der sogenannte Gender Pay Gap. Er beschreibt, um wieviel Frauen im Durchschnitt prozentual weniger verdienen als Männer. Die Berechnung des Gender Pay Gap erfolgt durch das Statistische Bundesamt auf Basis von Bruttostundenverdiensten. Da die Stundenverdienste in der amtlichen Verdienststatistik nicht direkt erfragt werden, müssen sie zunächst aus den erhobenen Daten zu den Bruttomonatsverdiensten und bezahlten Stunden für Frauen und Männer einer Gruppe (z.B. Bundesland, Branche, Vollzeitbeschäftigte oder Leistungsgruppe) ermittelt werden. Sonderzahlungen bleiben dabei unberücksichtigt. Die Berechnung des Gender Pay Gap erfolgt dann nach folgender Formel:

$$GPG = \frac{\bar{Y}_m - \bar{Y}_f}{\bar{Y}_m} \cdot 100$$

mit:

\bar{Y}_m = durchschnittlicher Bruttostundenverdienst männlicher Arbeitnehmer

\bar{Y}_f = durchschnittlicher Bruttostundenverdienst weiblicher Arbeitnehmer

Dabei wird zwischen unbereinigtem und bereinigtem Gender Pay Gap unterschieden. Der vom Statistischen Bundesamt seit 2006 berechnete unbereinigte Gender Pay Gap vergleicht den Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern in einfacher Form, das heißt einzelne ursächliche Faktoren für den geschlechtsspezifischen Verdienstunterschied bleiben bei der Berechnung unberücksichtigt.

Das Statistische Bundesamt orientiert sich wegen der internationalen Vergleichbarkeit an den europaweit einheitlichen Vorgaben von Eurostat.

Gemäß dieser Vorgaben ist der unbereinigte Gender Pay Gap nach der zuvor genannten Formel zu berechnen. Dabei sind prinzipiell alle Wirtschaftszweige und Unternehmensgrößen einbezogen. Ausgenommen sind lediglich die Wirtschaftszweige „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“, „Private Haushalte mit Hauspersonal“ und „Exterritoriale Organisationen und Körperschaften“ sowie Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten. Sofern nicht anders vermerkt, fließen in die Berechnung des unbereinigten Gender Pay Gap die Verdienste aller Beschäftigten ein. Somit sind neben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Voll- und (Alters-) Teilzeit sowie mit geringfügiger Beschäftigung auch Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Beamte berücksichtigt.

Bei der Berechnung des bereinigten Gender Pay Gap werden hingegen strukturelle Unterschiede zwischen den Geschlechtern, wie zum Beispiel Unterschiede bei Berufen, Beschäftigungsumfang, Tätigkeiten und Bildungsstand herausgerechnet. Damit erlaubt er Aussagen zur Höhe des Unterschieds in den Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern mit vergleichbaren Eigenschaften. Die dafür benötigten sehr umfangreichen Daten liegen jedoch nur alle vier Jahre vor, sodass der bereinigte Gender Pay Gap auch nur im Abstand von vier Jahren ermittelt werden kann. Das Berechnungsver-

fahren führt zur Bildung von vielen Teilgruppen, für die – bezogen auf den höheren Stichprobenfehler – nicht mehr sichere kleinräumige Ergebnisse ermittelt werden können. Deshalb wird der bereinigte Gender Pay Gap gegenwärtig vom Statistischen Bundesamt nur für Deutschland insgesamt berechnet und veröffentlicht und daher in diesem Beitrag nicht näher betrachtet. Da seitens der Statistischen Ämter der Länder jedoch zunehmend auch Interesse an der Berechnung des bereinigten Gender Pay Gap auf Ebene der Bundesländer besteht, wird sich das Statistische Bundesamt in nächster Zeit auch dieser Thematik widmen.

Datenbasis des bereinigten Gender Pay Gap ist – ebenfalls gemäß Definition von Eurostat – die europaweit einheitlich im Abstand von vier Jahren durchgeführte Verdienststrukturerhebung (VSE). Die VSE ist eine Statistik über Beschäftigungsverhältnisse. Dabei handelt es sich sowohl um Haupt- als auch um Nebenbeschäftigungen. Mit der VSE werden Daten über Verdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer untergliedert nach Wirtschaftszweigen und weiteren persönlichen Angaben, wie Geschlecht, Geburtsjahr, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, Beruf und Ausbildungsabschluss, erhoben. Auch Angaben über das individuelle Beschäftigungsverhältnis, wie bezahlte Arbeitsstunden, Urlaubsanspruch, Art der Beschäftigung, Leistungsgruppe und Tarifvertrag, werden erfragt. Damit ist die VSE eine der reichhaltigsten und zuverlässigsten Datenquellen für Informationen über die Zusammensetzung und die Verteilung der Verdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und somit über den Einfluss wichtiger Faktoren auf deren Verdiensthöhe.

Im Zusammenhang mit der Mindestlohneinführung in Deutschland wurde die VSE beginnend ab dem Berichtsjahr 2014 neu konzipiert. Im Unterschied zu den meisten übrigen EU-Mitgliedstaaten sind seitdem in Deutschland nicht mehr nur Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ab zehn Beschäftigten auskunftspflichtig, sondern auch Kleinbetriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Zudem werden neben allen Branchen des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereiches jetzt auch alle Branchen der Landwirtschaft abgebildet. Weiterhin nicht einbezogen werden lediglich private Haushalte, die Haushaltspersonal beschäftigen, und exterritoriale Organisationen und Körperschaften. Seit 2014 ist es daher möglich, zusätzlich Berechnungen zum unbereinigten und bereinigten Gender Pay Gap für alle abhängig Beschäftigten durchzuführen.

Entgegen dem bereinigten Gender Pay Gap kann der unbereinigte Gender Pay Gap jährlich berechnet werden. Da Ergebnisse aus der VSE nur alle vier Jahre vorliegen, ist gemäß europäischer Vorgaben in den Zwischenjahren eine Fortschreibung mit national verfügbaren Daten vorzunehmen. Diese erfolgt in Deutschland durch das Statistische Bundesamt mittels Daten der Vierteljährlichen Verdiensterhebung (VVE). Nach Vorlage aktueller Ergebnisse aus der VSE werden die bis dahin in den Zwischenjahren mit der VVE fortgeschriebenen und auch veröffentlichten Angaben zum unbereinigten Gender Pay Gap rückwirkend revidiert.

Die VVE wird vierteljährlich durchgeführt und stellt neben Quartals- auch Jahresergebnisse zur Verfügung. Die Ergebnisse beziehen sich auf alle Branchen des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereiches, jedoch ohne die Wirtschaftszweige „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, „Private Haushalte mit Hauspersonal“ und „Exterritoriale Organisationen und Körperschaften“, wobei Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten in der Regel nicht befragt werden. Die Erhebung liefert Informationen über die durchschnittlichen Bruttostunden- und Bruttomonatsverdienste mit und ohne Sonderzahlungen sowie über die wöchentliche Arbeitszeit.

Im Rahmen der VSE wurden 2014 in Berlin mehr als 3200 Betriebe und im Land Brandenburg über 2300 Betriebe befragt. Daten zur VVE werden in Berlin bei rund 2000 Betrieben und im Land Brandenburg bei nahezu 1600 Betrieben erhoben.

Aktuelle Ergebnisse

Im Jahr 2017 verdienten Frauen in Berlin im Durchschnitt 17,75 EUR und im Land Brandenburg 15,50 EUR brutto pro Stunde. Männer kamen hingegen in Berlin auf einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 20,48 EUR, während Männer in Brandenburg 16,00 EUR erhielten. Damit lag der aktuelle geschlechtsspezifische Verdienstunterschied – der unbereinigte Gender Pay Gap – in Berlin bei 13% und in Brandenburg bei 3%. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Frauen betrug in Berlin somit 87% und in Brandenburg 97% des durchschnittlichen Verdienstes der Männer. Bundesweit verdienten Arbeitnehmerinnen mit einem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 16,59 EUR weiterhin 21% pro Stunde weniger als ihre männlichen Kollegen. Diese kamen auf 21,00 EUR in der Stunde (Tabelle 1).

1 | Durchschnittliche Bruttostundenverdienste¹ und unbereinigter Gender Pay Gap 2017 in Deutschland nach Bundesländern

Bundesland	Bruttostundenverdienst		Gender Pay Gap
	Männer	Frauen	
	EUR		%
Schleswig-Holstein....	18,69	15,84	15
Hamburg.....	23,67	18,94	20
Niedersachsen.....	19,70	15,77	20
Bremen.....	21,51	16,57	23
Nordrhein-Westfalen	20,90	16,26	22
Hessen.....	23,63	18,07	24
Rheinland-Pfalz.....	20,20	16,24	20
Baden-Württemberg	23,24	17,08	27
Bayern.....	22,30	17,01	24
Saarland.....	20,43	15,73	23
Berlin.....	20,48	17,75	13
Brandenburg.....	16,00	15,50	3
Mecklenburg-Vorpommern.....	15,44	14,60	5
Sachsen.....	16,82	15,05	11
Sachsen-Anhalt.....	15,88	15,50	2
Thüringen.....	15,78	14,55	8
Deutschland	21,00	16,59	21

Quelle: Verdienststrukturerhebung 2014, fortgeschrieben mit Vierteljährlicher Verdiensterhebung

1 ohne Sonderzahlungen

Mit 13% bzw. 3% bestanden hinsichtlich des Niveaus des Verdienstunterschiedes von Frauen und Männern zwischen Berlin und Brandenburg noch deutliche Unterschiede. Beide Werte liegen jedoch mit Abstand unter dem Bundesdurchschnitt (Abbildung a) und fielen weiterhin vergleichsweise gering aus. Berlin erreichte 2017 erneut den sechsniedrigsten und Brandenburg sogar wieder den zweitniedrigsten Wert unter den Bundesländern. Ebenfalls sehr gering fiel der unbereinigte Gender Pay Gap nach wie vor in den anderen neuen Bundesländern aus.

Im Durchschnitt betrug der unbereinigte Gender Pay Gap 2017 für die neuen Bundesländer insgesamt (ohne Berlin) unverändert 7%, während für das frühere Bundesgebiet (einschließlich Berlin) 22% ermittelt wurden. Die größten Verdienstunterschiede zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmern gab es im Vergleich der Bundesländer 2017 mit 27% in Baden-Württemberg. Am geringsten waren sie mit 2% erneut in Sachsen-Anhalt.

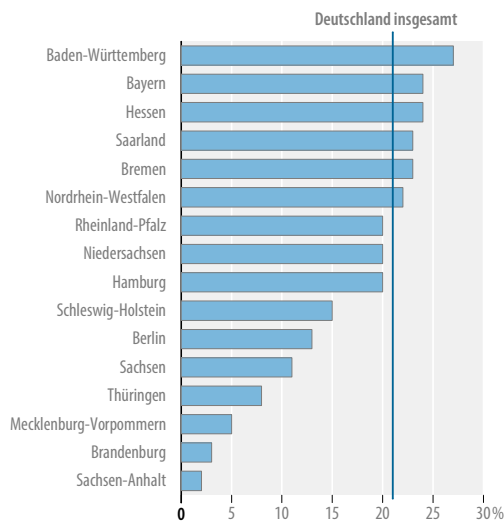
Die großen Unterschiede zwischen Ost und West und damit indirekt auch zwischen Berlin und Brandenburg dürften im erheblichen Maß durch die bestehende Wirtschaftsstruktur bedingt sein. In den westlichen Bundesländern mit vergleichsweise vielen traditionell noch von Männern dominierten besser bezahlten industriellen Arbeitsplätzen ist der

geschlechtsspezifische Verdienstunterschied relativ hoch, während er in Ostdeutschland mit vielen eher dem Dienstleistungssektor zuzuordnenden Arbeitsplätzen, die oft schlechter bezahlt und eher eine Frauendomäne sind, relativ niedrig ausfällt (Abbildung b). In der Folge ist der Verdienstunterschied West/Ost bei den Männern größer als bei den Frauen. Zudem arbeiten Frauen in Ostdeutschland häufiger in Vollzeit und haben einen niedrigeren Anteil an den geringfügig Beschäftigten. Der geringere Anteil in Vollzeit arbeitender Frauen verstärkt ebenfalls den Gender Pay Gap in den alten Bundesländern. Dies zeigt, dass auch mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung die Verdienststrukturen in Deutschland noch recht stark voneinander abweichen. Dabei zeigt die Statistik nicht, ob die stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen in den neuen Bundesländern das Ergebnis „unterschiedlicher Traditionen“ ist, oder das geringere Verdienstniveau der Männer dazu führt, dass die Frauen für ein höheres Familieneinkommen verstärkt in Vollzeit arbeiten.

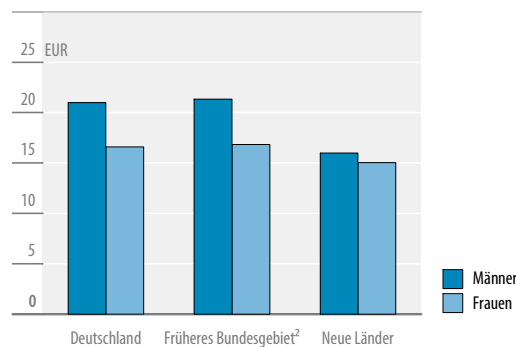
Verdienstunterschied im Zeitverlauf

Im Vergleich zu 2016 hat sich die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern im Jahr 2017 sowohl in Berlin als auch in Brandenburg um einen Prozentpunkt reduziert. In Berlin war es damit der zweite leichte Rückgang in Folge, während in Brandenburg ein

a | Unbereinigter Gender Pay Gap 2017 in Deutschland nach Bundesländern



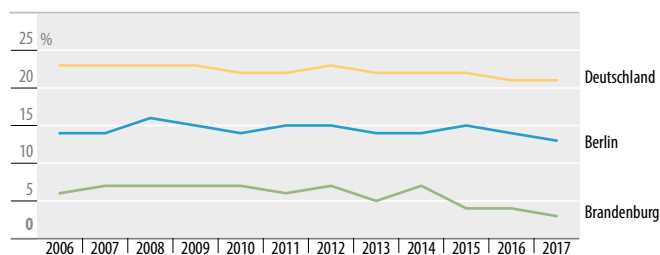
b | Durchschnittliche Bruttostundenverdienste¹ 2017 nach Gebietsstand und Geschlecht



¹ Ohne Sonderzahlungen
² Einschließlich Berlin

Quelle: Verdienststrukturerhebung 2014, fortgeschrieben mit Vierteljährlicher Verdiensterhebung

c | Unbereinigter Gender Pay Gap 2006 bis 2017 in Berlin, Brandenburg und Deutschland



Jahr zuvor keine Reduzierung der Lohnlücke zu verzeichnen war. Bundesweit ist der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern 2017 gegenüber 2016 unverändert geblieben, während er sich 2016 gegenüber 2015 leicht reduziert hatte.

Der Rückgang des unbereinigten Gender Pay Gap in beiden Ländern 2017 gegenüber 2016 und damit die leichte Abnahme des Verdienstabstandes ist darauf zurückzuführen, dass sowohl in Berlin als auch in Brandenburg die Bruttostundenverdienste der Frauen im vergangenen Jahr stärker zunahmen als die der Männer. Nach den aktuellen Ergebnissen der VVE 2017 (einschließlich „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“) stieg der Stundenverdienst der weiblichen Beschäftigten in Berlin um 3,3% und in Brandenburg um 2,5%, während er sich für Männer in Berlin um 2,4% und in Brandenburg um 2,0% erhöhte (Tabelle 2). Dies wiederum lässt sich auf Unterschiede in den Verdienstzuwächsen der einzelnen Branchen zurückführen. Da Männer und Frauen zu großen Teilen in unterschiedlichen Branchen arbeiten, wirkt sich dies auf den Verdienstunterschied aus. So sind beispielsweise die Verdienste der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe – einer männerdominierten Branche – mit einer Zunahme um 1,8% in Berlin und 2,9% in Brandenburg schwächer gestiegen als die Bruttomonatsverdienste im Bereich Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (Berlin: +4,2%, Brandenburg: +4,7%) – eine Branche, in der mehr Frauen als Männer arbeiten.

Im längerfristigen Vergleich zu 2006 (Abbildung c) reduzierte sich der unbereinigte Gender Pay Gap 2017 in Berlin geringfügig um einen Prozentpunkt von 14% auf 13%, wobei er sich bis 2016 konstant im Bereich von 14% bis 15% bewegte. In Brandenburg sank er von 2006 bis 2017 um 3 Prozentpunkte von 6% auf 3% und hat sich somit in dieser Zeit halbiert. Hier gab es insbesondere von 2006 bis 2012 eine längere Phase, in der sich der Verdienstabstand konstant zwischen 6% und 7% bewegte und sich erst danach eine nahezu stetige Annäherung der Frauenverdienste an die der Männer zeigte. Im Bundesdurchschnitt lag der Rückgang des unbereinigten Gender Pay Gap gegenüber 2006 bei 2 Prozentpunkten, wobei er sich bis 2015 konstant im Bereich von 22% bis 23% bewegte.

Auf den ersten Blick ist diese Entwicklung natürlich nicht spektakulär. Doch ist zu berücksichtigen, dass die ursächlichen Faktoren des Verdienstunterschiedes

2 | Entwicklung der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste¹ 2017 gegenüber 2016 in Berlin und im Land Brandenburg nach Branchen

Wirtschaftszweig	Berlin			Brandenburg		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich.....	2,9	2,4	3,3	2,2	2,0	2,5
Produzierendes Gewerbe.....	1,4	1,2	2,0	1,8	1,4	3,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.....	•	•	•	0,0	0,0	-0,1
Verarbeitendes Gewerbe.....	1,8	2,2	1,0	2,9	2,7	3,7
Energieversorgung.....	-3,8	-5,6	-0,6	1,4	0,4	3,0
Wasserversorgung ²	1,5	1,0	3,5	-3,7	-5,1	1,0
Baugewerbe.....	3,1	2,5	(8,0)	3,3	3,0	6,1
Dienstleistungsbereich.....	3,2	2,8	3,4	2,3	2,3	2,4
Handel ³	-1,3	-1,5	-2,2	1,5	0,5	2,7
Verkehr und Lagerei.....	-1,1	-1,3	-0,2	0,1	-0,6	2,5
Gastgewerbe.....	2,4	0,8	3,7	4,3	3,9	3,8
Information und Kommunikation....	6,5	7,4	5,9	3,3	1,7	6,2
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.....	4,2	4,2	4,0	4,7	5,3	4,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	-3,8	-8,8	1,9	4,3	(4,2)	4,3
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen.....	1,4	2,2	0,7	3,4	5,0	3,7
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.	9,7	10,5	8,5	4,5	5,6	2,9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung..	3,5	3,4	3,6	2,4	2,1	2,6
Erziehung und Unterricht.....	-3,2	-4,6	-2,6	-1,2	-3,8	-0,4
Gesundheits- und Sozialwesen.....	5,5	5,7	5,0	1,6	1,3	1,9
Kunst, Unterhaltung und Erholung..	7,4	(10,5)	3,2	10,5	13,1	6,9
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.....	10,9	12,8	8,8	1,3	-0,8	2,9

1 ohne geringfügig Beschäftigte, ohne Sonderzahlungen **Quelle:** Vierteljährliche Verdiensterhebung
 2 einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen
 3 einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

3 | Durchschnittliche Bruttostundenverdienste¹ und unbereinigter Gender Pay Gap 2010 bis 2017 in Berlin, im Land Brandenburg und in Deutschland

Jahr	Berlin			Brandenburg			Deutschland				
	Bruttostundenverdienst		Gender Pay Gap	Bruttostundenverdienst		Gender Pay Gap	Bruttostundenverdienst		Gender Pay Gap		
	Männer	Frauen		Männer	Frauen		Männer	Frauen			
EUR			%			EUR			%		
2010 ...	17,69	15,19	14	14,12	13,20	7	18,81	14,62	22		
2011 ...	18,06	15,45	15	14,35	13,42	6	19,17	14,88	22		
2012 ...	18,10	15,39	15	14,39	13,38	7	19,63	15,18	23		
2013 ...	18,14	15,55	14	14,56	13,82	5	19,89	15,50	22		
2014 ...	18,86	16,25	14	15,12	14,08	7	19,87	15,44	22		
2015 ...	19,61	16,71	15	15,34	14,69	4	20,25	15,80	22		
2016 ...	20,03	17,18	14	15,69	15,09	4	20,71	16,26	21		
2017 ...	20,48	17,75	13	16,00	15,50	3	21,00	16,59	21		

1 ohne Sonderzahlungen **Quelle:** Verdienststrukturerhebung 2014, fortgeschrieben mit Vierteljährlicher Verdiensterhebung

zwischen Frauen und Männern nur langsamen Veränderungsprozessen unterliegen. So unterscheiden sich Frauen und Männer auch heute zum Beispiel in der Wahl der Berufe und Branchen, in denen sie tätig sind, nur sehr geringfügig von denen vor zwölf Jahren. Auch sind Frauen nach wie vor häufiger in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt. In der Erwerbsbiografie wird es gerade in den neuen Bundesländern jedoch zunehmend Veränderungen geben, die durch das abnehmende Arbeitskräfteangebot bedingt sind.

Insgesamt kann jedoch eingeschätzt werden, dass sich bis auf das unterschiedliche Niveau des Verdienstabstandes über einen längeren Zeitraum sowohl zwischen Berlin und Brandenburg als auch bundesweit keine grundlegenden Unterschiede in der Entwicklung zeigen: Der Verdienstabstand geht langsam zurück. Das bedeutet, Frauen holen bei den Bruttostundenverdiensten gegenüber den Männern langsam auf.

Ursachen unterschiedlicher Bezahlung

Die Verdiensthöhe und somit auch der Verdienstabstand zwischen den Verdiensten von Frauen und Männern werden durch viele Faktoren beeinflusst. So resultieren unterschiedliche Bezahlungen bekanntlich vor allem aus dem ausgeübten Beruf, der Qualifikation, der Branchenzugehörigkeit, dem Beschäftigungsumfang, der Unternehmensgröße, der Tätigkeit im Unternehmen und der Dauer der Unternehmenszugehörigkeit. Diese Faktoren bleiben beim unbereinigten Gender Pay Gap – wie anfangs beschrieben – außerhalb der Betrachtung. Der unbereinigte Gender Pay Gap ist somit nur ein allgemeiner bzw. grober Maßstab, um die unterschiedliche Bezahlung von Frauen und Männern zu beschreiben.

Den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes auf Basis der letzten VSE im Jahr 2014 zufolge waren der Beruf und die Branchenzugehörigkeit (zusammen), der Beschäftigungsumfang und die Art der ausgeübten Tätigkeit (sogenannte Leistungsgruppen) die wichtigsten Ursachen des Verdienstunterschiedes. Im Folgenden werden der Einfluss der Branchenzugehörigkeit und des Beschäftigungsumfangs auf die Verdiensthöhe näher betrachtet. Datengrundlage sind die Ergebnisse der VVE für das Berichtsjahr 2017, da die letzten aus der VSE vorliegenden Ergebnisse sich auf das Jahr 2014 beziehen und aktuellere Ergebnisse aus der VSE 2018 erst Mitte 2020 vorliegen. Zudem werden in den Zwischenjahren für den unbereinigten Gender Pay Gap ebenfalls Ergebnisse der VVE herangezogen.

An dieser Stelle sei noch auf folgende methodische Besonderheit hingewiesen: Der aus den Daten der VVE 2017 dargestellte geschlechtsspezifische Verdienstunterschied weicht wegen unterschiedlicher Datengrundlagen von den Ergebnissen des unbereinigten Gender Pay Gap 2017 nach der Definition von Eurostat ab. Während der unbereinigte Gender Pay Gap 2017 in Berlin bei 13% und in Brandenburg bei 3% lag, wurde bei der VVE 2017 in Berlin ein Verdienstunterschied von 11% und in Brandenburg von

5% ermittelt. Zum einen ist der beim unbereinigten Gender Pay Gap 2017 nicht einbezogene Wirtschaftszweig „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ in der VVE 2017 berücksichtigt, zum anderen beruht der unbereinigte Gender Pay 2017 auf den Ergebnissen der VSE 2014 und der Fortschreibung dieser für die Jahre 2015 bis 2017 mit den Ergebnissen der VVE. Da bei der Betrachtung der Ergebnisse aus der VVE von der Eurostat-Definition abgewichen wird, spricht man bei den Ergebnissen aus der VVE auch nicht vom Gender Pay Gap, sondern stets vom Verdienstunterschied.

Große Unterschiede nach Branchen

Wie schon erwähnt, sind Frauen und Männer häufig in verschiedenen Branchen tätig, in denen der durchschnittliche Bruttostundenverdienst höher oder niedriger ausfällt. Die unterschiedliche Bezahlung in den verschiedenen Branchen wird als einer der wichtigsten Faktoren im Unterschied der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste von Frauen und Männern gesehen. Daher ist es für die Beurteilung dieses Unterschiedes einerseits interessant, den Zusammenhang zwischen dem Verdienstunterschied und dem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst im jeweiligen Wirtschaftszweig zu betrachten und sich andererseits den Zusammenhang zwischen dem Verdienstunterschied und dem Anteil der Frauen an den Beschäftigten anzusehen.

Relativ gut verdient wird in bestimmten Branchen des Produzierenden Gewerbes, aber auch in einigen Dienstleistungsbranchen. Andererseits gibt es vor allem im Dienstleistungsbereich Branchen, in denen sehr niedrige Stundenlöhne gezahlt werden. 2017 reichte die Verdienstspanne bei Voll- und Teilzeitbeschäftigten je nach Wirtschaftszweig in Berlin und Brandenburg von durchschnittlich rund 12 EUR pro Stunde bis 32 EUR pro Stunde in Berlin bzw. 26 EUR pro Stunde in Brandenburg (Tabelle 4). Dabei waren die Wirtschaftszweige mit den höchsten und niedrigsten Bruttostundenverdiensten 2017 sowohl in Berlin als auch in Brandenburg bei Frauen und Männern nahezu identisch. Am meisten verdienten Frauen und Männer 2017 in beiden Ländern in der Energieversorgung und am wenigsten im Gastgewerbe.

Wie das Verdienstniveau variiert auch der Verdienstunterschied von Frauen und Männern in den Branchen. In Berlin reichte er 2017 von 26% bis –14%, in Brandenburg von 22% bis –11%. Interessant dabei ist, dass es neben Branchen, in denen Frauen sehr viel bzw. kaum weniger als Männer verdienen, in beiden Ländern auch Branchen gab, in denen Frauen mehr als Männer verdienten. Diese Konstellation wird dann als negativer Wert beim Verdienstunterschied dargestellt. Das lag in der Regel aber nicht daran, dass Frauen hier wesentlich besser als anderswo verdienten, sondern eher daran, dass die Männer geringere Durchschnittsverdienste als die Frauen erzielten. Dies resultiert vermutlich daraus, dass in diesen Bereichen in den Durchschnittswert der Männer ein höherer Anteil in den unteren Leistungsgruppen Beschäftigter einging als bei den Frauen.

Tabelle 4 zeigt, dass in Wirtschaftszweigen mit geringem Verdienstniveau die Unterschiede beim Bruttostundenverdienst zwischen den Geschlechtern oftmals weniger gravierend sind als in Branchen mit höherem Verdienstniveau. So lagen die Bruttostundenverdienste 2017 für Branchen mit einem Verdienstunterschied von unter 10% zum Teil deutlich unter dem landesweiten Stundenlohn von 20,82 EUR in Berlin und 17,26 EUR in Brandenburg. In Berlin war der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern mit 5% in den Wirtschaftszweigen „Gastgewerbe“ und „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ (z. B. Wach-, Sicherheits- und Hausmeisterdienste, Reinigung, Garten- und Landschaftsbau sowie Call Center) am geringsten. In diesen beiden Wirtschaftszweigen lagen auch die Bruttostundenverdienste mit 12,36 EUR bzw. 14,14 EUR deutlich unter dem Durchschnitt der Berliner Stundenverdienste insgesamt. Der höchste Verdienstunterschied wurde mit 26% im Wirtschaftszweig „Kunst, Unterhaltung und Erholung“ ermittelt. Im Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ lag er mit 25% nur geringfügig darunter. In diesen bei-

den Branchen fiel auch der Bruttostundenverdienst überdurchschnittlich aus.

In Brandenburg gab es 2017 den geringsten Verdienstunterschied mit 2% im Wirtschaftszweig „Grundstücks- und Wohnungswesen“, trotz eines hier leicht überdurchschnittlichen Bruttostundenverdienstes von 18,36 EUR. Abgesehen davon fielen jedoch in den Wirtschaftszweigen mit nur geringfügig darüber liegenden Verdienstunterschieden die Bruttostundenverdienste meist unterdurchschnittlich aus. Die mit 22% größten Verdienstunterschiede wurden in den Wirtschaftszweigen „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“, „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ sowie „Gesundheits- und Sozialwesen“ und damit in Wirtschaftszweigen mit überdurchschnittlichen bzw. nahezu durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten nachgewiesen.

Niedrige Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern sind aber nicht zwangsläufig mit einem niedrigen Verdienstniveau verbunden. Ebenso folgt nicht immer aus einem höheren Verdienstniveau ein höherer Verdienstunterschied. Beispielsweise ist in

4 | Durchschnittliche Bruttostundenverdienste¹ und Verdienstunterschiede 2017 in Berlin und im Land Brandenburg nach Branchen und Geschlecht

Wirtschaftszweig	Berlin				Brandenburg			
	Bruttostundenverdienst	davon		Verdienstunterschied ²	Bruttostundenverdienst	davon		Verdienstunterschied ²
		Männer	Frauen			Männer	Frauen	
	EUR			%	EUR		%	
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich.....	20,82	21,95	19,53	11	17,26	17,66	16,78	5
Produzierendes Gewerbe.....	22,29	22,46	21,64	4	17,46	17,84	15,99	10
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.....	25,30	25,18	25,85	-3
Verarbeitendes Gewerbe.....	24,19	25,06	21,79	13	17,68	18,59	14,96	20
Energieversorgung.....	32,29	33,20	28,73	13	26,28	26,77	25,01	7
Wasserversorgung ³	22,13	21,50	24,61	-14	16,90	16,51	18,25	-11
Baugewerbe.....	17,89	17,81	(18,44)	(-4)	15,18	15,17	15,24	-1
Dienstleistungsbereich.....	20,58	21,82	19,38	11	17,20	17,56	16,89	4
Handel ⁴	17,99	19,72	16,25	18	14,58	15,03	14,09	6
Verkehr und Lagerei.....	17,65	17,29	18,80	-9	14,40	14,05	15,63	-11
Gastgewerbe.....	12,36	12,61	12,00	5	11,78	12,77	10,87	15
Information und Kommunikation....	26,87	28,95	22,91	21	25,15	26,64	22,32	16
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.....	27,84	30,50	25,72	16	23,31	27,19	21,32	22
Grundstücks- und Wohnungswesen	21,52	23,58	20,00	15	18,36	(18,54)	18,13	(2)
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen.....	24,09	27,44	20,52	25	19,75	22,12	17,22	22
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.	14,14	14,43	13,72	5	12,81	13,27	12,08	9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung..	22,20	22,87	21,52	6	21,25	21,56	20,98	3
Erziehung und Unterricht.....	22,96	24,34	22,31	8	21,99	22,91	21,67	5
Gesundheits- und Sozialwesen.....	19,96	22,57	18,22	19	17,16	20,54	16,02	22
Kunst, Unterhaltung und Erholung..	22,46	(25,46)	18,93	(26)	18,12	19,81	16,32	18
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.....	23,77	27,00	21,57	20	14,81	16,09	14,06	13

1 ohne geringfügig Beschäftigte, ohne Sonderzahlungen

2 negative Werte bedeuten, dass Frauen im Durchschnitt mehr verdienen als Männer

3 einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen

4 einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

Quelle: Vierteljährliche Verdiensterhebung

Branchen, die dem staatlichen oder teilstaatlichen Sektor zuzuordnen sind und in denen die Verdienste in der Regel über dem Durchschnittsverdienst liegen, der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied mit Ausnahme des Gesundheits- und Sozialwesens niedriger als im Produzierenden Gewerbe und in den Dienstleistungsbranchen, in denen ebenfalls gut verdient wird. Auch das sehr niedrige Verdienstniveau im Gastgewerbe ging zwar 2017 in Berlin einher mit einer sehr niedrigen Lohnlücke zwischen Frauen und Männern, jedoch war das Brandenburger Gastgewerbe trotz ebenfalls niedrigem Verdienstniveau durch einen hohen Verdienstunterschied gekennzeichnet.

Wie das Verdienstniveau variiert auch der Anteil der Frauen an den Beschäftigten nach Branchen, wobei sich die Beschäftigtenstruktur nach Geschlechtern in den Branchen zwischen Berlin und Brandenburg nicht grundsätzlich unterscheidet (Tabelle 5). Die Mehrzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist sowohl in Berlin (87%) als auch in Brandenburg (77%) im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Bezogen auf den Anteil der Frauen an der Belegschaft insgesamt zeigt sich auch 2017 in beiden Ländern das bekannte Schema: Frauen stellen insbesondere

im Handel, in der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung, in der Erziehung und im Unterricht, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie bei der Erbringung von sonstigen Dienstleistungen die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten. Männer hingegen dominieren in den Branchen des Produzierenden Gewerbes und in den Dienstleistungsbereichen Verkehr und Lagerei, Information und Kommunikation sowie bei der Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen.

In der Regel wird in Branchen, in denen mehr Männer als Frauen beschäftigt sind, besser bezahlt und die geschlechtsspezifische Lohnlücke fällt größer aus als dort, wo Frauen die Mehrheit aller Beschäftigten stellen und eher weniger bezahlt wird. Aber nicht in jedem Fall gehen ein hoher Frauenanteil mit einem niedrigeren Abstand zwischen Frauen- und Männerverdiensten einher. Obwohl 2017 im Berliner und Brandenburger Gesundheits- und Sozialwesen der höchste Frauenanteil gemessen und unterdurchschnittliche Bruttostundenverdienste erzielt wurden, fiel der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied hoch aus, in Brandenburg sogar mit am höchsten.

5 | Durchschnittliche Bruttostundenverdienste¹ und Anteile der Beschäftigten 2017 in Berlin und im Land Brandenburg 2017 nach Branchen und Geschlecht

Wirtschafts- zweig	Berlin				Brandenburg			
	Brutto- stunden- verdienst	Anteil		Verdienst- unter- schied ²	Brutto- stunden- verdienst	Anteil		Verdienst- unter- schied ²
		Männer	Frauen			Männer	Frauen	
EUR	%			EUR	%			
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich.....	20,82	51,1	48,9	11	17,26	51,4	48,6	5
Produzierendes Gewerbe.....	22,29	77,8	22,2	4	17,46	73,3	26,6	10
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.....	•	0,0	0,0	•	25,30	82,3	17,7	-3
Verarbeitendes Gewerbe.....	24,19	72,5	27,5	13	17,68	72,1	27,9	20
Energieversorgung.....	32,29	78,6	21,4	13	26,28	76,3	23,6	7
Wasserversorgung ³	22,13	78,6	21,4	-14	16,90	76,3	23,6	-11
Baugewerbe.....	17,89	86,4	13,6	(-4)	15,18	88,3	11,7	-1
Dienstleistungsbereich.....	20,58	47,1	52,9	11	17,20	43,5	56,5	4
Handel ⁴	17,99	46,5	53,5	18	14,58	46,4	53,6	6
Verkehr und Lagerei.....	17,65	75,0	25,0	-9	14,40	72,3	27,7	-11
Gastgewerbe.....	12,36	56,9	43,1	5	11,78	42,0	58,0	15
Information und Kommunikation.....	26,87	63,3	36,7	21	25,15	61,2	38,8	16
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.....	27,84	42,0	58,0	16	23,31	32,4	67,6	22
Grundstücks- und Wohnungswesen...	21,52	42,0	58,0	15	18,36	55,5	44,5	(2)
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen.....	24,09	49,5	50,5	25	19,75	49,6	50,4	22
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen...	14,14	56,5	43,5	5	12,81	53,9	46,1	9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung....	22,20	48,2	51,8	6	21,25	45,6	54,4	3
Erziehung und Unterricht.....	22,96	31,8	68,2	8	21,99	26,2	73,8	5
Gesundheits- und Sozialwesen.....	19,96	29,8	70,2	17	17,16	25,1	74,9	22
Kunst, Unterhaltung und Erholung....	22,46	53,9	46,1	(26)	18,12	49,1	50,9	18
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen.....	23,77	38,9	61,1	20	14,81	35,1	64,9	13

1 ohne geringfügig Beschäftigte, ohne Sonderzahlungen

2 Negative Werte bedeuten, dass Frauen im Durchschnitt mehr verdienen als Männer.

3 einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen

4 einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen

Quelle: Vierteljährliche Verdiensterhebung

Zeitlicher Umfang der Erwerbstätigkeit mit entscheidend

Eine weitere Erklärung für die Lohnlücke ist, dass Frauen häufiger als Männer teilzeit- oder geringfügig beschäftigt sind (Abbildung d). Wegen Kinderbetreuung oder der Pflege von Angehörigen entscheiden sich nach wie vor mehr Frauen als Männer, zumindest vorübergehend, nicht in Vollzeit zu arbeiten. Nicht immer schaffen sie dann den Sprung zurück in den Vollzeitjob.

2017 waren im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten in Berlin 65 % und in Brandenburg 67 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Vollzeit tätig. In Teilzeit arbeiteten in Berlin 28 % und in Brandenburg 25 %, während in Berlin 7 % und in Brandenburg 8 % einer geringfügigen Beschäftigung nachgingen

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst ohne Sonderzahlungen der Vollzeitbeschäftigten lag in Berlin bei 21,78 EUR und in Brandenburg bei 17,85 EUR. Teilzeitbeschäftigte erhielten im Durchschnitt in Berlin 17,67 EUR und in Brandenburg 15,15 EUR und bekamen damit in Berlin im Schnitt 19 % und in Brandenburg 15 % weniger pro Stunde als in Vollzeit Tätige. Rund drei Fünftel aller Vollzeitbeschäftigten und damit besser bezahlt waren 2017 in beiden Ländern Männer. Die überwiegende Mehrheit der Teilzeitbeschäftigten, rund 80 %, waren hingegen Frauen. Da Teilzeitbeschäftigte pro Stunde weniger als Vollzeitbeschäftigte verdienen und mehr Frauen in der schlechter bezahlten Teilzeit arbeiten, wird der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied je Bundesland definitiv auch durch den Beschäftigungsumfang von Frauen und Männern beeinflusst.

Aber auch bei der Betrachtung der Verdienste von Frauen und Männern mit gleichem Beschäftigungsumfang zeigen sich Unterschiede. Ähnlich wie der unbereinigte Gender Pay Gap sind sie jedoch in Berlin und Brandenburg unterschiedlich stark ausgeprägt. In Berlin verdienten vollzeitbeschäftigte Männer 2017 ohne Sonderzahlungen im Durchschnitt 22,66 EUR brutto in der Stunde, während Frauen 20,41 EUR und damit 10 % weniger erhielten. In Brandenburg kamen in Vollzeit tätige Männer auf einen Bruttostundenverdienst von durchschnittlich 17,88 EUR. Mit 17,80 EUR erhielten Frauen nur geringfügig weniger. Hier lag der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied bei Vollzeitbeschäftigten nur noch bei 0,4 % und war somit fast verschwunden. Bei Teilzeitbeschäftigung fiel der Lohnunterschied in beiden Ländern zugunsten der Frauen aus, da diese sowohl in Berlin als auch in Brandenburg einen höheren Bruttostundenverdienst erzielten. So verdienten teilzeitbeschäftigte Frauen in Berlin 2017 ohne Sonderzahlungen durchschnittlich 17,93 EUR brutto pro Stunde, während Männer nur auf 17,03 EUR und damit auf 5 % weniger kamen. Teilzeitbeschäftigte Frauen in Brandenburg erzielten ohne Sonderzahlungen durchschnittlich 15,19 EUR brutto pro Stunde und somit 1 % mehr als männliche Arbeitnehmer, die 14,97 EUR verdienten.

Equal Pay Day

Symbolisch wird die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern durch den sogenannten Equal Pay Day (EPD) – Tag des gleichen Lohns – markiert. Es wird dabei unterstellt, dass Frauen und Männer den gleichen Bruttostundenverdienst erhalten sollten und das niedrigere Einkommen bei Frauen deshalb auf unbezahlte Arbeit zurückgeht. Dann ist der EPD der Tag, bis zu dem Frauen über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssten, um auf den durchschnittlichen Vorjahresverdienst ihrer männlichen Kollegen zu kommen.

Ziel des EPD in Deutschland ist es, über den Gender Pay Gap und seine Ursachen aufzuklären, die vielfältigen Ursachen anzugehen, um damit langfristig die geschlechtsspezifische Lohnlücke abzubauen. Weil es darum geht, sämtliche Ursachen und Folgen des Verdienstunterschiedes aufzuzeigen, bezieht sich der Aktionstag auf den unbereinigten Gender Pay Gap in Deutschland.

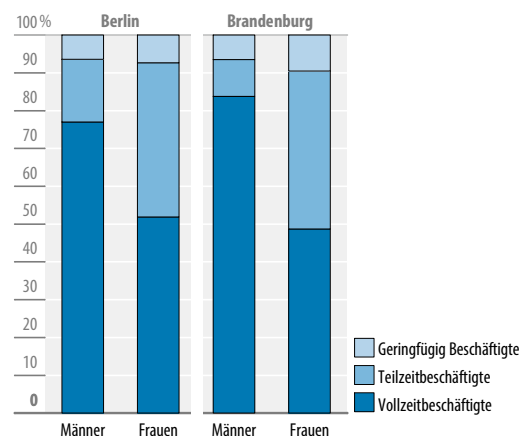
Seinen Ursprung hat der Tag in den USA. Dort wurde er 1966 ins Leben gerufen. Der erste EPD in Deutschland fand am 15. April 2008 und damit zunächst an dem in Amerika festgelegten Datum statt. Ein Jahr später entschied man sich jedoch dafür, den Tag anhand der aktuellen Zahlen zum Verdienstunterschied von Frauen und Männer jährlich nach folgender Formel zu errechnen:

$$EPD = 365 \cdot GPG_{VJ}$$

GPG_{VJ} = unbereinigter Gender Pay Gap in Deutschland aus dem Vorjahr

Bei 365 Tagen im Jahr ergeben die im Jahr 2016 für Deutschland statistisch ermittelten und im Jahr 2017 veröffentlichten 21 % Verdienstunterschied umgerechnet 77 Tage des Jahres, bis zu denen Frauen im Jahr 2018 in Deutschland umsonst arbeiten mussten, d. h. bis zum 18. März 2018 ($EPD_{2018} = 365 \times GPG_{2016}$). Würde man diesen Tag getrennt nach Bundesländern berechnen, ergeben sich für erwerbstätige Frauen in Berlin im Jahr 2018 bei 14 % Verdienstunterschied im Jahr 2016 nur 52 Tage und in Brandenburg

d | Beschäftigtenanteil im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Berlin und im Land Brandenburg 2017 nach Beschäftigungsumfang



bei 4 % Verdienstunterschied 2016 sogar nur 15 Tage, bis zu denen Frauen im Jahr 2018 umsonst gearbeitet haben. Damit waren Frauen in Brandenburg nur bis zum 15. Januar und Frauen in Berlin nur bis zum 21. Februar unbezahlt tätig. Als Datum für den näch-

6 | Equal Pay Day 2008 bis 2019 in Berlin, Brandenburg und Deutschland

Jahr	Berlin	Brandenburg	Deutschland
2008 ...	15. Apr.	15. Apr.	15. Apr.
2009 ...	21. Feb.	26. Jan.	20. Mär.
2010 ...	28. Feb.	26. Jan.	26. Mär.
2011 ...	24. Feb.	26. Jan.	25. Mär.
2012 ...	21. Feb.	26. Jan.	23. Mär.
2013 ...	24. Feb.	22. Jan.	21. Mär.
2014 ...	24. Feb.	26. Jan.	21. Mär.
2015 ...	21. Feb.	19. Jan.	19. Mär.
2016 ...	21. Feb.	22. Jan.	19. Mär.
2017 ...	24. Feb.	15. Jan.	18. Mär.
2018 ...	21. Feb.	15. Jan.	18. Mär.
2019 ...	17. Feb.	11. Jan.	18. Mär.

sten EPD in Deutschland – ermittelt aus den Ergebnissen zum Verdienstunterschied im Jahr 2017 – ergibt sich der 18. März 2019. In Berlin wäre es hingegen der 17. Februar und in Brandenburg der 11. Januar 2019.

Fazit

Frauen in Berlin und Brandenburg bekommen, wie auch Frauen in den anderen Bundesländern, immer noch weniger Geld als ihre männlichen Kollegen, wobei nach wie vor die geringsten Unterschiede in den neuen Bundesländern zu beobachten sind. Obwohl die Differenz 2017 mit

13 % in Berlin und nur 3 % in Brandenburg im bundesweiten Vergleich verhältnismäßig gering ausfiel, ist mit einem Rückgang gegenüber 2016 um einen Prozentpunkt auch in der Region Berlin-Brandenburg nur eine leichte Reduzierung der geschlechtsspezifischen Lohnlücke gemessen worden.

Seit 2006 hat sich der unbereinigte Gender Pay Gap in Berlin und Brandenburg von 14 % bzw. 6 % um einen bzw. 3 Prozentpunkte verringert. Bundesweit ist er in diesem Zeitraum um 2 Prozentpunkte von 23 % auf 21 % gesunken. Damit wird die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern im Zeitverlauf zwar kleiner, schrumpft aber im früheren Bundesgebiet und bundesweit nur sehr langsam. In Brandenburg sowie den übrigen neuen Bundesländern ist dagegen ein stärkerer Rückgang des Verdienstabstandes zu beobachten. Dabei gab es zwischenzeitlich sowohl in Berlin und Brandenburg als auch im Bundesdurchschnitt immer wieder Jahre mit nahezu unverändertem oder sogar leicht gestiegenem unbereinigtem Gender Pay Gap. Insgesamt kann somit eingeschätzt werden, dass sich nicht nur hinsichtlich des unterschiedlichen Niveaus des Verdienstabstandes, sondern auch in der Entwicklung über einen längeren Zeitraum sowohl zwischen Berlin und Brandenburg als auch bundesweit Unterschiede zeigen.

Die Ursachen für die Lohnlücke sind hinreichend bekannt und bis heute unverändert. Von den vielen den Verdienst beeinflussenden Faktoren wurden in diesem Beitrag zwei der wichtigsten – die Branche und der Beschäftigungsumfang – näher untersucht. Die Ergebnisse bestätigen, dass Unterschiede in den Berufen und Branchen, in denen Frauen und Männer tätig sind, und der Beschäftigungsumfang, insbesondere Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung, zweifellos zu den wichtigsten Gründen für die Differenzen bei den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern zählen.

Die Betrachtung der Bruttostundenverdienste nach Branchen zeigt, dass in Wirtschaftszweigen mit einem geringen Verdienstniveau die Unterschiede beim Bruttostundenverdienst zwischen den Geschlechtern oftmals weniger gravierend als in Branchen mit höherem Verdienstniveau ausfallen, wobei dies nicht zwangsläufig so ist. In der Regel wird dort, wo mehr Männer als Frauen beschäftigt sind, besser bezahlt und die geschlechtsspezifische Lohnlücke ist größer als dort, wo Frauen die Mehrheit aller Beschäftigten stellen und eher weniger bezahlt wird. Aber auch hierbei gilt: Nicht in jedem Fall geht ein hoher Frauenanteil mit einem niedrigen Verdienstniveau und einem geringen Abstand zwischen Frauen- und Männerverdiensten einher. Nicht unwesentlich wird der Lohnunterschied zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch vom zeitlichen Umfang der Beschäftigung geprägt. Teilzeitbeschäftigte erzielen einen geringeren Stundenverdienst als Vollzeitbeschäftigte und die Mehrheit der in Teilzeit Tätigen sind Frauen.

Auch der Vergleich der Verdienste von Frauen und Männern in der gleichen Position, mit der gleichen Erfahrung und Qualifikation, ergab aus den letzten aktuellen Zahlen der VSE für das Jahr 2014 bundesweit noch einen Lohnunterschied – ein bereinigter Gender Pay Gap – von rund 6 %. Das heißt, auch nachdem jene für die unterschiedliche Entlohnung relevanten Bestandteile des unbereinigten Gender Pay Gap identifiziert wurden, konnten von bundesweit 22 % im Jahr 2014 nur knapp drei Viertel der unterschiedlichen Entlohnung von Frauen und Männern erklärt werden. Es blieb ein Unterschied von 6 % bestehen. Da nicht alle lohnrelevanten Merkmale in die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes einbezogen werden können, ist dieser Wert jedoch als Obergrenze der nicht erklärten Verdienstunterschiede zu interpretieren.

Obwohl in diesem Beitrag nicht näher untersucht, haben die Unterschiede zwischen den Verdiensten von Frauen und Männern für Frauen, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes weitreichende Folgen. Beispielsweise überträgt sich die geschlechtsspezifische Lohndifferenz auch auf die Renten, da die Rentenansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland direkt von den im Erwerbsleben erzielten Verdiensten abhängen. Große Unterschiede im Alterseinkommen von Frauen und Männern wiederum könnten durchaus Unterschiede in der Gesundheit nach sich ziehen. Daher ist es vor dem Hintergrund der sich zwar insgesamt langsam abschwächenden, aber nach wie vor bestehenden Relevanz des unbereinigten und bereinigten Gender Pay Gap umso wichtiger, Angaben zur aktuellen Höhe und Entwicklung der Lohnlücke zwischen Frauen und Männern laufend zur Verfügung zu stellen. Dies ist Voraussetzung für zukünftige politische Maßnahmen, um die Verdienstunterschiede weiter auszugleichen und langfristigen Begleitererscheinungen entgegenwirken zu können.

Elke Zimmer leitet das Referat *Preise, Verdienste, Arbeitskosten* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Fachgespräch mit Karl Brenke (DIW Berlin)

„Angesichts der guten Konjunktur hat sich die Verhandlungsposition der Arbeitnehmerinnen und Arbeiter verbessert.“



Foto: Anna Blancke, DIW Berlin

Karl Brenke ist Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin

Sie sind am DIW Experte für Arbeitsmarktthemen. An welchen Projekten arbeiten Sie aktuell?

Das sind verschiedene Themen. Zunächst ein regionalpolitisches: Welche Möglichkeiten gibt es, die wirtschaftliche Entwicklung in der Region Kaliningrad zu verbessern? Zudem beschäftige ich mich mit der Frage der Umverteilung von Einkommen in Deutschland und in der EU. Mit Blick auf den Arbeitsmarkt will ich die Entwicklung von Hartz IV in jüngerer Zeit analysieren.

Welchen Stellenwert nehmen die Daten der amtlichen Statistik bei Ihren Forschungen ein und auf welche Daten greifen Sie zu?

Einen hohen Stellenwert, denn die meisten Arbeiten wären ohne amtliche Daten überhaupt nicht möglich. Ich verwende dabei diejenigen Daten, die ich für die jeweilige Fragestellung benötige. Das können Daten von Eurostat sein, von den Statistischen Ämtern oder von der Bundesagentur für Arbeit; ich verwende auch nicht-amtliche Daten. Und es können veröffentlichte Schätzungen wie die VGR, aggregierte Unternehmens- oder Haushaltsstatistiken oder Individualdaten sein.

Welche Veränderungen haben sich auf dem deutschen Arbeitsmarkt in den letzten Jahren vollzogen?

Ich nehme einmal die Zeit nach der Finanzkrise. Dann hat sich angesichts der guten Konjunktur die Verhandlungsposition der Arbeitnehmerinnen und Arbeiter verbessert, sodass die Löhne stärker gestiegen sind – auch bei den Geringverdienenden. Die Zahl der Selbstständigen, insbesondere die der Solo-Selbstständigen, hat abgenommen, weil für nicht wenige eine abhängige, sichere und besser bezahlte Beschäftigung greifbar wurde. Unfreiwillige Teilzeitarbeit ging zurück. Und ansonsten haben sich generelle Trends fortgesetzt: Frauenbeschäftigung gewann, einfache Jobs verloren an Bedeutung und die Erwerbsbeteiligung, insbesondere der Älteren, nahm weiter stark zu.

Inwiefern unterscheiden sich der Berliner und Brandenburger Arbeitsmarkt von anderen deutschen Millionenstädten und Metropolregionen?

Die Raumstruktur im Berliner Gebiet ist sehr spezifisch, denn das Umland ist immer noch vergleichsweise dünn besiedelt. Aber die Pendlerverflechtungen nehmen zu. Zudem hat man das Phänomen, dass der Ballungskern – Berlin – wirtschaftsstrukturell ungewöhnlich schwach ist.

Wie sieht Ihrer Meinung nach das „typische Erwerbsleben“ der Zukunft aus?

Die Zukunft ist ungewiss. Gleichwohl denke ich, dass die Vielfalt von Beschäftigungsformen weiter zunimmt. Dasselbe gilt für die Trennung von Betrieb und Arbeitsort (Stichwort: Homeoffice).

In welche Richtung sollte sich aus Ihrer Sicht die amtliche Statistik entwickeln?

Schwierige Frage, denn die amtliche Statistik steht immer in dem Spannungsfeld zwischen den (schier endlosen) Wünschen der Datennutzenden und den Belastungen jener, die als Unternehmen oder Privathaushalt die Daten liefern – dazwischen bewegen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Statistischen Ämter. Man könnte aber natürlich einmal aufgabenkritisch das bestehende Statistikangebot durchsehen, und prüfen, ob tatsächlich noch all das gebraucht wird. Man sollte viel vorsichtiger bei der Veränderung von Klassifikationen sein, denn dem Ertrag von Aktualisierungen steht nicht selten die Zerstörung von Zeitreihen gegenüber. Generell sollten die Ämter stärker den Kontakt zu Nutzenden suchen, denn mitunter scheint es so, dass neue Erhebungen eher Ausdruck einer Legitimation der statistischen Institutionen (auch auf EU-Ebene) sind als ein tatsächlicher Erkenntnisgewinn.

Verdienste

▣ Gesetzlicher Mindestlohn und der Gender Pay Gap im Niedriglohnbereich

Ergebnisse aus der Verdienststrukturerhebung 2014 und der Verdiensterhebung 2015

von **Clemens Ohlert**

Von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 waren Frauen insbesondere in den neuen Bundesländern stärker betroffen als Männer. Dementsprechend war die Verdienstentwicklung bei Frauen im Niedriglohnbereich im Jahr 2015 in den neuen Bundesländern stärker ausgeprägt als bei Männern. Die Verdienststrukturerhebung weist innerhalb des Niedriglohnbereichs im Durchschnitt geringe Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern aus. In den neuen Bundesländern reduzierte sich der Gender Pay Gap in diesem Bereich mit der Einführung des Mindestlohns allerdings nochmals deutlich.¹

Einleitung

Im Januar 2015 wurde in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 EUR brutto je Stunde eingeführt. Mittlerweile liegen einige empirische Befunde zu den Auswirkungen des Mindestlohns vor (Mindestlohnkommission 2016, 2018). Über die unterschiedlichen Auswirkungen auf die Stundenlöhne von Frauen und Männern sowie auf den Gender Pay Gap ist bislang aber noch wenig bekannt.

Aufgrund der insgesamt höheren Betroffenheit von Frauen vom Mindestlohn im Vergleich zu Männern ist davon auszugehen, dass die Einführung des Mindestlohns die Verdienste von Frauen stärker erhöht hat als die von Männern und somit einen reduzierenden Effekt auf den Gender Pay Gap hatte. Eine erste Vorhersage ging von einer mindestlohnbedingten Reduzierung des Gender Pay Gaps um 2,4 Prozentpunkte aus (Boll et al. 2017). Tatsächlich hat sich der unbereinigte Gender Pay Gap laut Statistischem Bundesamt im betreffenden Zeitraum kaum verändert. Der anhand der Vierteljährlichen Verdiensterhebung (VVE) ermittelte Gender Pay Gap betrug im Jahr 2015 ebenso wie im Jahr 2014 rund 22% und sank erst im Jahr 2016 auf rund 21% (Statistisches Bundesamt 2018). Dieser Beitrag ergänzt diese Befunde um Ergebnisse aus der Verdienststrukturerhebung (VSE) 2014 und der Verdiensterhebung (VE) 2015 und rückt den Gender Pay im Niedriglohnbereich² in den Fokus. Die Datensätze wurden dafür am Standort Berlin des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Ämter der Länder ausgewertet.

Verdienststrukturerhebung 2014 und Verdiensterhebung 2015

Die VSE 2014 und die VE 2015 ermöglichen die Berechnung von Stundenlöhnen vor und nach der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und sind somit wichtige Datenquellen für die Mindestlohnforschung. Die VSE 2014 erfasste erstmals auch Kleinstbetriebe sowie den Wirtschaftsabschnitt „A – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, sodass die Erfassung des Niedriglohnbereichs verbessert wurde.

Für die Ermittlung des Gender Pay Gap nutzt das Statistische Bundesamt die alle vier Jahre, zuletzt 2014, durchgeführte VSE und schreibt die Ergebnisse in der Zwischenzeit anhand der VVE fort (Finke et al. 2017). Im Gegensatz dazu verwendet dieser Beitrag für das Jahr 2015 die VE 2015, die als Sondererhebung in wesentlich kleinerem Umfang mit einer Teilstichprobe der VSE 2014 und ohne Auskunftspflicht der befragten Betriebe erhoben wurde (Statistisches Bundesamt 2017). Die VE 2015 enthält, wie die VSE, Datensätze über einzelne Beschäftigungsverhältnisse in Betrieben, während die VVE Datensätze für Beschäftigtengruppen enthält. Dadurch sind mit der VE detailliertere Auswertungen, beispielsweise zu Verteilungsparametern oder zu den Ursachen des Gender Pay Gap möglich.

¹ Der Autor dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Ämter der Länder am Standort Berlin für ihre Unterstützung. Der Beitrag gibt ausschließlich die Meinung des Autors und nicht die der Mindestlohnkommission wieder.

² Der Niedriglohnbereich ist durch Löhne unterhalb von zwei Dritteln des Medianlohnes definiert. Die anhand der VSE 2014 bzw. VE 2015 ermittelte Niedriglohnschwelle liegt für das Jahr 2014 bei 9,84 EUR und für das Jahr 2015 bei 9,94 EUR. Für diesen Beitrag wurde zur Abgrenzung des Niedriglohnbereichs für beide Jahre der Wert von rund 10 EUR verwendet.

Die VSE 2014 und die VE 2015 erfragten für eine Stichprobe der Beschäftigungsverhältnisse in auskunftspflichtigen Betrieben den gesamten Bruttoverdienst, den Verdienst für Überstunden sowie die Summe verschiedener Zuschläge (zum Beispiel für Schichtarbeit). Bei der Abfrage der Arbeitszeiten wird zwischen bezahlten Stunden ohne Überstunden, bezahlten Überstunden sowie der regelmäßigen (vertraglichen) Arbeitszeit unterschieden. Die Angaben der Betriebe stammen in der Regel aus den in der Lohnbuchhaltung vorliegenden Aufzeichnungen, sodass von einer relativ hohen Datenqualität auszugehen ist (Statistisches Bundesamt 2016).

Für Analysen von Mindestlohnwirkungen werden Stundenlöhne in der VSE bzw. VE üblicherweise aus den wöchentlichen Bruttoverdiensten ohne Überstundenverdienste und Zuschläge und den bezahlten wöchentlichen Arbeitsstunden (ohne Überstunden) errechnet. Diese Vorgehensweise wird auch in diesem Beitrag angewendet. Die allgemeine Stundenlohnberechnung des Statistischen Bundesamtes, auch zur Darstellung des Gender Pay Gap, bezieht Überstunden und Zuschläge allerdings mit ein, sodass sich abweichende Befunde ergeben können (siehe auch Finke et al. 2017). Auch aufgrund der Nutzung anonymisierter Datensätze am Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder kann es zu leichten Abweichungen von Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes kommen.

Die Untersuchungspopulation ist aufgrund der beabsichtigten Untersuchung von Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns, soweit möglich, auf solche Personen zugeschnitten, für die der Mindestlohn nach §22 MiLoG³ gilt. Dementsprechend wurden unter 18-Jährige, Auszubildende sowie Praktikantinnen und Praktikanten von der Untersuchungspopulation ausgeschlossen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Branchen mit Branchenmindestlöhnen, die übergangsweise noch unter dem gesetzlichen Mindestlohn lagen, können nicht exakt abgegrenzt werden und sind daher in der Untersuchungspopulation enthalten (siehe auch Mindestlohnkommission 2016).

Mindestlohn Betroffenheit von Frauen und Männern

Frauen verdienen im Jahr 2014 häufiger Stundenlöhne unterhalb des Mindestlohns als Männer. Dies gilt insbesondere für die neuen Bundesländer, in denen dies für knapp ein Viertel der Beschäftigungsverhältnisse von Frauen und für rund 15 % von Männern galt. Im früheren Bundesgebiet galt dies für rund 11% der Frauen und rund 6% der Männer (siehe auch Mindestlohnkommission 2016).

Vom Mindestlohn überdurchschnittlich betroffen waren unter anderem jüngere und ältere Beschäftigte, in Teilzeit und geringfügig Beschäftigte, Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung, in an- und ungelerten Tätigkeiten sowie ohne Tarifvertrag und in kleinen Unternehmen. Auch Dienstleistungsbranchen sind insgesamt überdurchschnittlich betroffen, wobei einzelne Branchen herausstechen – beispielsweise der Betrieb von Taxis, der Gastronomiebereich, Post- und Kurierdienste oder Sicherheitsdienste (Mindestlohnkommission 2016, 41 f.). Insbesondere in Teilzeit und Minijobs, in kleinen Unternehmen sowie im Dienstleistungsbereich sind Frauen zu größeren Anteilen vertreten als Männer (Busch und Holst 2008).

Tabelle 1 zeigt, dass auch innerhalb der meisten dieser Bereiche Frauen vom Mindestlohn häufiger betroffen sind als Männer. In den neuen Bundesländern lagen die Anteile von Beschäftigten mit Verdiensten unter 8,45 EUR insgesamt höher als im früheren Bundesgebiet, aber auch die Unterschiede zwischen Frauen und Männern waren hier stärker ausgeprägt. Besonders deutlich war dies bei Beschäftigten ohne Berufsausbildung, aber auch bei Beschäftigten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung weisen Frauen eine vergleichsweise hohe Betroffenheit vom Mindestlohn auf. Auch in Betrieben, die keinem Tarifvertrag unterliegen, sowie in Kleinstbetrieben ist die Mindestlohn Betroffenheit von Frauen überdurchschnittlich. Aufgrund der Einführung des Mindestlohns ist demnach in diesen Bereichen und insbesondere in den neuen Bundesländern von einer vergleichsweise starken Verdienstenwicklung bei Frauen und einer Reduzierung des Gender Pay Gap auszugehen.

1 | Anteile der Beschäftigungsverhältnisse mit Stundenlöhnen unter 8,45 EUR im Jahr 2014

Merkmal	Früheres Bundesgebiet		Neue Bundesländer ¹	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	%			
Insgesamt.....	6,2	10,9	14,9	23,3
Beschäftigte				
Vollzeit.....	1,6	3,4	8,4	13,5
Teilzeit.....	10,9	5,2	24,7	21,6
geringfügig.....	33,2	33,5	58,1	64,0
Berufsausbildung				
ohne	17,8	23,3	33,7	40,7
mit.....	5,4	10,1	16,0	27,7
Hochschulabschluss.....	1,9	3,4	5,6	6,4
Abschluss unbekannt....	1,3	2,5	3,4	4,1
Tarifvertrag				
ohne.....	9,7	17,1	20,5	34,2
Kollektiv.....	2,3	4,5	6,2	9,9
Firmen.....	2,1	2,5	2,8	3,9
Beschäftigte im Betrieb				
bis 10	13,6	19,2	28,3	43,2
über 10 bis 100.....	7,7	13,8	17,0	27,0
über 100.....	3,0	5,0	7,3	11,6

Hochgerechnete Fallzahl

Insgesamt..... 14 900 000 14 100 000 3 066 976 3 126 633

1 einschließlich Berlin

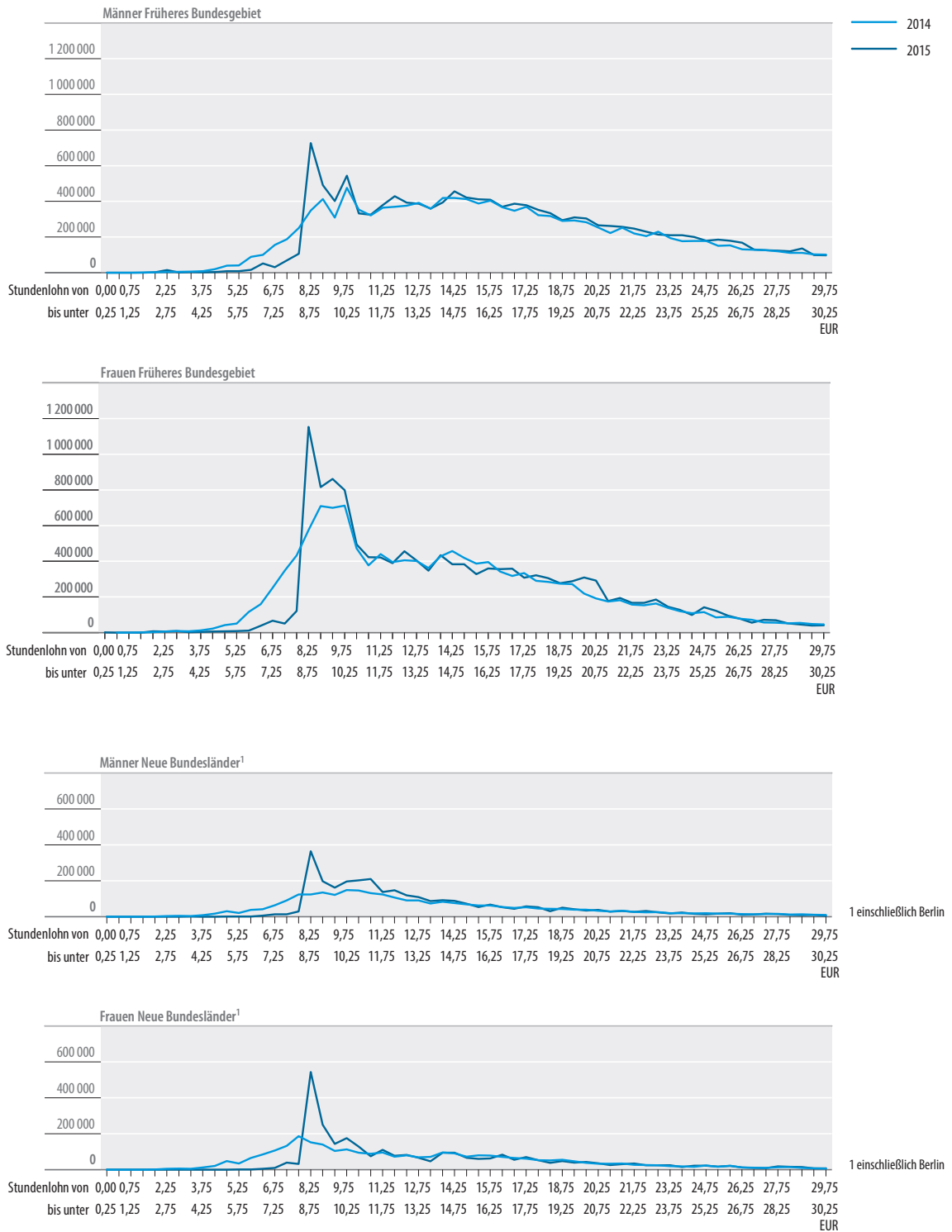
³ Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz – MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 4 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2739) geändert worden ist.

Stundenlohnverteilung bei Frauen und Männern vor und nach der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ging insgesamt mit Verdienstanstiegen im Bereich niedriger Stundenlöhne und mit einer Häufung von Beschäftigungsverhältnissen am Mindestlohnniveau einher. Auch die Häufigkeit von Beschäftigungsverhältnissen knapp oberhalb des Mindestlohns war im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Sowohl

im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Bundesländern war die Häufung von Beschäftigungsverhältnissen, die etwa mit dem Mindestlohn oder knapp darüber vergütet wurden, bei Frauen erheblich größer als bei Männern. In den neuen Bundesländern verdienten Frauen allerdings besonders häufig den Mindestlohn oder wenig mehr, während bei den Männern eine Zunahme der Beschäftigungsverhältnisse mit einer Entlohnung von bis zu 13,50 EUR erkennbar war (Abbildung a).

a | Stundenlohnverteilung 2014 und 2015 nach Geschlecht und Region



1 einschließlich Berlin

1 einschließlich Berlin

Tabelle 2 verdeutlicht die Verschiebungen der Lohnverteilung bei Frauen und Männern insbesondere im unteren Lohnbereich. Im Ausgangsjahr 2014 waren Frauen nicht nur unterhalb des Mindestlohnniveaus, sondern auch in den Lohnsegmenten oberhalb von rund 8,50 EUR bis rund 12 EUR überwiegend vertreten. Männer erhielten dagegen deutlich häufiger als Frauen Löhne oberhalb von rund 12 EUR. In den neuen Bundesländern waren deutlich mehr Frauen mit einer Entlohnung unterhalb des Mindestlohnniveaus beschäftigt als Männer und etwa zu gleichen Anteilen im Lohnsegment oberhalb von rund 8,50 EUR bis rund 10 EUR. Bereits ab rund 10 EUR waren Männer in den neuen Bundesländern anteilmäßig häufiger vertreten als Frauen.

Nach Einführung des Mindestlohns im Jahr 2015 erhielten sowohl Frauen als auch Männer deutlich seltener Stundenlöhne unterhalb des Mindestlohnniveaus. Bei beiden Geschlechtern kam es zu einer deutlichen Verschiebung in der Lohnverteilung nach oben. Diese führte dazu, dass Frauen und Männer im Vergleich zum Vorjahr häufiger den Mindestlohn oder Löhne bis zu rund 10 EUR erhielten. Das Lohnsegment zwischen rund 10 EUR und rund 12 EUR wurde bei Frauen und Männer im früheren Bundesgebiet anteilmäßig nur wenig größer als im Vorjahr. In den neuen Bundesländern stieg der Anteil der Männer im Lohnbereich zwischen rund 10 EUR und rund 12 EUR gegenüber dem Vorjahr allerdings deutlich an. Für die Frauen in den neuen Bundesländern wuchs der Anteil in diesem Lohnbereich jedoch nur wenig. Der Anteil von Männern mit Verdiensten oberhalb von rund 12 EUR war im früheren Bundesgebiet nach wie vor deutlich über dem entsprechenden Anteil der Frauen, während der Un-

terschied in den neuen Bundesländern kleiner ausfiel. Der Umfang der Niedriglohnbeschäftigung fiel im Jahr 2015, insbesondere unter Frauen in den alten Bundesländern und Männern in den neuen Bundesländern, kleiner aus als im Vorjahr.

Tabelle 3 zeigt schließlich die Verdienstentwicklung von Frauen und Männern in verschiedenen Lohnsegmenten. Im Niedriglohnbereich (bis einschließlich 10 EUR) zeigt sich, wie erwartet, eine stärkere Lohnentwicklung bei Frauen in den neuen Bundesländern. Die Erhöhung lag mit rund 14,6% rund drei Prozentpunkte über der der Männer. Im früheren Bundesgebiet hingegen war die Verdienstentwicklung bei beiden Geschlechtern im Niedriglohnbereich nahezu gleich. Dementsprechend dürfte der Gender Pay Gap im Niedriglohnbereich in den neuen Bundesländern gesunken sein, während für das frühere Bundesgebiet keine Veränderungen zu erwarten sind.

Überraschenderweise ergab sich anhand der VE 2015 für Männer insgesamt eine schwache Verdienstentwicklung, während die Verdienste der Frauen um rund 2,4% stiegen (siehe auch Statistisches Bundesamt 2017). Demnach sanken die Löhne für westdeutsche Männer sogar um 0,8% und stiegen für ostdeutsche Männer nur um 0,1%. Abweichend davon weist die VVE, die üblicherweise für Betrachtungen der Verdienstentwicklung herangezogen wird, durchweg positive Verdienstentwicklungen aus. Für Männer in beiden Landesteilen betrug diese im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr rund 2,3% bzw. 3,6% und für Frauen 2,4% bzw. 4,2% (Mindestlohnkommission 2016, 48). Eine Ursache für abweichende Befunde zwischen VVE und VE 2015 kann darin liegen, dass die VVE im Gegensatz zur

2 | Veränderung der Stundenlohnverteilung 2014 zu 2015 nach Geschlecht und Region

Merkmal	Ins-gesamt	Früheres Bundesgebiet		Neue Bundesländer ¹	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen
%					
2014					
Unter Mindestlohn.....	10,4	6,2	10,9	14,9	23,3
Am Mindestlohn.....	1,1	0,7	1,3	1,1	1,3
Über Mindestlohn					
bis 10 EUR.....	11,7	8,0	15,2	13,3	12,5
Von 10 EUR bis 12 EUR...	11,3	9,2	12,4	16,7	11,6
Über 12 EUR.....	65,5	76,0	60,2	54,1	51,4
Niedriglohnsektor insgesamt.....	23,1	14,9	27,5	29,3	37,1
2015					
Unter Mindestlohn.....	2,5	2,0	2,8	2,3	3,6
Am Mindestlohn.....	4,9	3,0	5,3	6,3	11,5
Über Mindestlohn					
bis 10 EUR.....	14,4	9,2	17,8	17,6	21,5
Von 10 EUR bis 12 EUR...	12,4	9,8	12,8	21,5	13,6
Über 12 EUR.....	65,7	75,9	61,3	52,4	49,9
Niedriglohnsektor insgesamt.....	21,9	14,3	25,8	26,1	36,5

¹ einschließlich Berlin

Anmerkung: Unter Mindestlohnniveau (unter 8,45 EUR); Am Mindestlohnniveau (8,45 EUR bis 8,54 EUR); Über Mindestlohnniveau (8,55 EUR bis 10,04 EUR) (von 10,00 EUR bis 12,00 EUR); Niedriglohnsektor insgesamt (bis zu 10,04 EUR)

3 | Entwicklung der Verdienste 2014 zu 2015 nach Geschlecht und Region

Verdienst	Früheres Bundesgebiet		Neue Bundesländer ¹	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
%				
Insgesamt.....	-0,8	2,4	0,1	2,4
Bis 10 EUR.....	5,9	6,0	11,3	14,6
Von 10 EUR bis 12 EUR...	0,1	-0,1	-0,0	0,2
Über 12 EUR.....	-1,3	0,8	-1,4	0,3

¹ einschließlich Berlin

Anmerkung: Der Berechnung liegen die mittleren Verdienste in den Jahren 2014 und 2015 in der jeweiligen Gruppe zugrunde.

VE Beschäftigte des Wirtschaftsabschnitts A (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) sowie Beschäftigte in Kleinstbetrieben nicht abdeckt. Da diese Bereiche eher unterdurchschnittliche Verdienste aufweisen, können die durchschnittlichen Ergebnisse der VE unter denen der VVE liegen (Statistisches Bundesamt 2016, 10). In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, dass aus verschiedenen Gründen Messungenauigkeiten vorliegen können und dass den ausgewiesenen prozentualen Veränderungen mitunter nur sehr kleine gemessene absolute Unterschiede in den Stundenlöhnen zugrunde liegen (beispielsweise ergäbe sich bei durchschnittlichen Löhnen der Männer von rund 19 EUR pro Stunde bei einer Abweichung um 10 Cent eine prozentuale Veränderung von rund 0,5%). Mit dem Befund einer schwächeren Verdienstentwicklung bei Männern als bei Frauen auch in höheren Lohnbereichen dürfte eine Reduzierung des gemessenen Gender Pay Gap auch oberhalb des Niedriglohnbereiches einhergehen.

Veränderungen des Gender Pay Gap 2014 bis 2015

Für das Jahr 2014 ergab sich anhand der VSE ein Gender Pay Gap von 22%. Der in diesem Beitrag mit mindestlohnspezifischer Stundenlohnberechnung und Stichprobenabgrenzung ermittelte Wert stimmt also in etwa mit dem vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen durchschnittlichen Gender Pay Gap in Deutschland überein. Für das Jahr 2015 wurde im Rahmen der VE mit 19,3% allerdings ein deutlich niedrigerer Wert ermittelt.

Die Ursachen des Gender Pay Gap lassen sich anhand der VSE untersuchen. Als wichtigste Erklärungsfaktoren gelten unterschiedliche Branchen und Berufe, in denen Frauen und Männer tätig sind, unterschiedliche hierarchische Positionen, die Frauen und Männer einnehmen, sowie Erwerbsphasen in Teilzeit und Erwerbsunterbrechungen (siehe auch Finke et al. 2017).

Bei einer Betrachtung verschiedener Abschnitte der Lohnverteilung anhand von Perzentilen ergibt sich üblicherweise, dass der Gender Pay Gap im Niedriglohnbereich sowie im Hochlohnbereich höher ausfällt als in der Mitte der Lohnverteilung (siehe Granados und Wrohlich 2018). In Bezug auf den

Niedriglohnbereich spiegelt dieser Befund wider, dass Frauen im Vergleich zu Männern häufiger zu niedrigen oder sehr niedrigen Löhnen beschäftigt werden als zu höheren (siehe auch Tabelle 2). Die im Folgenden vorgenommene Auswertung verschiedener Lohnsegmente unterscheidet sich von dieser Betrachtungsweise, indem die durchschnittlichen Verdienste von Frauen und Männern innerhalb verschiedener Lohnbereiche verglichen werden. Damit soll für den Niedriglohnbereich aufgezeigt werden, ob sich die Verdienste von Frauen und Männern durch Erhöhungen von Löhnen auf oder über das Mindestlohniveau angeglichen haben.

Um einen Eindruck darüber zu erlangen, ob sich der Mindestlohn auf die Verdienstunterschiede nach Geschlecht ausgewirkt hat, weist Tabelle 4 den Gender Pay Gap differenziert nach Jahr, Region sowie innerhalb verschiedener Lohnsegmente aus. Im Ergebnis zeigt sich, dass der durchschnittliche Verdienstunterschied im Lohnbereich bis zu rund 10 EUR im früheren Bundesgebiet gegen 0 ging und sich zwischen 2014 und 2015 kaum veränderte. In den neuen Bundesländern betrug der durchschnittliche Verdienstunterschied im untersten Lohnbereich rund 4% und ging im Jahr 2015 auf rund 1% zurück. Die Einführung des Mindestlohns ging dort mit einer Reduzierung des Gender Pay Gap im Niedriglohnbereich einher. Innerhalb des Lohnbereichs zwischen rund 10 EUR und rund 12 EUR bestanden im Durchschnitt nur sehr geringe Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern, die im Betrachtungszeitraum konstant blieben.

Die VE weist für das Jahr 2015 in beiden Landesteilen für Löhne oberhalb der 12-EUR-Marke einen gegenüber dem Vorjahr deutlich reduzierten durchschnittlichen Gender Pay Gap aus. Dies könnte auf die ermittelte schwache Verdienstentwicklung bei Männern mit höheren Verdiensten zurückgeführt werden. Da der Befund nicht unbedingt plausibel erscheint, ist eine weitere Untersuchung dieses Aspekts angebracht. Die VE 2015 weist auch insgesamt gegenüber dem Vorjahr eine Reduzierung des Gender Pay Gap um gut 2 Prozentpunkte aus, die nur zum Teil auf Veränderungen im Niedriglohnbereich und somit mutmaßliche Mindestlohnwirkungen zurückzuführen ist.

4 | Veränderung des Gender Pay Gap 2014 zu 2015 nach Region

Verdienst	Früheres Bundesgebiet			Neue Bundesländer ¹		
	2014	2015	Veränderung	2014	2015	Veränderung
	%		%-Punkte	%		%-Punkte
Insgesamt.....	23,6	21,2	-0,025	10,3	8,2	-0,021
Bis 10 EUR.....	-1,0	-1,1	-0,001	3,9	1,0	-0,029
Von 10 EUR bis 12 EUR...	0,6	0,7	0,002	0,0	-0,2	-0,002
Über 12 EUR.....	17,4	15,6	-0,018	9,1	7,6	-0,015

¹ einschließlich Berlin

Anmerkung: Der Berechnung liegen die mittleren Verdienste in den Jahren 2014 und 2015 in der jeweiligen Gruppe zugrunde.

Fazit und Ausblick

Dieser Beitrag zeigte anhand der VSE 2014 und der VE 2015 erste deskriptive Ergebnisse zu den Zusammenhängen zwischen der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und dem Gender Pay Gap in Deutschland auf. Von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 waren Frauen insbesondere in den neuen Bundesländern stärker betroffen als Männer. Wie erwartet, ergab sich in den neuen Bundesländern im Zeitraum der Mindestlohneinführung eine Reduzierung des Gender Pay Gap im Niedriglohnbereich. Um sich den Auswirkungen des Mindestlohns auf die Entlohnung von Frauen und Männern exakter anzunähern, gilt es, ein besseres Verständnis der für die Forschung noch neuen Datenbasis VE 2015 zu erlangen. Darüber hinaus sollten elaborierte Methoden angewendet werden, um potenzielle Mindestlohnwirkungen auf den Gender Pay Gap zu evaluieren und dabei verschiedene Segmente der Lohnverteilung zu berücksichtigen.

Dr. Clemens Ohlert ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der *Geschäfts- und Informationsstelle für den Mindestlohn* in Berlin.

Quellen

- Boll, Christina; Hendrik Hüning; Johannes Puckelwald (2017): Potenzielle Auswirkungen des Mindestlohns auf den Gender Pay Gap in Deutschland – eine Simulationsstudie auf Basis des SOEP 2014, Sozialer Fortschritt, 66(2), S. 123–153.
- Busch, Anne; Elke Holst (2008): Verdienstdifferenzen zwischen Frauen und Männern nur teilweise durch Strukturmerkmale zu erklären. In: DIW-Wochenbericht 15/2008, S. 184–190.
- Finke, Claudia; Florian Dumpert; Martin Beck (2017): Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen. Eine Ursachenanalyse auf Grundlage der Verdienststrukturerhebung 2014, Wirtschaft und Statistik, 2017(2), S. 43–62.
- Gallego Granados, Patricia; Katharina Wrohlich (2018): Gender Pay Gap besonders groß bei niedrigen und hohen Löhnen. In: DIW-Wochenbericht 10/2018, S. 173–179.
- Mindestlohnkommission (2016): Erster Bericht zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns. Bericht der Mindestlohnkommission an die Bundesregierung nach § 9 Abs. 4 Mindestlohngesetz, Berlin.
- Mindestlohnkommission (2018): Zweiter Bericht zu den Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns. Bericht der Mindestlohnkommission an die Bundesregierung nach § 9 Abs. 4 Mindestlohngesetz, Berlin.
- Statistisches Bundesamt (2016): Verdienststrukturerhebung. Erhebung der Struktur der Arbeitsverdienste nach § 4 Verdienststatistikgesetz, VSE 2014 Qualitätsbericht, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2017): Verdiensterhebung 2015. Abschlussbericht einer Erhebung über die Wirkung des gesetzlichen Mindestlohns auf die Verdienste und Arbeitszeiten der abhängig Beschäftigten, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2018): Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern in Deutschland 2017 bei 21%, Pressemitteilung 15.03.2018.

Mikrozensus

Der Weg zur Arbeit

Verkehrsmittelnutzung in Berlin im Kontext soziostruktureller Merkmale

von **Jörg Feilbach**

Da sich für die allermeisten Erwerbstätigen Wohn- und Arbeitsstätte an unterschiedlichen Orten befinden, muss diese Distanz auf irgendeine Art und Weise regelmäßig zurückgelegt werden. Je nach Länge der Wegstrecke, der Verfügbarkeit von Alternativen sowie weiteren Erwägungen praktischer und moralischer Art fällt die Wahl in aller Regel auf die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel wie Bus und Bahn, auf das Fahren mit einem privaten Kraftfahrzeug wie Pkw, Motorrad oder Motorroller, auf das Fahrradfahren oder bei kurzen Strecken auf das Laufen. Aus individueller Sicht soll der Arbeitsweg vor allem möglichst schnell, sicher und bequem zurückgelegt werden. Aus umwelt-, gesundheits- und verkehrspolitischer Perspektive besteht das Interesse – insbesondere in einer Großstadt wie Berlin – den motorisierten Individualverkehr mit seinen negativen Begleiterscheinungen Luftverschmutzung, Lärm und Stau zu reduzieren und die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel sowie des Fahrrads zu fördern. Anhand der Ergebnisse des Mikrozensus lässt sich die Nutzung verschiedener Verkehrsmittel für den Arbeitsweg sozialstrukturell abbilden. Dies soll in diesem Beitrag anhand der Merkmale Geschlecht, Alter, Einkommen und beruflicher Position für das Land Berlin geschehen.

Der Weg zur Arbeitsstätte im Mikrozensus

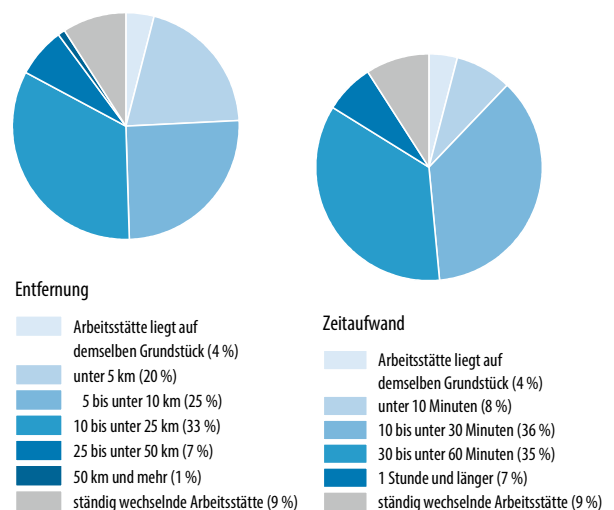
Der Mikrozensus erhebt als einprozentige Haushaltstichprobe neben dem jährlich durchgeführten Grundprogramm vierjährlich Informationen zum Weg zur Arbeitsstätte. Erfragt werden auf freiwilliger Basis die Entfernung und der Zeitaufwand für den Hinweg zur Arbeit in Kategorien sowie das hauptsächlich für die längste Strecke genutzte Verkehrsmittel. Zuletzt wurden diese Merkmale für das Jahr 2016 erhoben. In diesem Beitrag beziehen sich alle Angaben auf Erwerbstätige, die ihren Arbeitsweg gewöhnlich von der als Hauptwohnsitz in die Stichprobe gelangten Adresse aus antreten. Räumliche Zuordnungen der Erwerbstätigen, zum Beispiel nach Bezirk, erfolgen nach dem Wohnortprinzip und nicht nach dem Ort der Arbeitsstätte. Eine Darstellung der Entwicklung über eine möglichst lange Zeitperiode wäre zwar reizvoll, ist aber aufgrund methodischer Änderungen, insbesondere durch die Umstellung von einer festen Berichtswoche im Frühjahr auf eine ganzjährige Erhebung seit dem Jahr 2005 und der damit verbundenen Einschränkung der Vergleichbarkeit der Ergebnisse, nicht zu empfehlen. Vergleiche mit einem vorangegangenen Zeitpunkt beziehen sich daher in diesem Beitrag auf das Jahr 2008 als erstem Berichtsjahr mit Fragen zum Arbeitsweg nach der Methodenumstellung. Auf eine Ausweisung von absoluten Werten wird aufgrund der Freiwilligkeit der Fragen zum Arbeitsweg und der damit verbundenen Antwortausfälle¹ verzichtet und stattdessen Prozentanteile gebildet.

Entfernung, Zeitaufwand und Verkehrsmittel

Die Wahl des Verkehrsmittels für den Arbeitsweg steht in Abhängigkeit ganz unterschiedlicher Faktoren. So setzt die Entscheidung für das private Auto in der Regel dessen Besitz voraus. Tagsüber öffentliche

Verkehrsmittel zu nutzen, ist in Berlin von fast jedem Ort der Stadt möglich, kann aber je nach Anbindung des Wohnortes an das öffentliche Verkehrsnetz und die Taktung des Fahrplans unterschiedlich attraktiv sein. Dazu kommen praktische Erwägungen im Zusammenhang mit der Verkehrssituation auf den Straßen, möglichen Erledigungen auf Hin- oder Rückweg sowie Kosten- und Sicherheitsabwägungen. Weiterhin spielen individuelle Vorlieben, ökologische Bedenken oder auch Fragen der körperlichen Verfassung sowie Witterungsbedingungen eine Rol-

a | Erwerbstätige 2016 in Berlin nach Entfernung und Zeitaufwand zur Arbeitsstätte



¹ Die Antwortausfälle bei den Fragen zum Arbeitsweg beliefen sich 2016 auf etwa 22 % der Erwerbstätigen.

le, wenn es zum Beispiel um die Entscheidung für oder gegen das Fahrrad geht. Schließlich ist auch die Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort von großer Bedeutung. So sind das Zufußgehen und Fahrradfahren eher bei kürzeren Strecken zweckmäßig und werden bei größeren Entfernungen weniger wahrscheinlich.

Wie die Mikrozensusergebnisse für 2016 in Abbildung a zeigen, ergab sich für einen kleinen Teil von 4% der Berliner Erwerbstätigen der günstige Umstand, dass Arbeitsstätte und Wohnung auf demselben Grundstück liegen. Während jeder Fünfte (20%) mit weniger als 5 km einen recht kurzen Weg zur Arbeit hatte, musste jeder Vierte (25%) 5 km bis unter 10 km und jeder Dritte (33%) 10 km bis unter 25 km zurücklegen. Für 7% der Erwerbstätigen lagen Wohn- und Arbeitsort 25 km bis unter 50 km weit voneinander entfernt. Etwa 1% musste sogar einen einfachen Weg von mehr als 50 km zurücklegen. Die Länge des Arbeitsweges war für 9% der Erwerbstätigen variabel, da sich auch die Arbeitsstätte ständig änderte.

Bei etwa 45% der Erwerbstätigen ergab sich für den einfachen Arbeitsweg in Berlin 2016 ein Zeitaufwand (Abbildung a) von unter einer halben Stunde – neben den 4%, deren Wohn- und Arbeitsstätte räumlich übereinstimmten. 8% benötigten weniger als 10 Minuten und 36% insgesamt 10 Minuten bis unter 30 Minuten. 35% waren zwischen 30 Minuten und 60 Minuten unterwegs, 7% benötigten mindestens eine Stunde.

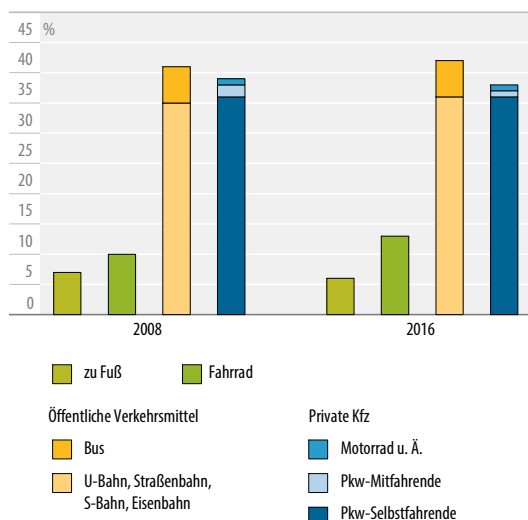
Da der Fokus dieses Artikels auf der Wahl des Verkehrsmittels für den Weg zur Arbeitsstätte liegt, werden im Folgenden nur noch Erwerbstätige betrachtet, deren Arbeitsstätte sich nicht auf demselben Grundstück wie die Wohnung befindet.

Wie Abbildung b verdeutlicht, wurden öffentliche Verkehrsmittel im Jahr 2016 täglich von 42% der Erwerbstätigen genutzt. Der Schienenverkehr spielte als Hauptverkehrsmittel hierbei mit 36% eine deutlich größere Rolle als der Bus mit 6%. Der motorisierte Individualverkehr nahm einen Anteil von 39% ein, wobei Pkw-Selbstfahrende mit 36% den weit überwiegenden Anteil ausmachten und nur jeweils 1% auf Pkw-Mitfahrende sowie motorisierte Zweiradfahrer entfiel. Das Fahrrad² nutzten immerhin 13% der Erwerbstätigen, während 6% ihre Arbeitsstätte zu Fuß erreichten.

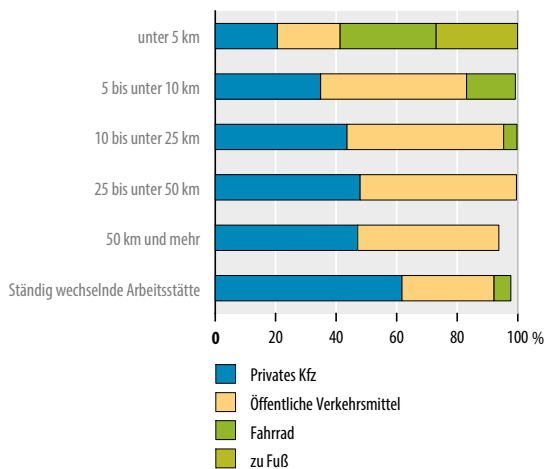
Gegenüber dem Jahr 2008 ergaben sich bei der Wahl der Verkehrsmittel kaum Veränderungen. Einen Anstieg von einem Prozentpunkt verzeichnete die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, wobei dieser leichte Zugewinn allein den Bahnfahrenden zuzuschreiben ist. Um 3 Prozentpunkte legten die Fahrradfahrenden zu, während der Anteil der zu Fuß Gehenden um einen Prozentpunkt abnahm. Bei den Anteilen zur Nutzung privater Kraftfahrzeuge gab es praktisch keine Veränderung. Der scheinbar leichte Rückgang der PKW-Mitfahrenden um 1% ist eher auf einen Rundungseffekt zurückzuführen.

Die Kombination von Entfernung und Verkehrsmittel in Abbildung c zeigt, dass kurze Arbeitswege von unter 5 km in Berlin 2016 überwiegend per Muskelkraft zurückgelegt wurden. Hier war das Fahrrad mit 32% die erste Wahl, 27% der Beschäftigten legten die kurze Strecke zu Fuß zurück. Öffentlicher Verkehr sowie motorisierter Individualverkehr lagen mit jeweils 21% gleichauf. Für weitere Strecken bevorzugte etwa jeder Zweite den öffentlichen Verkehr mit Bus und Bahn. Bei 5 km bis unter 10 km Weglänge betrug der Anteil dieser Verkehrsmittel 48%, bei Distanzen von 10 km bis unter 25 km sowie 25 km bis

b | Erwerbstätige 2008 und 2016 in Berlin nach hauptsächlich genutztem Verkehrsmittel zur Arbeitsstätte



c | Erwerbstätige 2016 in Berlin nach Entfernung zur Arbeitsstätte und Verkehrsmittel



² Einschließlich Elektrofahrräder, deren Anteil jedoch verschwindend gering war.

unter 50 km waren es 52 % und bei Langstrecken von mindestens 50 km rund 47 %. Das private Kfz nutzten 35 % bei Wegen von 5 km bis unter 10 km, 44 % bei 10 km bis unter 25 km, 48 % bei 25 km bis unter 50 km und 47 % bei 50 km und mehr. Der direkte Vergleich zwischen privatem Kfz und öffentlichem Verkehr zeigt, dass die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel auf mittleren Strecken zwar überwiegt, der Anteil der Kfz-Nutzung sich aber mit zunehmender Strecke annähert und bei langen Strecken gleichauf liegt. Das Fahrrad kam bei 16 % der Erwerbstätigen mit einem Arbeitsweg von 5 km bis unter 10 km und 4 % mit einer Wohn-Arbeit-Distanz von 10 km bis unter 25 km zum Einsatz. Personen mit wechselnder Arbeitsstätte verließen sich zu fast zwei Dritteln (62 %) auf ihr Kfz, während 30 % von ihnen den öffentlichen Verkehr und 6 % das Fahrrad nutzen.

Wird die Zeit betrachtet, die für den Hinweg zur Arbeit benötigt wird, und werden dabei die Erwerbstätigen, deren Arbeitsort ständig wechselt, außer Acht gelassen, zeigt sich, dass zu Fuß Gehende zu fast

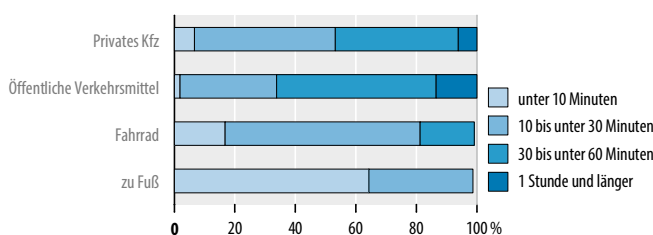
zwei Dritteln (64 %) weniger als 10 Minuten unterwegs waren (Abbildung d). Unter den Fahrradfahrern benötigte ein ebenso großer Anteil 10 Minuten bis unter 30 Minuten, weniger als 10 Minuten brauchten 17 % und mindestens eine halbe Stunde 18 %. Die Fahrt zum Arbeitsplatz mit öffentlichen Verkehrsmitteln war häufig länger als die mit einem Kfz. Bei 53 % der Erwerbstätigen dauerte sie 30 Minuten bis unter 60 Minuten, bei 13 % sogar mindestens eine Stunde. Unter den Nutzenden privater Kfz waren die Anteile mit 41 % und 6 % deutlich geringer.

Verkehrsmittelnutzung nach Geschlecht und Alter

Tabelle 1 gliedert die Geschlechter sowie verschiedene Altersgruppen nach der Nutzung der Verkehrsmittel auf, sodass sich teilweise deutliche Unterschiede erkennen lassen. Weibliche Erwerbstätige wählten im Jahr 2016 das private Kfz zu 32 % und taten dies damit seltener als Männer, die auf einen Anteil von 45 % kamen. Dafür lagen sie bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel mit 48 % deutlich vorn (Männer 37 %). Das Fahrrad ist bei beiden Geschlechtern gleichermaßen beliebt. Jeweils 13 % nutzten diese Art der Fortbewegung. Zu Fuß gingen 7 % der Frauen und 5 % der Männer.

Im Zeitvergleich nahm die Kfz-Nutzung gegenüber 2008 bei den Männern um einen Prozentpunkt ab und bei den Frauen um denselben Betrag zu. Öffentliche Verkehrsmittel konnten bei den Männern 3 Prozentpunkte hinzugewinnen, während sich bei den weiblichen Erwerbstätigen keine Veränderung ergab. Bei beiden Geschlechtern erhöhte sich die Fahrrad-

d | Erwerbstätige 2016 in Berlin nach Zeitaufwand zur Arbeitsstätte und Verkehrsmittel



1 | Erwerbstätige 2008 und 2016 in Berlin nach Geschlecht, Alter und hauptsächlich genutztem Verkehrsmittel zur Arbeitsstätte

Verkehrsmittel	2008						2016					
	Insgesamt	im Alter von ... Jahren					Insgesamt	im Alter von ... Jahren				
		unter 30	30 bis unter 40	40 bis unter 50	50 bis unter 60	60 und mehr		unter 30	30 bis unter 40	40 bis unter 50	50 bis unter 60	60 und mehr
%												
Insgesamt												
Insgesamt.....	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Privates Kfz.....	39	23	40	44	45	52	39	21	33	45	49	50
Öffentliche Verkehrsmittel...	41	57	38	35	38	29	42	60	45	35	35	34
Fahrrad.....	10	11	11	11	8	/	13	12	16	13	11	9
zu Fuß.....	7	7	7	7	6	11	6	7	5	7	5	7
männlich												
Insgesamt.....	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Privates Kfz.....	46	27	45	51	55	64	45	25	37	51	58	59
Öffentliche Verkehrsmittel...	34	53	33	29	29	19	37	56	41	32	27	28
Fahrrad.....	10	12	12	9	8	/	13	14	17	12	10	/
zu Fuß.....	6	5	7	7	5	/	5	6	4	5	4	/
weiblich												
Insgesamt.....	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Privates Kfz.....	31	18	34	36	36	37	32	18	29	39	40	38
Öffentliche Verkehrsmittel...	48	60	45	42	46	42	48	64	50	38	43	41
Fahrrad.....	10	11	11	12	8	/	13	11	16	14	11	/
zu Fuß.....	8	8	7	8	8	/	7	7	5	8	6	/

nutzung um 3 Prozentpunkte. Der Fußgängeranteil reduzierte sich jeweils um einen Prozentpunkt.

Auch zwischen den Altersgruppen unterscheiden sich die Vorlieben für bestimmte Verkehrsmittel. Vereinfacht lässt sich feststellen, dass mit zunehmendem Alter das eigene Kfz den Vorzug erhält, wohingegen öffentliche Verkehrsmittel überdurchschnittlich in den jüngeren Altersgruppen genutzt werden. Von den unter 30-jährigen Erwerbstätigen nutzten 2016 rund 60 % Busse und Bahnen und nur 21% das private Kfz. Auch in der Gruppe der 30- bis unter 40-Jährigen war der öffentliche Verkehr mit 45% die vorherrschende Alternative gegenüber dem Kfz mit 33%. In den Gruppen zwischen 40 Jahren und 60 Jahren lag die Nutzung von Bus und Bahn mit 35% deutlich darunter und erreichte bei den über 60-Jährigen mit 34% den geringsten Wert aller Altersgruppen. Entsprechend hoch war der Anteil der Kfz-Nutzenden in den älteren Gruppen. Bei den über 60-Jährigen erreichte er den Höchstwert von 50%. Fahrradfahren fand unter den 30- bis unter 40-Jährigen mit 16% die meisten Anhänger – bei den über 60-Jährigen stiegen dagegen nur noch 9% auf das Rad. Zu Fuß gingen in allen Altersgruppen zwischen 5% und 7% der Erwerbstätigen.

Auch wenn die Veränderungen gegenüber 2008 insgesamt gering sind, fällt doch auf, dass sich der Trend bei Jüngeren hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln bewegt, während die Entwicklung bei Erwerbstätigen zwischen 40 Jahren und 60 Jahren mehr in Richtung privates Kfz deutet. So stieg der Anteil der Fahrgäste öffentlicher Verkehrsmittel bei den 30- bis unter 40-Jährigen im Zeitraum bis 2016 um 7 Prozentpunkte und fiel bei den 50- bis unter 60-Jährigen um 3 Prozentpunkte. Bei den ältesten Erwerbstätigen ab 60 Jahren erhöhte sich der Anteil allerdings um 5 Prozentpunkte. Passend dazu verringerte sich der private Kfz-Gebrauch bei den 30- bis unter 40-Jährigen um 7 Prozentpunkte und legte unter den 50- bis 60-Jährigen um 4 Prozentpunkte zu. Die Fahrradnutzung stieg in allen Altersgruppen an – am deutlichsten bei den 30- bis unter 40-Jährigen um 5 Prozentpunkte.

Bei der kombinierten Betrachtung von Alter und Geschlecht überrascht angesichts obiger Ergebnisse nicht, dass jüngere Frauen die größte und ältere Männer die kleinste Affinität zu öffentlichen Verkehrsmitteln aufweisen. So betrug der Anteil im Jahr 2016 unter den Frauen im Alter von unter 30 Jahren fast zwei Drittel (64%). Die niedrigsten Anteile ließen sich in den beiden älteren Männergruppen von mehr als 50 Jahren mit 27% beziehungsweise 28% finden. Damit korrespondierend lagen die Anteile an Kraftfahrenden bei den jüngsten Frauen nur bei 18%, bei den Männern im Alter von 50 Jahren bis unter 60 Jahren dafür bei 58% und in der ältesten Männergruppe bei 59%. Bei den Frauen war der Anteil der Kfz-Nutzerinnen allein in der Altersgruppe der 40- bis unter 50-Jährigen einen Prozentpunkt größer als der der Nutzerinnen öffentlicher Ver-

kehrsmittel. Den höchsten Anteil an Autofahrerinnen wiesen die 50- bis unter 60-Jährigen mit 40% auf, wobei auch in dieser Gruppe die Bus- oder Bahnfahrerinnen mit 43% überwogen. Bei den Männern fortgeschrittenen Alters dagegen lag die Präferenz klar beim privaten Kfz. Gegenüber den Nutzern öffentlicher Verkehrsmittel dominierten die Kraftfahrer in den oberen beiden Altersgruppen um mehr als 30 Prozentpunkte.

Im Vergleich zum Jahr 2008 erhöhte sich bei den Männern in fast allen Altersgruppen der Anteil an Nutzern öffentlicher Verkehrsmittel. Die Ausnahme bildet die Gruppe der 50- bis unter 60-Jährigen, hier nahm der Anteil um 2 Prozentpunkte ab. Am deutlichsten zulegen konnte der Anteil interessanterweise in der Gruppe der Bus und Bahn eher meidenden und besonders autoaffinen Männer von mindestens 60 Jahren. Die Zunahme betrug hier 9 Prozentpunkte. Aber auch bei den 30- bis unter 40-jährigen Männern war eine Steigerung um 8 Prozentpunkte zu verzeichnen. Entsprechend fielen in diesen beiden Gruppen die Anteile privater Kfz-Nutzer gegenüber 2008 um 5 Prozentpunkte beziehungsweise 8 Prozentpunkte. Für Frauen ab 40 Jahren gewann dagegen das private Kfz an Attraktivität. In der Altersgruppe der 40- bis unter 50-Jährigen stieg der Nutzungsanteil um 3 Prozentpunkte, in der Gruppe der 50- bis unter 60-Jährigen um 4 Prozentpunkte und bei den über 60-Jährigen um einen Prozentpunkt. Entsprechend reduzierte sich der Gebrauch öffentlicher Verkehrsmittel in diesen Gruppen um bis zu 4 Prozentpunkte. Auf das Fahrrad griffen im Jahr 2016 Männer jeder Altersgruppe sowie Frauen ab 30 Jahren häufiger zurück als noch 2008. Mit 17% traten 2016 am häufigsten Männer zwischen 30 Jahren und 40 Jahren in die Pedale. Sowohl bei den Männern als auch den Frauen dieser Altersgruppe wuchsen die Anteile gegenüber 2008 um 5 Prozentpunkte.

In Anbetracht der beobachteten Geschlechterunterschiede hinsichtlich der Nutzung eines Verkehrsmittels lässt sich fragen, inwieweit die Präferenzen innerhalb zusammenlebender Paare übereinstimmen oder sich unterscheiden. So wiesen 2016 verschiedengeschlechtliche Paare zweier erwerbstätiger Partner folgende Nutzungskombinationen auf (Tabelle 2): Mit 27% traten am häufigsten Paare auf, bei denen beide Partner ein privates Kfz nutzten³. In 21% der Fälle fuhr der Mann mit einem Kfz, die

2 | Paare mit zwei erwerbstätigen Partnern 2016 in Berlin nach hauptsächlich genutztem Verkehrsmittel zur Arbeitsstätte

Partner	Partnerin			
	Zusammen	Privates Kfz	Öffentliche Verkehrsmittel	Fahrrad
%				
Zusammen.....	100	37	44	12
Privates Kfz.....	55	27	21	4
Öffentliche Verkehrsmittel...	29	7	18	3
Fahrrad.....	11	2	4	5

³ Die Kombination, dass ein Partner Selbstfahrer, der andere Mitfahrer ist, trat nur bei 2% der Paare auf.

Frau dagegen mit Bus oder Bahn. Dass beiderseits am öffentlichen Verkehr teilgenommen wurde, kam zu 18 % vor. Nur in 7 % der Paare nutzte die Frau das Kfz, während der Mann von Bussen oder Bahnen Gebrauch machte. Aus zwei Fahrradfahrenden setzten sich 5 % der Paare zusammen. Paare, die aus einer Radfahrerin und einem Autofahrer oder einem radelnden Mann und einer Nutzerin öffentlicher Verkehrsmittel bestanden, traten zu jeweils 4 % auf. Es zeigt sich somit, dass in fast zwei Dritteln der Paare mindestens ein Kfz genutzt wurde. Gab es nur einen Kfz-Nutzenden, war dies weitaus häufiger der Mann.

Verkehrsmittelnutzung nach Einkommen und beruflicher Position

Wird das persönliche monatliche Nettoeinkommen der Erwerbstätigen in die Betrachtung einbezogen, ergeben sich Hinweise auf den Zusammenhang zwischen den individuellen ökonomischen Grundlagen und der Verkehrsmittelnutzung. So ist festzustellen, dass die mittleren Einkommen⁴ der Kraftfahrenden im Jahr 2016 recht deutlich über denen der Bus- und Bahnnutzenden lagen (Tabelle 3). Dieser Befund gilt für beide Geschlechter in allen betrachteten Altersgruppen. Er ist somit kein alleiniger Ausdruck der Umstände, dass die Einkommen von Männern im Mittel über denen der Frauen liegen oder dass die Einkommen älterer Erwerbstätiger oft höher sind als die der Berufsneulinge. Insgesamt betrug der Einkommensunterschied 375 EUR, bei den Männern 400 EUR und bei weiblichen Erwerbstätigen 300 EUR. Die geringste Differenz wies jeweils die Altersgruppe der 30- bis unter 40-Jährigen auf: bei Männern 225 EUR, bei Frauen sogar nur 100 EUR. Den größten Einkommensvorsprung hatten die Kfz-Nutzenden

gegenüber den am öffentlichen Verkehr Teilnehmenden bei den über 60-jährigen Männern mit 425 EUR und bei den Frauen in der Gruppe der unter 30-Jährigen mit 325 EUR.

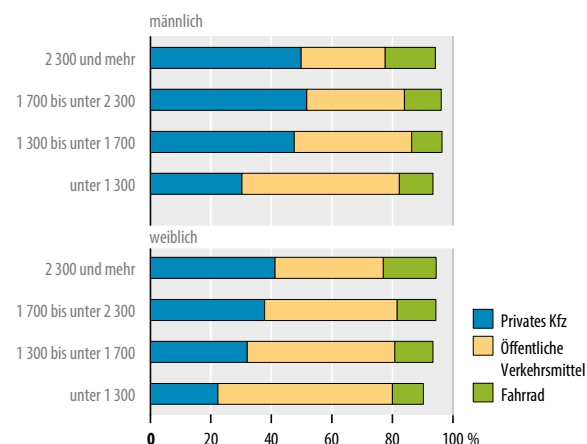
Bemerkenswert ist auch, dass Fahrradfahrende in der Mehrheit der betrachteten Altersgruppen die höchsten mittleren Einkommen aufweisen. Dies betraf bei den Frauen die Gruppen zwischen 30 Jahren und 50 Jahren und bei den Männern die 30- bis unter 60-Jährigen. Unter den 40- bis unter 50-jährigen Männern verfügten die Radfahrer sogar über ein im Mittel um 275 EUR höheres Einkommen als die privaten Kraftfahrer.

Auch die in Abbildung e dargestellten Anteile der Verkehrsmittelnutzung innerhalb verschiedener Einkommensklassen nach Geschlecht zeigen, dass die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel sowohl bei Frauen als auch bei Männern mit einem höheren Einkommen abnimmt. Bei einem geringen Einkommen von weniger als 1300 EUR fuhren 58 % der Frauen und 52 % der Männer mit Bus oder Bahn. In der höchsten Einkommensklasse von 2300 EUR und mehr waren es nur noch 36 % der weiblichen und 28 % der männlichen Erwerbstätigen. Der Anteil des Kfz-Gebrauchs erhöhte sich dagegen bei den Frauen von 22 % in der unteren auf 41 % in der oberen Einkommensklasse. Bei den Männern lag dieser Anteil in allen Einkommensklassen über dem der Frauen und erreichte sein Maximum von 52 % bereits in der Einkommensklasse 1700 EUR bis unter 2300 EUR. Das Fahrrad war bei Frauen wie Männern am häufigsten in der höchsten Einkommensklasse das Verkehrsmittel der Wahl (jeweils 17 %). Hier spielen offenbar Kostenüberlegungen nicht die entscheidende Rolle.

3 | Mittleres monatliches Nettoeinkommen von Erwerbstätigen 2016 in Berlin nach Geschlecht, Alter und hauptsächlich genutztem Verkehrsmittel

Verkehrsmittel	Insgesamt	Im Alter von ... Jahren				
		unter 30	30 bis unter 40	40 bis unter 50	50 bis unter 60	60 und mehr
		EUR				
		Insgesamt				
Privates Kfz.....	1 875	1 475	1 850	2 000	1 925	2 000
Öffentliche Verkehrsmittel.....	1 500	1 175	1 675	1 725	1 600	1 600
Fahrrad.....	1 875	1 350	1 925	2 150	2 050	2 025
		männlich				
Privates Kfz.....	1 950	1 450	1 950	2 100	2 000	2 075
Öffentliche Verkehrsmittel.....	1 550	1 175	1 725	1 800	1 650	1 650
Fahrrad.....	2 050	1 325	2 100	2 375	2 225	/
		weiblich				
Privates Kfz.....	1 775	1 500	1 725	1 900	1 825	1 825
Öffentliche Verkehrsmittel.....	1 475	1 175	1 625	1 675	1 575	1 550
Fahrrad.....	1 725	1 350	1 775	1 975	1 775	/

e | Erwerbstätige 2016 in Berlin nach hauptsächlich genutztem Verkehrsmittel zur Arbeitsstätte, Geschlecht und Nettoeinkommensklassen



4 Es wurde das Medianeinkommen aus den in Klassen erhobenen Nettoeinkommen berechnet und auf ein Vielfaches von 25 gerundet. Unterschiedliche Formen des Erwerbsumfanges (Vollzeit, Teilzeit) blieben unberücksichtigt. Das Nettoeinkommen beinhaltet neben dem Erwerbseinkommen auch Einkünfte aus weiteren Quellen, z.B. Transferleistungen, Mieteinnahmen, etc.

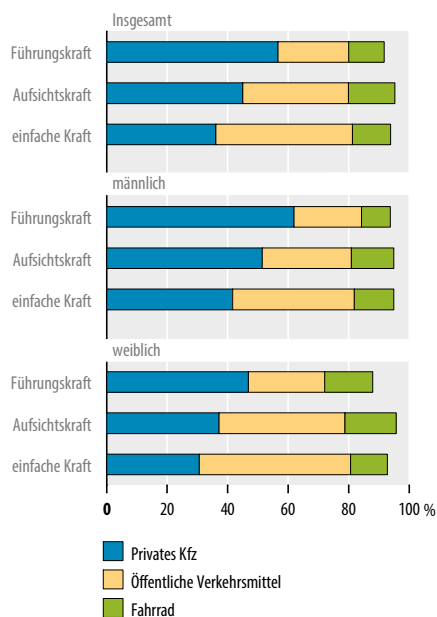
Angesichts der geschlechts-, alters- und einkommensspezifischen Tendenzen bezüglich der Nutzung eines Verkehrsmittels überrascht es auch nicht, dass mit der Höhe der beruflichen Position die Nutzung des privaten Kfz ansteigt und die Inanspruchnahme eines öffentlichen Verkehrsmittels abnimmt. So fuhren 2016 rund 57% der Personen, die als Führungskraft Entscheidungsbefugnisse über Personal, Budget und Strategie besitzen, mit dem privaten Kfz und nur zu 23% mit Bus oder Bahn (Abbildung f). In der darunter angesiedelten Schicht der Aufsichtskräfte mit der Befugnis zum Anleiten und Beaufsichtigen von Personal sowie dem Verteilen und Kontrollieren von Arbeit nutzten 45% das Kfz und 35% die öffentlichen Verkehrsmittel. Die untere berufliche Schicht ohne Führungs- oder Aufsichtsbefugnisse nutzte mit 45% häufiger öffentliche Verkehrsmittel als das Privatauto (36%). Die Geschlechter unterscheiden sich dabei nur im Ausmaß, nicht aber in der Tendenz. In allen beruflichen Positionen waren die Anteile der Kfz-Nutzenden bei den Männern höher und die Anteile der Bus- und Bahnfahrenden geringer als bei den Frauen: Männliche Führungskräfte fuhren zu 62% mit dem eigenen Kfz, weibliche dagegen nur zu 47%. In der unteren Gruppe nutzten 40% der Männer Bus und Bahn gegenüber 50% bei den weiblichen Erwerbstätigen. Aber auch die Frauen bevorzugten mit steigender beruflicher Position deutlich häufiger das private Kfz. Das Fahrrad war jeweils in der mittleren Gruppe der Aufsichtskräfte mit 14% (Männer) beziehungsweise 17% (Frauen) am stärksten vertreten.

Verkehrsmittelnutzung nach Bezirk

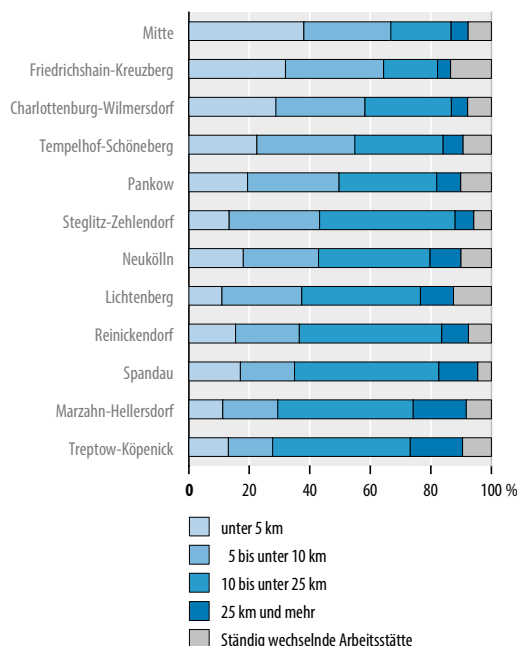
In den innerstädtischen Bezirken Wohnende legen häufig kürzere Strecken zu ihrer Arbeit zurück als Personen aus den Randbezirken. Zum einen konzentrieren sich viele Arbeitsstätten in der Innenstadt, zum anderen müssen in der Innenstadt wohnhafte Menschen nie die gesamte Stadt durchqueren, sollte sich ihr Arbeitsort am Stadtrand befinden. So legten im Jahr 2016 rund 38% der im Bezirk Mitte wohnhaften Erwerbstätigen für den einfachen Weg zur Arbeit weniger als 5km zurück (Abbildung g). Auf die ebenfalls zentral wohnenden Menschen aus Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Wilmersdorf traf dies zu 32% beziehungsweise 29% zu. Dagegen hatten nur jeweils 11% der Erwerbstätigen aus Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg und jeweils 13% aus Treptow-Köpenick und Steglitz-Zehlendorf den Vorteil einer solch geringen Wegstrecke. Jeweils mehr als 60% der Erwerbstätigen in Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Spandau legten mindestens 10km von ihren Wohnungen zur Arbeitsstätte zurück. Auf Bewohnerinnen und Bewohner der Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg und Mitte traf dies dagegen nur zu 22% beziehungsweise 26% zu.

Kürzere Arbeitswege und eine höhere Netzichte öffentlicher Verkehrsmittel im Innenstadtbereich wirken sich auf die Verkehrsmittelnutzung aus. So waren 2016 die Anteile der Kfz-Nutzenden unter den Erwerbstätigen in den Innenstadtbezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg mit 21% beziehungsweise 22% vergleichsweise gering (Abbildung h). Öffentliche Verkehrsmittel wurden mit 46% (Mitte) beziehungsweise 47% (Friedrichshain-Kreuzberg) mehr als doppelt so häufig bestiegen. Jeweils 22%

f | Erwerbstätige 2016 in Berlin nach hauptsächlich genutztem Verkehrsmittel zur Arbeitsstätte, Geschlecht und beruflicher Position



g | Erwerbstätige 2016 in Berlin nach Entfernung, zur Arbeitsstätte und Bezirk



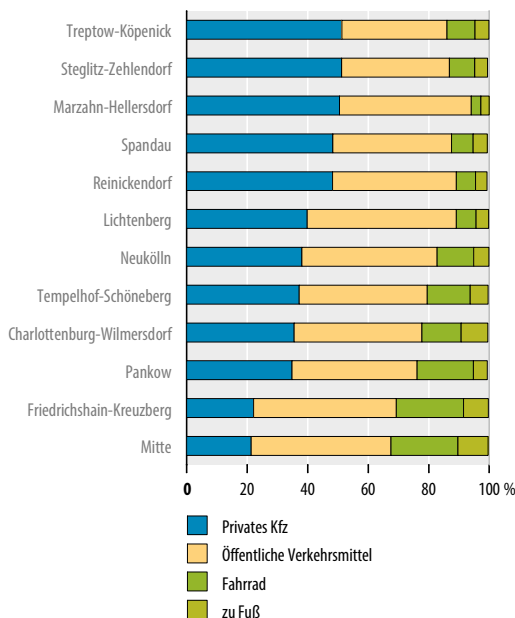
der Erwerbstätigen aus diesen Bezirken führen mit dem Fahrrad. In Mitte konnte jeder Zehnte seine Arbeitsstätte zu Fuß erreichen.

Für die sich eher am Stadtrand befindlichen Bezirke Steglitz-Zehlendorf, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf, Spandau und Reinickendorf zeigt sich hinsichtlich der Kfz-Nutzung ein deutlich anderes Bild. Hier fuhr etwa jeder Zweite mit dem privaten Kfz zur Arbeit. Treptow-Köpenick, Steglitz-Zehlendorf und Marzahn-Hellersdorf lagen mit 51% an der Spitze. Der Nutzungsanteil öffentlicher Verkehrsmittel variierte zwischen den Bezirken weniger stark. Er war mit 49% in Lichtenberg am größten und in Treptow-Köpenick (35%) sowie Steglitz-Zehlendorf (36%) am kleinsten. Das Fahrrad verliert in Stadtrandnähe an Bedeutung. In Reinickendorf griffen 6% und in Marzahn-Hellersdorf nur noch 3% auf diese Option zurück.

Zusammenfassung

Trotz des großen Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln in Berlin war die Nutzung privater Kraftfahrzeuge zur Erreichung der Arbeitsstätte 2016 nach wie vor hoch. Mit zunehmender Wegstrecke erhöhte sich die Bedeutung des motorisierten Individualverkehrs. Auf kurzen Strecken von unter 5 km war dagegen das Fahrrad das am häufigsten genutzte Verkehrsmittel.

h | Erwerbstätige 2016 in Berlin nach hauptsächlich genutztem Verkehrsmittel zur Arbeitsstätte und Bezirk



Männliche Erwerbstätige neigten deutlich stärker zur Nutzung des privaten Kfz als weibliche. Entsprechend dominierten bei den Frauen öffentliche Verkehrsmittel. Das Fahrrad ist bei beiden Geschlechtern gleichermaßen beliebt. Das Alter hat ebenfalls einen Effekt. Mit steigendem Alter nahm die Hinwendung zum privaten Kfz zu, während der Gebrauch öffentlicher Verkehrsmittel geringer war. Dieser Zusammenhang lässt sich prinzipiell sowohl bei Frauen als auch Männern beobachten, wenn auch auf unterschiedlich hohem Niveau. Das Fahrrad fand unabhängig vom Geschlecht unter Erwerbstätigen im Alter von 30 Jahren bis unter 40 Jahren den größten Zuspruch.

Im Zeitvergleich zeichnet sich eine leichte Annäherung bei den Geschlechtern ab. Bei den Männern nahm die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu und zwar in fast allen Altersgruppen. Die Kfz-Nutzung ging bei den unter 40-Jährigen und den über 60-Jährigen zurück. Bei den Frauen gewann der motorisierte Individualverkehr in den Altersgruppen ab 40 Jahren hinzu. Ein Anstieg bei der Fahrradnutzung ist für beide Geschlechter zu verzeichnen.

In fast zwei Dritteln der Paare gab es 2016 mindestens eine Kfz-nutzende Person, in mehr als einem Viertel sogar zwei. In den allermeisten Fällen nutzte das Kfz der Mann.

Der Vergleich sowohl mittlerer Einkommen als auch von Einkommensklassen zeigt, dass der Anteil an Kfz-Nutzenden mit dem Einkommen zu- und der Anteil der Nutzenden öffentlicher Verkehrsmittel abnahm. Diese Tendenz ist unabhängig von Geschlecht und Alter. Fahrradfahrende haben in den meisten Altersgruppen das höchste Einkommen. In Zusammenhang mit dem Einkommen steht die berufliche Position. Hier zeigt sich, dass mit der beruflichen Position auch der Anteil an Kfz-Nutzenden steigt und der Anteil an Nutzenden öffentlicher Verkehrsmittel sinkt.

Erwerbstätige, die in Innenstadtbezirken wohnen, legten geringere Distanzen zur Arbeitsstätte zurück und nutzten deutlich seltener das Kfz. Dafür griffen sie häufiger zum Fahrrad als die Berufstätigen aus den Randbezirken. Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel variierte weniger deutlich zwischen den Bezirken und lässt sich nicht so klar auf eine städtische Rand- oder Zentrallage der Wohnung zurückführen. Tendenziell war sie aber in den Randbezirken

Jörg Feilbach ist Sachbearbeiter im Referat *Mikrozensus, Sozialberichte* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

Neuerscheinung

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2017

Wie entwickelte sich die Erwerbstätigkeit in den Bundesländern seit 1991 und gab es unterschiedliche Entwicklungen in Bezug auf die Wirtschaftsbereiche? Die neueste Veröffentlichung des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR) zeichnet ein detailliertes Bild der Erwerbstätigkeit auf Länderebene.

Der Tabellenband erlaubt einen regionalen Vergleich der Erwerbstätigen insgesamt, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen seit 1991 und der marginal Beschäftigten seit 2003. Alle Ergebnisse sind auf die Bundesergebnisse mit Berechnungsstand Mai 2018 abgestimmt.



In Deutschland nahm die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr um 1,5% auf 44,3 Mill. Personen zu. Dabei fiel der Anstieg in den alten Bundesländern (ohne Berlin) mit 1,5% höher aus als in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) mit 0,7%. Die Spannweite der positiven Veränderungsrate unter den Bundesländern reichte von 0,1% in Sachsen-Anhalt bis 2,9% in Berlin. Im Land Brandenburg waren rund 1,2% mehr Personen erwerbstätig als ein Jahr zuvor.

In Berlin stieg die Erwerbstätigenzahl das 14. Jahr in Folge. Insgesamt waren in der Bundeshauptstadt im Jahr 2017 rund 1 949 500 Personen erwerbstätig. Im Land Brandenburg waren es rund 1 114 700 Personen. Der Zuwachs beruht in beiden Ländern auf einem überdurchschnittlichen Anstieg der Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese stieg in Berlin um 3,4% und im Land Brandenburg um 1,5%. Mit 982 800 Personen war das im Land Brandenburg der höchste Wert seit dem Jahr 2000. Zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zählen neben den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch Beamte und marginal Beschäftigte.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne marginal Beschäftigte stellen in beiden Ländern mit fast 80% die größte Gruppe aller Erwerbstätigen. Mit einem Anstieg von 4,1% im Vergleich zu 2016 lag die Veränderungsrate in Berlin deutlich über der aller Bundesländer mit 2,3%. Das Land Brandenburg weist mit 1,8% eine eher unterdurchschnittliche Zunahme auf. Insgesamt gingen 2017 in Berlin rund 1 458 500 und im Land Brandenburg rund 826 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne marginal Beschäftigte einer Beschäftigung nach.

Rückgänge bei der Anzahl der Selbstständigen in beiden Ländern um 0,8% (Berlin) bzw. 1,3% (Brandenburg) sowie der marginal Beschäftigten um 0,3% (Berlin) bzw. 0,7% (Brandenburg) bremsten das Wachstum der Erwerbstätigkeit. Diese Entwicklung war mit –0,8% bei den Selbstständigen und –1,1% bei den marginal Beschäftigten auch im Bundesdurchschnitt zu beobachten.

Die Publikation „Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2017“ steht im Online-Angebot des Arbeitskreises unter www.ak-etr.de oder dem Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter www.statistikportal.de zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Arbeitsmarkt

Der deutsche Arbeitsmarkt: Ein Vergleich von Ost und West

VON **Stefanie Seele**

Im nachfolgenden Beitrag wird der Arbeitsmarkt der neuen Bundesländer mit dem der alten Bundesländer verglichen. Anhand von Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und des Mikrozensus wird gezeigt, dass der Arbeitsmarkt der neuen Länder seit der Wiedervereinigung einen erheblichen Wandel durchlaufen hat und sich seit 2005 durch den Ausbau der Erwerbstätigkeit positiv entwickeln konnte. Wichtige Mechanismen für die Verbesserung der Arbeitsmarktlage waren die Umverteilung von Arbeitszeit und mehr Erwerbstätigkeit. Besondere Aufmerksamkeit bei der Auswertung erhält die Erfassung der Erwerbstätigen am Wohnort.

Seit dem Mauerfall hat der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern einen beachtlichen Wandel vollzogen, der sich auch in der amtlichen Statistik widerspiegelt. Während in der DDR in der sozialistischen Planwirtschaft praktisch Beschäftigungsgarantie herrschte, dokumentiert die amtliche Statistik ab 1991 einen Wandel der neuen Länder zur sozialen Marktwirtschaft. Dieser Wandel führte zu einer erheblichen Steigerung der Konsumausgaben, aber gleichzeitig auch zu vermehrter Arbeitslosigkeit. Die Abbildungen a bis d zeigen die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Ost und West seit der Wiedervereinigung anhand der vier Indikatoren Erwerbslosenquote als Anteil an den Erwerbspersonen, Erwerbstätigenquote als Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung, Erwerbsquote als Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung und Bruttoinlandsprodukt als Kettenindex zu konstanten Preisen.¹ Abbildung h veranschaulicht mit einer schematischen Darstellung, wie sich die deutsche Bevölkerung in Erwerbstätige, Erwerbslose, Nicht-Erwerbspersonen sowie Personen außerhalb des Erwerbsalters aufteilt und verdeutlicht den Begriff Erwerbstätige als Summe der sozialversicherungspflichtigen Voll- und Teilzeitbeschäftigten, den ausschließlich geringfügig Beschäftigten sowie Selbstständigen, Beamten u. a.

Verschlechterte Arbeitsmarktlage

In den frühen 1990er Jahren veränderte sich die Arbeitsmarktlage in den neuen Bundesländern grundlegend: Von 1991 bis 1993 fiel die Erwerbstätigenquote um über 10 Prozentpunkte, auch die Erwerbsquote sank deutlich und die Erwerbslosenquote stieg um 6 Prozentpunkte. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung verloren viele Personen ihre Tätigkeit, wurden arbeitslos oder gingen in Frührente. Ab Mitte der 1990er Jahre verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage weiter. Mit jedem konjunkturellen Abschwung erhöhte sich die Sockelarbeitslosigkeit und die Erwerbstätigkeit sank. Die Erwerbstätigen-

quote erreichte 2004 mit 60,5 % ihren Tiefpunkt. Die Erwerbslosenquote stieg 2005 auf ihren Höchststand von 19,1 %. Die Erwerbsbeteiligung stagnierte zwischen 1994 und 2005 bei gut 76 %. Bis 1996 wuchs das Bruttoinlandsprodukt der neuen Länder kräftig, insbesondere im Vergleich zu den alten Ländern. Angekurbelt wurde es von privaten und staatlichen Investitionen. Seit 1996 nähert sich das Wachstum in Ost und West an. Damit verlangsamte sich der Konvergenzprozess zwischen beiden Regionen. Abbildung d zeigt das nahezu parallele Wachstum ab dem Jahrtausendwechsel. Zusammenfassend verschlechterten sich bis in die frühen 2000er Jahre die Arbeitsmarktindikatoren in beiden Regionen, wobei die Entwicklung in den neuen Ländern deutlich ausgeprägter war.

Verbesserte Arbeitsmarktlage trotz Wachstumsflaute

Seit 2005 zeigen beide Regionen mit dem sogenannten „deutschen Arbeitsmarktwunder“ eine Trendwende. In den neuen Ländern sank die Erwerbslosenquote um 13 Prozentpunkte bis 2016, obwohl das Bruttoinlandsprodukt (BIP) parallel zu dem in den alten Ländern wuchs. Selbst die Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 verlangsamte den Zuwachs an Erwerbstätigen in beiden Regionen nur leicht. In Abbildung a bis d lässt sich ab 2005 eine verbesserte Arbeitsmarktlage insbesondere in den neuen Ländern und eine sich angleichende Er-

¹ Erwerbslose nach dem Konzept der International Labour Organisation (ILO) sind für Länder- und Zeitvergleiche besser geeignet als die registrierten Arbeitslosen der Bundesagentur für Arbeit, da der Erwerbslosenindikator unabhängig von veränderlichen sozialrechtlichen Regelungen ist. Zu beachten ist, dass im Mikrozensus

alle Befragten einschließlich Berufspendlern an ihrem Wohnort erfasst werden. Der Arbeitsort von Erwerbstätigen ist häufig nicht der Wohnort. Erwerbslose hingegen haben nur einen Hauptwohnsitz. Daher ist es sinnvoll, Erwerbstätige am Wohnort ins Verhältnis zur Bevölkerung oder zu den Erwerbslosen zu setzen.

werbstätigen- und Erwerbslosenquote im Vergleich zu den alten Ländern ablesen.

Auch nach 2005 ließ sich eine stark verlangsamte weitere Konvergenz zwischen neuen und alten Ländern beobachten, was am Niveauunterschied des BIP je Einwohner sichtbar wird. Allerdings wuchs seit 2012 die Arbeitsproduktivität in den neuen Ländern deutlich stärker als in den alten Ländern. Burda und Seele (2017) konnten zudem zeigen, dass ab 2012 auch die Stundenlöhne von sozialversicherungspflichtig Voll- und Teilzeitbeschäftigten in den neuen Ländern stärker anstiegen.²

Erwerbstätige am Arbeits- und Wohnort

Auch die Abbildungen e bis g zeigen die verbesserte Arbeitsmarktlage anhand der Erwerbstätigen am Arbeitsort und ab 2005 am Wohnort sowie anhand der Umzüge und des Pendlerverhaltens der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen neuen und alten Ländern. Abbildungen e und f differenzieren zwischen den Erwerbstätigen am Arbeitsort und den Erwerbstätigen am Wohnort. Der Niveauunterschied zwischen Erwerbstätigen am Wohn- und Arbeitsort ergibt sich aus Salden von Ein- bzw. Auspendelnden innerhalb Deutschlands sowie aus dem bzw. in das

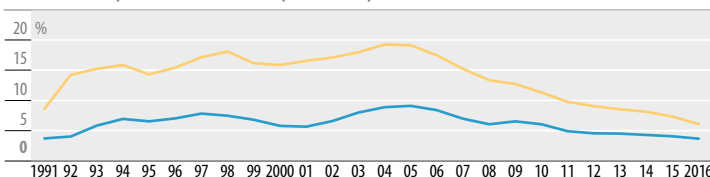
Ausland. Sichtbar ist, dass aus den neuen Ländern mehr Personen auspendelten, während in die alten Länder mehr Personen einpendelten. Ab 2005 stieg in den neuen Ländern der Pendlersaldo, das heißt immer öfter lebten Erwerbstätige in den neuen Ländern, arbeiteten aber außerhalb. In den alten Ländern lag ein negativer Pendlersaldo vor. Damit übersteigt die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort die Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort. In beiden Regionen stieg ab 2005 die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort. 2015 erreichte die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in den neuen Ländern wieder das Niveau von 1995. In den alten Ländern lag die Erwerbstätigenzahl am Arbeitsort 2015 deutlich über dem Ausgangsniveau.

Abbildung g stellt die Mobilität anhand der Anzahl an Umzügen und Berufspendelnden zwischen beiden Regionen dar. Seit der Wiedervereinigung haben die neuen Länder durch Umzüge per Saldo 1,1 Mill. Personen an die alten Bundesländer verloren. Ab 2009 nahm der Wanderungssaldo deutlich ab und betrug seitdem unter 20 000 Personen jährlich. Seit 2013 ist der Wanderungssaldo leicht positiv, das heißt etwas mehr Menschen zogen aus den alten Ländern in die neuen Länder als umgekehrt.

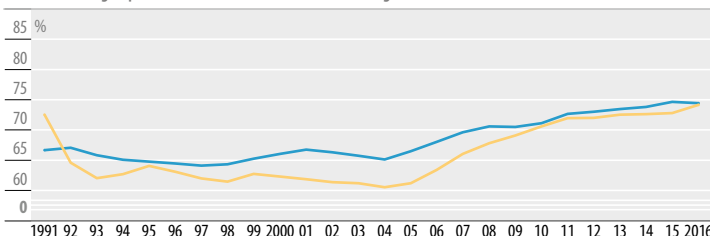
a-d | Vergleich des Arbeitsmarktes 1991 bis 2016 im früheren Bundesgebiet und in den neuen Bundesländern

Anmerkung: Die Quoten der neuen Länder enthalten ab 2005 auch Berlin-West und erfassen Erwerbstätige, Erwerbsfähige und Erwerbslose am Wohnort. Der reale BIP-Kettenindex für die neuen Länder enthält ab 1991 auch Berlin-West.
Quelle: Mikrozensus 1991–2016, Statistisches Bundesamt (Destatis) sowie Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL) 1991–2016, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart. Eigene Darstellung.

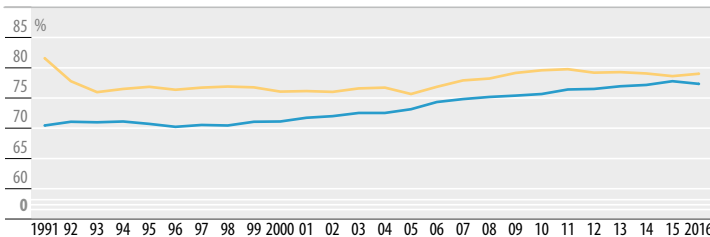
a Erwerbslosenquote nach OECD/ILO-Konzept als Erwerbspersonenanteil



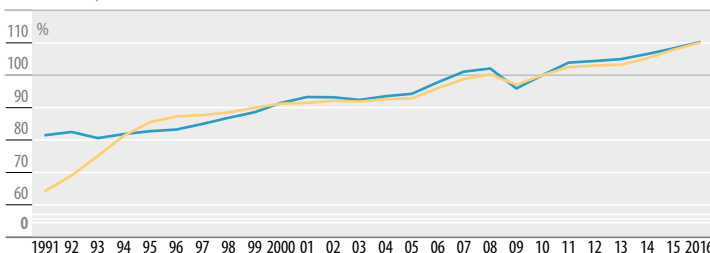
b Erwerbstätigenquote als Anteil an der Erwerbsbevölkerung



c Erwerbquote als Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung



d Reales BIP, in Preisen von 2010



² Eine Informationslücke der amtlichen Statistik besteht darin, dass es bisher keine belastbaren, öffentlich zugänglichen Angaben zu den Stundenlöhnen von sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten gibt. Auch Dütsch et al. (2017) und Fitzenberger (2012) weisen auf die eingeschränkte Verfügbarkeit von Stundenlöhnen hin.

— Neue Länder
 — Früheres Bundesgebiet (ab 2005 ohne Berlin-West)

— Neue Länder
 — Früheres Bundesgebiet (ab 1991 ohne Berlin)

Seit 1999 ist die Zahl der Berufspendelnden zwischen neuen und alten Ländern in beide Richtungen gestiegen.³ 2015 arbeiteten 398 400 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den alten Ländern, wohnten aber in den neuen Ländern. 134 500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pendelten in die entgegengesetzte Richtung. 2015 lag der Pendlersaldo zwischen Ost und West also bei 263 900 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Diese Pendelnden erklären ein gutes Viertel der Differenz aus Erwerbstätigenzahlen nach Arbeits- und Wohnort in den neuen Ländern bzw. ein Zehntel in den alten Ländern.

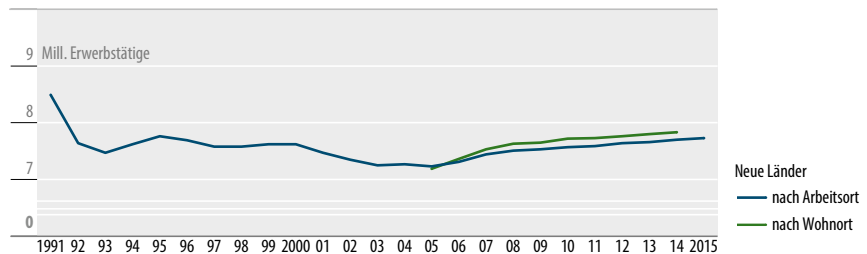
Umverteilung von Arbeitszeit

Burda und Seele (2017) belegen, dass sich in ganz Deutschland das Arbeitszeitvolumen der Erwerbstätigen von 1993 bis 2016 nur um knapp 2 % erhöhte, während die Zahl der Erwerbstätigen um gut 13 %

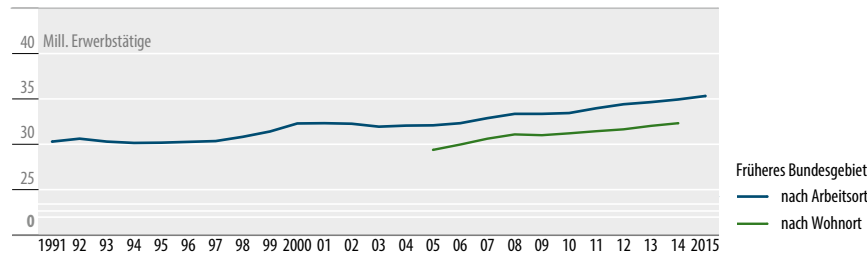
stieg. Analog dazu kann für eine ähnliche Rechnung für die neuen Länder die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Erwerbstätigen am Wohnort aus dem Mikrozensus genutzt werden. Damit lässt sich auch für die neuen Länder eine Umverteilung von Arbeitsstunden auf mehr Erwerbstätige belegen. Tabelle 1 zeigt für die Perioden 1991–2004 und 2005–2016, wie sich die Entwicklung der Gesamtarbeitszeit der Erwerbstätigen mit Wohnort in den neuen Ländern in die Bestandteile Demografie, Erwerbsbeteiligung, Erwerbstätigkeit und Stunden je Erwerbstätigen zerlegt.⁴ Die Zeitreihen aus dem Mikrozensus weisen einen Strukturbruch auf, weil Berlin-West bis 2004 zu den alten Ländern zählte und seit 2005 zu den neuen Ländern gerechnet wird. Aufgrund der mangelnden Vergleichbarkeit der Erwerbsbevölkerung wurde daher für die Tabellen 1 und 2 kein überscheidendes Periodenintervall gewählt.

e-f | Erwerbstätige 1991 bis 2015 im früheren Bundesgebiet und in den neuen Bundesländern nach Wohn- und Arbeitsort

e Erwerbstätige in den neuen Ländern



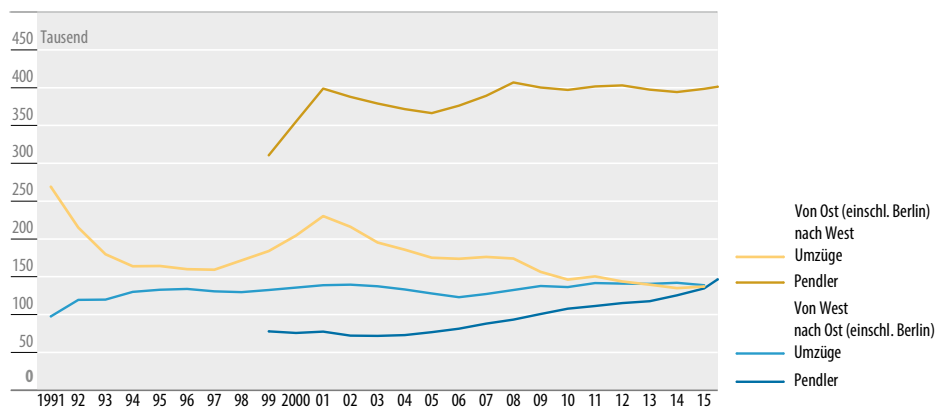
f Erwerbstätige im früheren Bundesgebiet



Anmerkung: Erwerbstätige nach der ILO-Definition. Seit 1991 enthalten die Reihen für die neuen Bundesländer auch Berlin-West. Die Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort ist für das Jahr 2011 interpoliert.

Quelle: Mikrozensus 1991–2016, Statistisches Bundesamt (Destatis); Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL) 1991–2016, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart; Wanderungen zwischen Ost und West 1991–2015, BIB, Abruf unter https://www.bib.bund.de/DE/Fakten/Fakt/Daten/M34-Wanderungen-West-Ost-ab-1991_xls.xls, Zugriff am 05.05.2018; Pendlerstatistik der Bundesagentur für Arbeit 1999–2016. Eigene Darstellung.

g | Umzüge und Ein- und Auspendler 1991 bis 2015 im früheren Bundesgebiet und in den neuen Bundesländern



³ Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Berufspendler weist die Bundesagentur für Arbeit seit 1999 aus.

⁴ Die Gesamtarbeitszeit (in Stunden) ist gleich der erwerbsfähigen Bevölkerung (in Personen) multipliziert mit der Erwerbsquote (als Anteil) multi-

pliziert mit (1-Erwerbslosenquote) (als Anteil) multipliziert mit den Arbeitsstunden je Erwerbstätigen (im Jahr). Die ersten Differenzen (Δ) vom natürlichen

Logarithmus (ln) ergeben die Veränderung der Gesamtarbeitszeit wie in Tabelle 1 dargestellt. Für eine ausführliche Herleitung der Zerlegung der

Gesamtarbeitszeit in die einzelnen Bestandteile siehe Burda und Seele (2017).

Tabelle 1 zeigt, dass von 1991 bis 2004 die Gesamt-arbeitszeit der Erwerbstätigen mit Wohnort in den neuen Ländern um knapp 30 % schrumpfte. Die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung sank im selben Zeitraum um 4,5 %. Nach 2005 verstärkte sich der Rückgang der Erwerbsbevölkerung mit 12 %. Umso bemerkenswerter ist, dass die Erwerbsbeteiligung nach 2005 um 4,3 % zulegte, weil das dem Faktor Demografie entgegenwirkte. Der Trend zu geringerer Arbeitszeit je Erwerbstätigen setzte sich auch nach 2005 fort. Gleichzeitig legte die geleistete Arbeitszeit in der Summe wieder zu. Tabelle 1 zeigt zudem den Trendumbruch der Erwerbslosenquote und bestätigt die zentrale Rolle der Umverteilung von Arbeitszeit in den neuen Ländern.

Um den Trendumbruch der Erwerbslosenquote in den neuen Ländern besser zu verstehen, kann diese in die Komponenten Erwerbsquote und Erwerbstätigenquote zerlegt werden.⁵ Tabelle 2 zeigt, dass die Entwicklung der Erwerbsquote ab 2004 einer Reduktion der Erwerbslosenquote leicht entgegenwirkte. Besonders auffällig ist die Veränderung der Erwerbstätigenquote. Entgegen der ersten Periode scheint ab 2005 die steigende Erwerbstätigenquote der Haupttreiber des dauerhaften Rückgangs der Erwerbslosenquote in den neuen Ländern zu sein. Für

ganz Deutschland belegen Burda und Seele (2017), dass hierfür eine Umverteilung von Arbeitszeit und die gestiegene Erwerbstätigkeit entscheidend waren.

Mögliche Ursachen

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Wohnort in den neuen Ländern hat sich seit 2005 kräftig erhöht, trotz relativ bescheidenem Wachstum des BIP in beiden Regionen und unterproportionalem Wachstum des Arbeitsvolumens. Die Umverteilung von Arbeitszeit auf mehr Erwerbstätige ist auch in den neuen Ländern ein wichtiger Mechanismus. Insbesondere erwerbslose Personen mit Wohnort in den neuen Ländern haben verstärkt Erwerbstätigkeit erlangt. Auch die Berufspendelnden, die in den neuen Ländern leben und in den alten Ländern arbeiten, tragen einen wichtigen Beitrag zur verbesserten Arbeitsmarktlage in den neuen Ländern bei. Die hier vorgestellten Befunde für den Arbeitsmarkt in den neuen Ländern bestätigen Burda und Seele (2017), die für ganz Deutschland zwischen 2003 und 2011 das Arbeitsangebot als den entscheidenden Treiber für das „deutsche Arbeitsmarktwunder“ identifizieren.



Stefanie Seele ist Doktorandin am Institut für Wirtschaftstheorie II (Makro) an der Humboldt-Universität zu Berlin und arbeitet als Referentin für Wirtschaftspolitik im Hauptstadtbüro des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA). Sie ist Research Associate am Sonderforschungsbereich 649 und Mitglied im Berlin Doctoral Program in Economics and Management Science.

5 Ebenda für die Herleitung.

1 | Das zerlegte „Arbeitsmarktwunder“ der neuen Bundesländer (in log-Punkten), 1991 bis 2016

Veränderung (Δ)	Zeitintervall	
	1991 bis 2004	2005 bis 2016
Δln (Erwerbsbevölkerung).....	-4,5	-12,0
+ Δln (Erwerbsquote).....	-6,2	4,3
+ Δln (1-Erwerbslosenquote).....	-12,4	14,9
+ Δln (Wochenstunden/Erwerbstätige).....	-5,9	-1,9
= Δln (Wochenarbeitszeit, insgesamt).....	-28,9	5,3

Anmerkung: Erwerbstätige sind hier nach dem Wohnortprinzip erfasst. Ab 2005 zählt Berlin-West zu den neuen Ländern. Kumulative Veränderung in log-Punkten über eine Periode (1 log Punkt von $x = 100 \cdot \Delta \ln(x) \approx \% \text{Veränderung}$). Die Gesamtarbeitszeit ist das berechnete Produkt aus normaler, durchschnittlicher Wochenarbeitszeit und Erwerbstätigen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), basierend auf dem Mikrozensus, eigene Berechnungen.

2 | Zerlegung der Erwerbslosenquote in den neuen Bundesländern, 1991 bis 2016

Veränderung (Δ)	Zeitintervall	
	1991 bis 2004	2005 bis 2016
Δln (Erwerbsquote).....	-6,2	4,3
- Δln (Erwerbstätigenquote).....	18,1	-19,2
= - Δln (1-Erwerbslosenquote).....	10,6	-13,0
≈ Δ Erwerbslosenquote		

Anmerkung: Die Erwerbslosenquote nach Destatis entspricht der OECD/ILO-Arbeitslosenquote.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), basierend auf dem Mikrozensus, eigene Berechnungen.

Referenz

- Burda, M.C. und Seele, S. (2017): Das deutsche Arbeitsmarktwunder: Eine Bilanz. In: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 2017; 18(3), S. 179–204.
- Dütsch, M., Himmelreicher, R. und Clemens, O. (2017): Zur Berechnung von Bruttostundenlöhnen – Verdienst(struktur)erhebung und Sozio-Oekonomisches Panel im Vergleich. In: SOEPPapers on Multidisciplinary Panel Data Research 2017, S. 911.
- Fitzenberger, B. (2012): Expertise zur Entwicklung der Lohnungleichheit in Deutschland. In: Arbeitspapier, Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; No. 04/2012.

h | Schematische Darstellung der deutschen Bevölkerung unterteilt in Erwerbstätige, Erwerbslose, Nicht-Erwerbspersonen sowie Personen außerhalb des Erwerbsalters



Anmerkung: 81 Mill. Personen lebten 2014 in Deutschland, davon waren 53 Mill. Menschen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre). Die Personen im erwerbsfähigen Alter setzen sich zusammen aus den Erwerbstätigen (in blau), den Erwerbslosen (in orange) und den Nicht-Erwerbspersonen. Die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen bilden die Summe der Erwerbspersonen. Quelle: Mikrozensus 2014; eigene Darstellung.

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarktbezogene Verflechtungen der Brandenburger Kreise

von **Andreas Mehnert**

Die Bestimmung arbeitsmarktbezogener Verflechtungen ist in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Es stellen sich Fragen folgender Art: Wie groß ist der relevante regionale Arbeitsmarkt, um Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften sachgerecht gegenüberstellen zu können? Handelt es sich um einen bedeutenden Wirtschaftsstandort, an dem viele Auswärtige Arbeit finden? Wie stark strahlt ein dominierendes Wirtschaftszentrum in die Fläche aus? Welche Infrastrukturerfordernisse ergeben sich aus bestehenden Verflechtungsbeziehungen?

Im vorliegenden Beitrag werden die arbeitsmarktbezogenen Verflechtungen zwischen den Brandenburger Kreisen sowie der Brandenburger Kreise mit anderen Bundesländern veranschaulicht. Dies geschieht mithilfe der Kennzahlen Verflechtungsquote und saldierte Verflechtungsquote auf der Grundlage der Daten der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Beide Indikatoren ermöglichen ein verdichtetes und zugleich konsistent aufgebautes Gesamtbild der Verflechtung.

Datengrundlage und Methodik

Für die Analyse der Verflechtungsstrukturen Brandenburgs werden die aktuellen Daten der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) genutzt. Die betrachtete Personengruppe sind die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.¹ Hierfür liegen Angaben zum Wohn- und zum Arbeitsort vor. Als Pendler gelten dabei diejenigen Beschäftigten, bei denen sich Wohn- und Arbeitsort auf der betrachteten Regionsebene unterscheiden (zum Beispiel Wohnort im Kreis X, Arbeitsort im Kreis Y). Beschäftigte ohne Angabe zum Wohn- oder Arbeitsort bleiben unberücksichtigt.

Übliche Kennzahlen für Pendler sind die Ein- und die Auspendlerquote.² Dabei werden die Einpendler auf die Arbeitsortbeschäftigten des betrachteten Gebietes bezogen, die Auspendler auf die Zahl der Beschäftigten, die im betreffenden Gebiet wohnen. Durch den unterschiedlichen Nenner lassen sich beide Kennzahlen allerdings nicht direkt zu einer gemeinsamen Pendlerquote zusammenführen. Ein ähnliches Problem besteht bei der Kennzahl für den Pendlersaldo. Theoretisch lässt sich der Saldo aus Ein- und Auspendlern sowohl auf die Wohn- als auch auf die Arbeitsortbeschäftigten beziehen. In der Praxis wird häufig der Bezug auf die Wohnortbeschäftigten gewählt.

In der nachfolgenden Untersuchung wird die regionale Verflechtung anhand der Gesamtpendlerzahl (Ein- und Auspendler) in den Vordergrund gestellt. Die Kernfrage ist, wie stark die gesamten arbeitsmarktbezogenen Beziehungen zwischen den jeweils betrachteten Regionen sind. Ob dabei dann die Ein- oder die Auspendler überwiegen, stellt eine ergänzende Information dar. Im Ergebnis kann von einem integrierten Ansatz einer Verflechtungsanalyse gesprochen werden.

Um den gewünschten Untersuchungsansatz zu realisieren, müssen Kennzahlen mit einer einheitlichen Bezugsgröße verwendet werden. Dazu werden die Verflechtungsquote (VQ) und die saldierte Verflechtungsquote (sVQ) herangezogen.³ Hierbei wird die Pendlersumme bzw. der Pendlersaldo in Bezug zum gesamten Pendlerpotenzial gesetzt, mithin auf das Potenzial sowohl für das Ein- als auch für das Auspendeln. Die Berechnungsergebnisse für die Brandenburger Kreise und kreisfreien Städte zum Stand 30.06.2017 sind in Tabelle 1 und 2 dargestellt.⁴

Derart definierte Indikatoren sind mit den Bezeichnungen „Intensität des Pendelaufkommens“ (für Verflechtungsquote) bzw. „Intensität der strukturbedingten Mindestanzahl an Pendelvorgängen“ (für saldierte Verflechtungsquote) etabliert. [3] Ins-

1 Die Gruppe der ausschließlich geringfügig Beschäftigten wird aus inhaltlichen Gründen außer Acht gelassen. Angaben zu übrigen Erwerbstätigen (vor allem Beamte und Selbstständige) sowie zu im Ausland beschäftigten Personen mit Wohnsitz in Deutschland sind in der Beschäftigungsstatistik nicht verfügbar.

2 Siehe z. B. die regelmäßige Pendlerberichterstattung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) für Berlin und Brandenburg (zuletzt [1]).

3 Zur näheren Erläuterung der Verflechtungsquote und der saldierten Verflechtungsquote siehe „Statistik erklärt“ auf S. 51. [2]

4 Zu beachten ist, dass Verflechtungsquoten kein reguläres Angebot der Statistik der BA sind.

Hinsichtlich der verwendeten Datengrundlage siehe auch die methodischen Hinweise zu Pendlerauswertungen der Beschäftigungsstatistik, im Internetangebot der BA-Statistik unter <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Methodische-Hinweise/BST-Meth-Hinweise/BST-Meth-Hinweise-Nav.html>.

besondere der erste Indikator findet in einer Reihe von Untersuchungen auch Verwendung (für Berlin und Brandenburg siehe beispielsweise [4]). Soweit bekannt, beschränkt sich die Nutzung jedoch auf die Gesamtverflechtung der jeweiligen Region ohne Differenzierung nach Verflechtungszielen. Zudem gibt es keine direkte interpretatorische Verknüpfung beider Kennzahlen.⁵

Verflechtungen mit Berlin

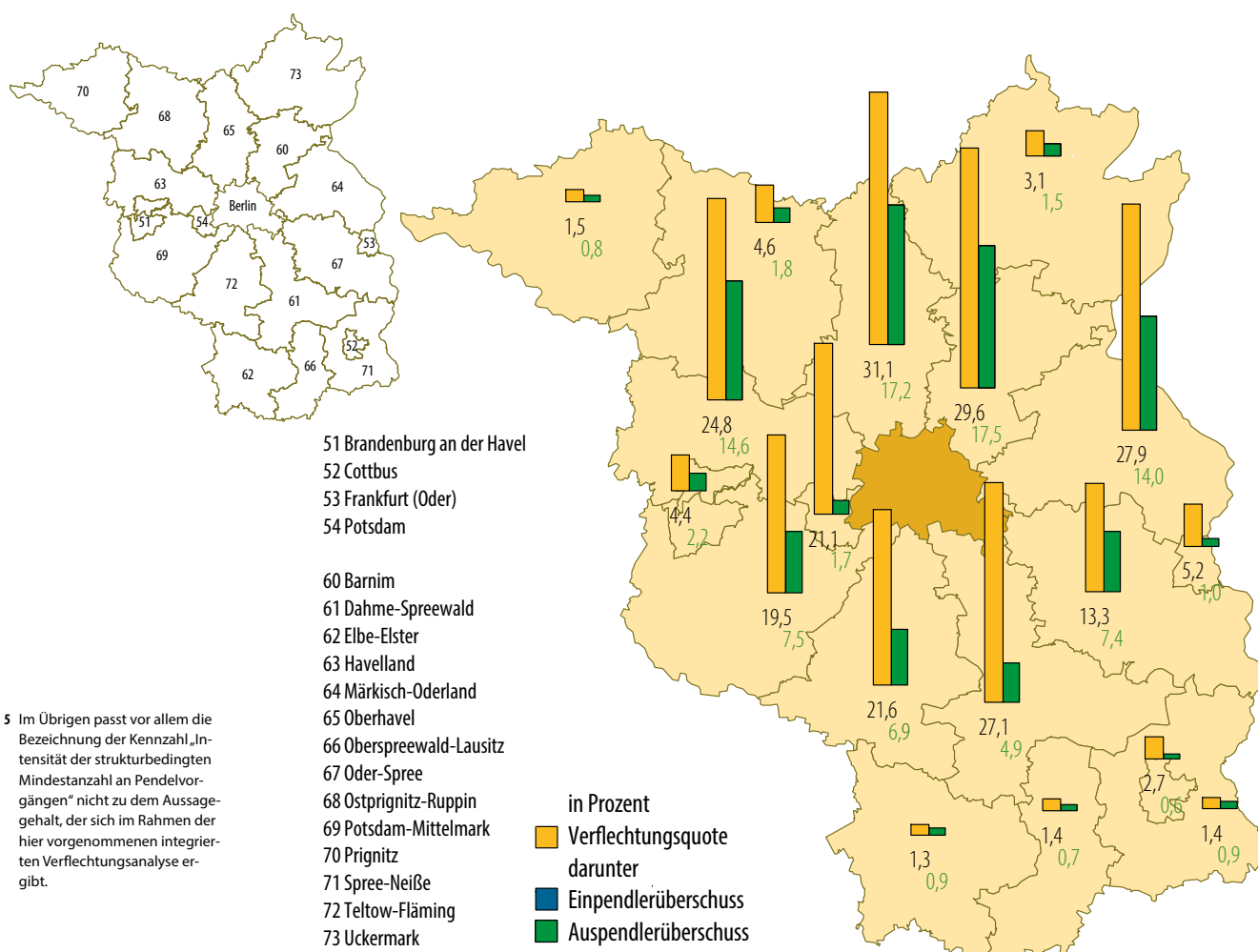
Das Land Brandenburg hat bekanntermaßen eine hohe Verflechtung mit Berlin. Somit bietet es sich an, die Analyse für die Brandenburger Kreise mit dem Verflechtungsziel Berlin zu beginnen (Abbildung a). Die größte Verflechtung hat hierbei der Landkreis Oberhavel (VQ = 31,1%). Ebenfalls sehr stark verflochten mit Berlin sind die Kreise Barnim, Märkisch-Oderland und Dahme-Spreewald mit einer Verflechtungsquote von über 27%. Es folgen Havelland, Teltow-Fläming und Potsdam mit einer Quote über 20%. Bei allen genannten Kreisen pendelt so-

mit mindestens jeder fünfte Beschäftigte nach Berlin aus bzw. aus Berlin ein.

Der Landkreis Oder-Spree ist der einzige direkt an Berlin angrenzende Landkreis mit einer Verflechtungsquote deutlich unter 20% (VQ = 13,3%). Stattdessen besteht hier die größte Eigenverflechtung unter den genannten Kreisen (VQ = 62,6%). Mithin haben beinahe zwei Drittel der Beschäftigten den Wohn- und Arbeitsort im eigenen Kreis. Bedeutsame Verflechtungen bestehen zudem mit der Stadt Frankfurt (Oder) und dem Landkreis Märkisch-Oderland (VQ = 6,6% bzw. 5,1%).

Da die berlinnahen Regionen innerhalb Brandenburgs die Schwerpunkte der Beschäftigung nach dem Arbeitsort und vor allem nach dem Wohnort darstellen, haben die Berliner Umlandkreise ein hohes Gewicht für den Verflechtungswert des gesamten Landes. Daher ist es zwar durchaus anschaulich, aber auch nicht überraschend, dass die Verflechtungsquote Brandenburgs mit Berlin insgesamt beachtliche 16,5% beträgt.

a | Verflechtung der Kreise und kreisfreien Städte Brandenburgs mit Berlin



5 Im Übrigen passt vor allem die Bezeichnung der Kennzahl „Intensität der strukturbedingten Mindestanzahl an Pendelvorgängen“ nicht zu dem Aussagegehalt, der sich im Rahmen der hier vorgenommenen integrierten Verflechtungsanalyse ergibt.

Verflechtungen mit anderen Bundesländern

Während die Verflechtungsquote Brandenburgs mit Berlin 16,5% beträgt, erreicht sie mit den anderen Bundesländern in der Summe lediglich 7,0%. In der Nähe der Landesgrenzen bestehen jedoch regionale Verflechtungsschwerpunkte mit den benachbarten Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Die Verflechtung mit Niedersachsen ist hingegen selbst für den direkt angrenzenden Landkreis Prignitz nur schwach ausgeprägt (VQ = 1,1%).

Die stärkste länderübergreifende Verflechtung abseits von Berlin ist in den vier südlichen Kreisen Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster, Spree-Neiße und Cottbus zu beobachten. Die Verflechtungsquote mit Sachsen beträgt in den drei Landkreisen zwischen 10,0% und 8,5% und erreicht auch für die Stadt Cottbus immerhin noch 3,5%. Die Verflechtungsquote des gesamten Landes Brandenburg mit Sachsen beträgt 1,9%.

Für einige Kreise gibt es auch eine nennenswerte Verflechtung mit Sachsen-Anhalt, allerdings reicht diese kaum an die Verflechtungsstärke mit Sach-

1 | Verflechtungsquoten und saldierte Verflechtungsquoten¹ – Land Brandenburg

Kreisfreie Stadt Landkreis	Ins- gesamt ²	51	52	53	54	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	
		%																		
Verflechtungsquote																				
51 Brandenburg an der Havel	38,1	61,9	0,1	0,2	4,2	0,1	0,3	0,1	5,9	0,2	0,3	0,1	0,1	0,4	15,1	0,1	0,1	0,6	0,1	
52 Cottbus	42,4	0,1	57,6	0,5	0,5	0,1	2,0	1,4	0,1	0,2	0,1	5,7	0,7	0,1	0,3	0,0	20,2	0,3	0,0	
53 Frankfurt (Oder)	40,8	0,2	0,8	59,2	0,8	0,6	0,7	0,1	0,1	7,6	0,2	0,3	16,7	0,3	0,4	0,0	0,9	0,5	0,4	
54 Potsdam	54,5	1,5	0,2	0,3	45,5	0,4	0,8	0,1	2,4	0,4	0,8	0,1	0,4	0,3	14,4	0,1	0,2	3,1	0,1	
60 Barnim	46,8	0,1	0,1	0,2	0,6	53,2	0,4	0,1	0,2	4,3	2,4	0,0	0,7	0,2	0,3	0,0	0,0	0,3	2,6	
61 Dahme-Spreewald	51,5	0,1	1,3	0,3	1,0	0,4	48,5	0,8	0,2	1,1	0,4	2,5	2,8	0,1	1,0	0,0	0,9	5,7	0,1	
62 Elbe-Elster	28,1	0,1	1,6	0,1	0,2	0,1	1,5	71,9	0,0	0,1	0,0	5,8	0,2	0,0	0,2	0,0	0,7	1,8	0,0	
63 Havelland	45,5	3,1	0,1	0,0	3,3	0,3	0,3	0,0	54,5	0,2	2,7	0,0	0,1	1,4	2,2	0,2	0,0	0,5	0,0	
64 Märkisch-Oderland	49,8	0,1	0,2	3,0	0,5	4,2	1,1	0,1	0,2	50,2	0,6	0,1	5,0	0,2	0,4	0,1	0,1	0,6	0,5	
65 Oberhavel	46,5	0,1	0,1	0,1	0,9	2,1	0,4	0,0	2,1	0,6	53,5	0,0	0,3	1,9	0,5	0,1	0,0	0,4	0,7	
66 Oberspreewald-Lausitz	37,6	0,1	5,7	0,2	0,2	0,1	3,8	5,1	0,0	0,2	0,1	62,4	0,2	0,0	0,1	0,1	4,6	0,6	0,1	
67 Oder-Spree	37,4	0,1	0,5	6,6	0,5	0,6	2,9	0,1	0,1	5,1	3,3	0,2	62,6	0,1	0,3	0,0	1,0	0,6	0,1	
68 Ostprignitz-Ruppin	24,6	0,3	0,1	0,2	0,7	0,3	0,2	0,0	2,1	0,3	3,6	0,0	0,1	75,4	0,3	4,8	0,0	0,2	0,3	
69 Potsdam-Mittelmark	57,4	5,8	0,1	0,1	15,0	0,3	0,9	0,1	1,6	0,3	0,5	0,1	0,3	0,2	42,6	0,1	0,1	4,8	0,1	
70 Prignitz	23,4	0,1	0,0	0,0	0,3	0,1	0,1	0,0	0,3	0,1	0,2	0,0	0,0	6,2	0,2	76,6	0,0	0,1	0,1	
71 Spree-Neiße	44,2	0,0	20,5	0,5	0,3	0,1	1,4	0,6	0,0	0,1	0,0	4,7	1,6	0,0	0,1	0,0	55,8	0,2	0,0	
72 Teltow-Fläming	48,0	0,2	0,2	0,2	3,7	0,3	5,7	1,0	0,4	0,6	0,4	0,4	0,5	0,1	5,3	0,0	0,1	52,0	0,1	
73 Uckermark	19,4	0,0	0,0	0,2	0,3	3,8	0,1	0,0	0,1	0,7	1,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,0	0,0	0,1	80,6	
Land Brandenburg	24,0	2,8	4,1	2,4	6,0	4,4	4,8	3,4	4,1	4,6	4,9	3,8	5,6	3,6	5,9	2,6	3,9	5,1	4,0	
Saldierte Verflechtungsquote																				
51 Brandenburg an der Havel	4,1	-	0,0	-0,0	-2,4	0,1	0,1	0,1	2,5	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	6,3	0,1	0,0	-0,2	0,0	
52 Cottbus	10,8	-0,0	-	-0,1	-0,3	0,0	0,7	0,8	0,0	0,1	0,0	1,7	0,3	-0,1	0,1	0,0	8,0	-0,0	0,0	
53 Frankfurt (Oder)	13,2	0,0	0,2	-	-0,3	0,3	0,1	0,0	0,0	5,2	0,1	0,3	6,0	0,2	0,1	0,0	0,5	0,0	0,3	
54 Potsdam	10,7	0,9	0,1	0,1	-	0,3	0,3	0,1	0,9	0,3	0,4	0,1	0,2	0,2	5,6	0,1	0,1	0,7	0,1	
60 Barnim	-19,0	-0,0	-0,0	-0,1	-0,3	-	-0,2	0,0	-0,0	1,0	-0,3	-0,0	-0,0	0,1	-0,1	0,0	0,0	-0,2	0,5	
61 Dahme-Spreewald	-5,2	-0,0	-0,4	-0,1	-0,4	0,2	-	0,2	0,1	0,4	0,1	-0,1	0,7	-0,1	-0,0	-0,0	0,0	0,1	0,0	
62 Elbe-Elster	-9,1	-0,1	-0,9	-0,0	-0,2	-0,0	-0,3	-	-0,0	0,0	-0,0	-1,2	0,1	-0,0	-0,1	-0,0	0,0	-0,1	0,0	
63 Havelland	-19,0	-1,3	-0,0	-0,0	-1,3	0,0	-0,1	0,0	-	-0,0	0,1	-0,0	-0,0	0,4	-0,0	-0,0	0,0	-0,1	0,0	
64 Märkisch-Oderland	-20,0	-0,0	-0,1	-2,0	-0,4	-1,0	-0,4	-0,0	0,0	-	-0,0	0,0	-0,5	0,0	-0,1	0,0	0,0	-0,2	-0,2	
65 Oberhavel	-19,6	-0,1	-0,0	-0,0	-0,4	0,2	-0,1	0,0	-0,0	0,0	-	-0,0	0,0	0,1	-0,1	0,0	0,0	-0,1	0,1	
66 Oberspreewald-Lausitz	-1,5	-0,0	-1,7	-0,2	-0,1	0,0	0,1	1,0	0,0	-0,0	0,0	-	0,1	-0,0	-0,0	-	0,5	0,0	0,0	
67 Oder-Spree	-11,1	-0,0	-0,2	-2,3	-0,3	0,0	-0,7	-0,0	0,0	0,6	-0,0	-0,0	-	-	-0,1	0,0	0,2	-0,2	0,0	
68 Ostprignitz-Ruppin	-4,2	-0,1	0,1	-0,2	-0,4	-0,1	0,1	0,0	-0,6	-0,0	-0,2	0,0	-	-	-0,0	0,2	0,0	-0,1	0,2	
69 Potsdam-Mittelmark	-16,4	-2,4	-0,0	-0,0	-5,8	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	-	0,0	0,1	0,4	0,0	
70 Prignitz	-3,9	-0,1	-0,0	-0,0	-0,3	-0,0	0,0	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-	-0,0	-0,3	-0,1	-	0,0	0,0	0,0	
71 Spree-Neiße	-9,6	-0,0	-8,1	-0,3	-0,3	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,6	-0,3	-0,0	-0,1	-0,0	-	-0,1	0,0
72 Teltow-Fläming	-6,2	0,1	0,0	-0,0	-0,8	0,1	-0,1	0,0	0,1	0,2	0,1	-0,0	0,2	0,1	-0,5	-0,0	0,1	-	0,0	
73 Uckermark	-4,9	-0,0	-0,0	-0,2	-0,2	-0,7	-0,1	-0,0	-0,0	0,2	-0,2	-0,0	-0,1	-0,2	-0,1	-0,0	-0,0	-0,1	-	
Land Brandenburg	-7,7	-0,2	-0,5	-0,4	-0,9	-0,0	-0,1	0,1	0,1	0,3	0,0	0,0	0,2	0,0	0,6	0,0	0,4	0,0	0,1	

1 Stichtag: 30.06.2017

2 ohne eigene Region

sen heran. Die stärkste Verflechtung besteht für die Prignitz (VQ = 3,7%) und für die Stadt Brandenburg an der Havel (2,8%). Bei den Kreisen Potsdam-Mittelmark, Elbe-Elster und Havelland werden jeweils noch ca. 2% Verflechtungsquote erreicht. Für die Kreise Ostprignitz-Ruppin und Teltow-Fläming geht die Verflechtung hingegen nicht erkennbar über das hinaus, was bei einigen nicht direkt an Sachsen-Anhalt angrenzenden Kreisen zu verzeichnen ist.

Die stärkste Verflechtung mit Mecklenburg-Vorpommern besteht für die Prignitz und die Uckermark (VQ = 5,8% bzw. 5,0%). Der Landkreis Prignitz

hat somit nennenswerte Verflechtungen sowohl mit Mecklenburg-Vorpommern als auch mit Sachsen-Anhalt und in gewissem Umfang auch mit Niedersachsen.

Die Verflechtungen mit dem Ausland werden nicht näher in die Betrachtung einbezogen. Aus methodischen Gründen der Beschäftigungsstatistik stehen leider nur Verflechtungen in Form von Einpendelbeziehungen zur Verfügung. Dass jedoch gerade die Verflechtung mit Polen eine zunehmende Rolle spielt, wird bei der Einpendlerverflechtung für Frankfurt (Oder) deutlich (VQ = sVQ = 1,5%).

2 | Verflechtungsquoten und saldierte Verflechtungsquoten¹ – ausgewählte Bundesländer, Ausland

Kreisfreie Stadt Landkreis	Ins- gesamt ²	Branden- burg	Berlin	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Mecklenburg- Vorpommern	übrige Bundesländer	Ausland
Verflechtungsquote								
51 Brandenburg an der Havel	38,1	89,8	4,4	0,4	2,8	0,2	2,3	0,1
52 Cottbus.....	42,4	89,8	2,7	3,5	0,5	0,2	2,7	0,6
53 Frankfurt (Oder).....	40,8	89,8	5,2	0,6	0,5	0,4	2,1	1,5
54 Potsdam.....	54,5	71,3	21,1	0,8	0,8	0,4	4,2	1,3
60 Barnim.....	46,8	65,7	29,6	0,5	0,4	0,5	3,2	0,2
61 Dahme-Spreewald.....	51,5	67,2	27,1	0,8	0,6	0,4	3,5	0,5
62 Elbe-Elster.....	28,1	84,4	1,3	9,0	2,0	0,2	2,9	0,1
63 Havelland.....	45,5	69,0	24,8	0,4	1,7	0,3	3,4	0,3
64 Märkisch-Oderland.....	49,8	66,8	27,9	0,6	0,7	0,5	3,1	0,4
65 Oberhavel.....	46,5	63,8	31,1	0,4	0,4	0,8	3,3	0,1
66 Oberspreewald-Lausitz.....	37,6	83,5	1,4	10,0	0,8	0,1	3,6	0,5
67 Oder-Spree.....	37,4	81,6	13,3	0,7	0,6	0,4	2,5	0,8
68 Ostprignitz-Ruppin.....	24,6	89,1	4,6	0,4	0,7	2,1	3,0	0,1
69 Potsdam-Mittelmark.....	57,4	72,8	19,5	0,9	2,0	0,4	4,1	0,3
70 Prignitz.....	23,4	84,4	1,5	0,3	3,7	5,8	4,2	0,1
71 Spree-Neiße.....	44,2	86,1	1,4	8,5	0,4	0,1	2,6	0,9
72 Teltow-Fläming.....	48,0	71,2	21,6	0,8	1,1	0,4	3,4	1,4
73 Uckermark.....	19,4	87,8	3,1	0,3	0,5	5,0	2,5	0,7
Land Brandenburg	24,0	76,0	16,5	1,9	1,0	0,8	3,2	0,6
Saldierte Verflechtungsquote								
51 Brandenburg an der Havel	4,1	7,0	-2,2	-0,1	0,8	-0,0	-1,4	0,1
52 Cottbus.....	10,8	11,2	-0,6	0,8	-0,0	0,0	-1,3	0,6
53 Frankfurt (Oder).....	13,2	13,3	-1,0	-0,1	0,1	0,2	-0,8	1,5
54 Potsdam.....	10,7	10,5	-1,7	0,0	0,4	0,2	-0,1	1,3
60 Barnim.....	-19,0	0,4	-17,5	-0,1	-0,1	-0,0	-1,8	0,2
61 Dahme-Spreewald.....	-5,2	0,9	-4,9	-0,1	0,1	0,1	-1,9	0,5
62 Elbe-Elster.....	-9,1	-2,7	-0,9	-3,9	0,1	-0,0	-1,8	0,1
63 Havelland.....	-19,0	-2,5	-14,6	-0,2	0,1	-0,0	-2,1	0,3
64 Märkisch-Oderland.....	-20,0	-4,8	-14,0	-0,2	0,3	0,1	-1,8	0,4
65 Oberhavel.....	-19,6	-0,3	-17,2	-0,2	-0,1	-0,0	-2,0	0,1
66 Oberspreewald-Lausitz.....	-1,5	-0,2	-0,7	-0,2	0,1	0,0	-1,0	0,5
67 Oder-Spree.....	-11,1	-3,2	-7,4	-0,1	0,1	0,1	-1,3	0,8
68 Ostprignitz-Ruppin.....	-4,2	-1,1	-1,8	-0,1	-0,0	0,1	-1,4	0,1
69 Potsdam-Mittelmark.....	-16,4	-7,4	-7,5	-0,0	0,0	0,1	-1,9	0,3
70 Prignitz.....	-3,9	-0,8	-0,8	-0,0	0,8	-0,4	-2,8	0,1
71 Spree-Neiße.....	-9,6	-10,0	-0,9	2,3	-0,1	-0,1	-1,8	0,9
72 Teltow-Fläming.....	-6,2	-0,3	-6,9	-0,0	0,3	0,2	-0,9	1,4
73 Uckermark.....	-4,9	-1,6	-1,5	-0,1	-0,3	-0,4	-1,7	0,7
Land Brandenburg	-7,7	-	-6,8	-0,1	0,1	0,0	-1,5	0,6

¹ Stichtag: 30.06.2017

² ohne eigene Region

Hohe und niedrige Gesamtverflechtungen

Die gesamten kreisüberschreitenden Verflechtungen (mit allen Verflechtungszielen) werden in Abbildung b veranschaulicht. Die stärksten Pendlerverflechtungen weist der Landkreis Potsdam-Mittelmark auf (VQ = 57,4%). Deutlich mehr als die Hälfte der Beschäftigten überschreiten zum Arbeiten die Kreisgrenze. Dementsprechend ist die Eigenverflechtung die geringste aller Brandenburger Kreise (VQ = 42,6%). Ebenfalls auf einen Verflechtungswert von über 50% kommen die kreisfreie Stadt Potsdam und der Landkreis Dahme-Spreewald.

Nur sehr geringe Pendlerverflechtungen weist die Uckermark auf (VQ = 19,4%). Die weitere Reihenfolge der ebenfalls nur gering verflochtenen Kreise lautet Prignitz (23,4%), Ostprignitz-Ruppin (24,6%) und Elbe-Elster (28,1%). Bei den vier genannten Kreisen handelt sich um die bezogen auf größere Wirtschaftszentren (unabhängig vom Bundesland) besonders peripher gelegenen Kreise Brandenburgs. Geringe Pendlerverflechtungen zeigen hier somit auch eine gewisse wirtschaftliche Strukturschwäche an.

Die bezogen auf bedeutende Wirtschaftsstandorte peripheren Landkreise Uckermark und Prignitz weisen zugleich eine starke Randlage innerhalb des Landes Brandenburg auf. Somit ist es nicht verwun-

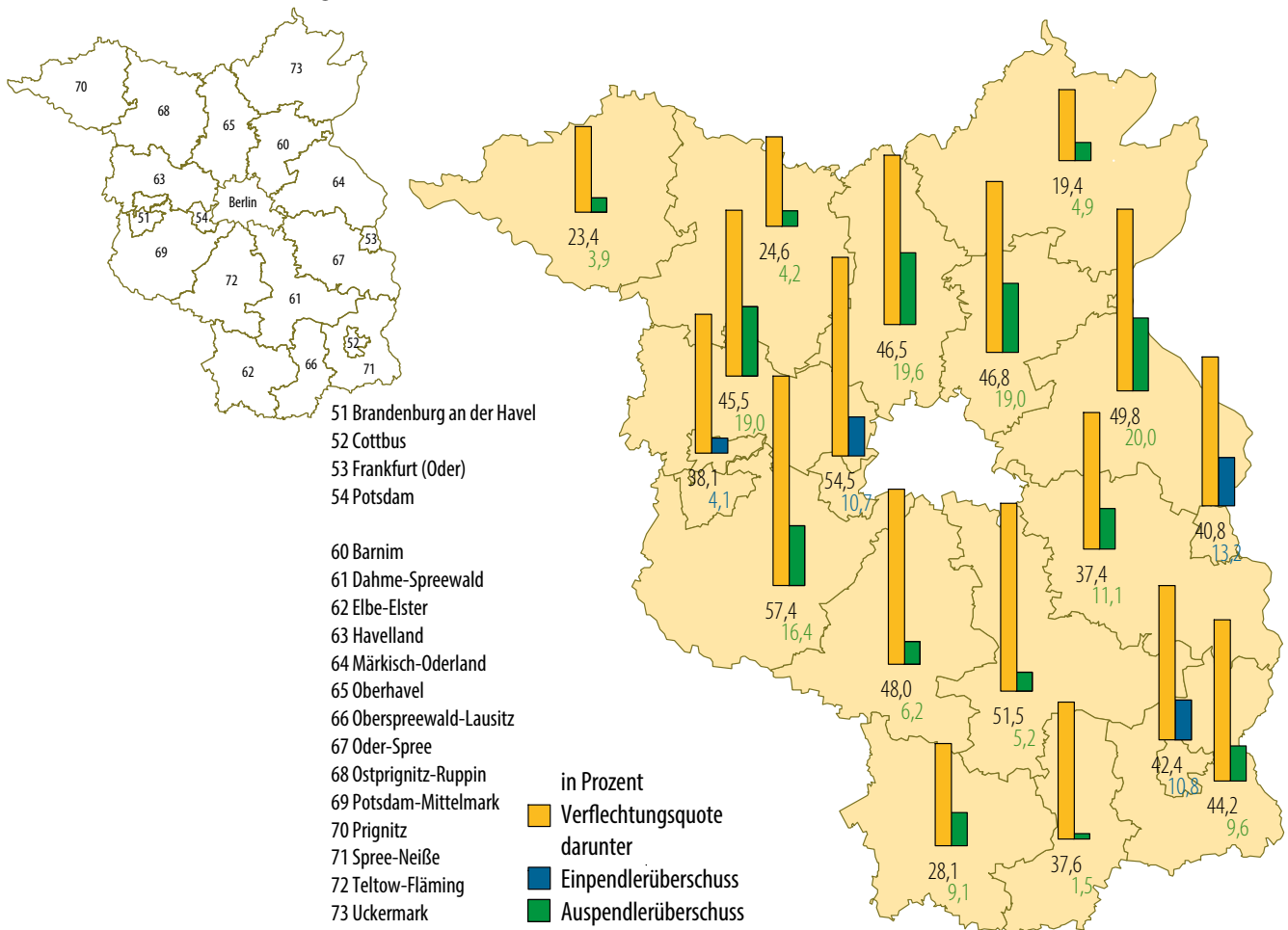
derlich, dass die Verflechtungen mit den übrigen Brandenburger Kreisen in der Summe jeweils nur 7,3% bzw. 7,9% betragen.

Für den pendlerstarken Landkreis Potsdam-Mittelmark werden in Abbildung c die Verflechtungen mit allen übrigen Gebieten sowie auch die Eigenverflechtung dargestellt. Zu der starken Verflechtung mit Berlin (VQ = 19,5%) kommt noch eine bedeutsame Verflechtung mit Potsdam hinzu (15,0%). Relevante Verflechtungen bestehen zudem mit Brandenburg an der Havel (5,8%) und dem Landkreis Teltow-Fläming (4,8%). Während in die benachbarten Städte deutlich mehr Beschäftigte aus- als einpendeln, gibt es gegenüber Teltow-Fläming sogar einen gewissen Einpendlerüberschuss. Im Übrigen zeigt sich auch hier, dass die Verflechtungen mit den benachbarten Kreisen in der Regel am größten sind.

Richtungen der Pendlerströme

Mit der Saldierung der Pendlerströme erhält man eine Information über den Ein- bzw. Auspendlerüberschuss einer Region. Im erstgenannten Fall ist die saldierte Verflechtungsquote positiv, im zweiten negativ. In den Abbildungen a, b und c sind die Saldenanteile an der Verflechtung jeweils blau bzw. grün dargestellt.

b | Verflechtung der Kreise und kreisfreien Städte Brandenburgs mit anderen Gebieten



Obwohl der Landkreis Potsdam-Mittelmark die höchste Außenverflechtung hat (VQ = 57,4%), ist er nicht der Kreis mit dem stärksten Auspendlerüberschuss (sVQ = -16,4%). Einen höheren Auspendlerüberschuss bezogen auf alle Beschäftigten haben die Kreise Märkisch-Oderland, Oberhavel, Havelland und Barnim. Bei diesen vier Kreisen wird somit ein erheblicher Teil der Beschäftigungsstärke durch Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Kreisgrenze generiert. Da der negative Pendlersaldo vorrangig mit Berlin besteht (sVQ zwischen -17,5% und -14,0%), kann man diese Kreise auch als die größten „Berlin-Profiteure“ bezeichnen (Abbildung a).

Potsdam-Mittelmark folgt bei der Berlin-Verflechtung mit einem nur halb so hohen Auspendlerüberschuss (sVQ = -7,5%). Hier kommen noch die Auspendlermöglichkeiten nach Potsdam und Brandenburg an der Havel hinzu (sVQ = -5,8% bzw. -2,4%; Abbildung c).

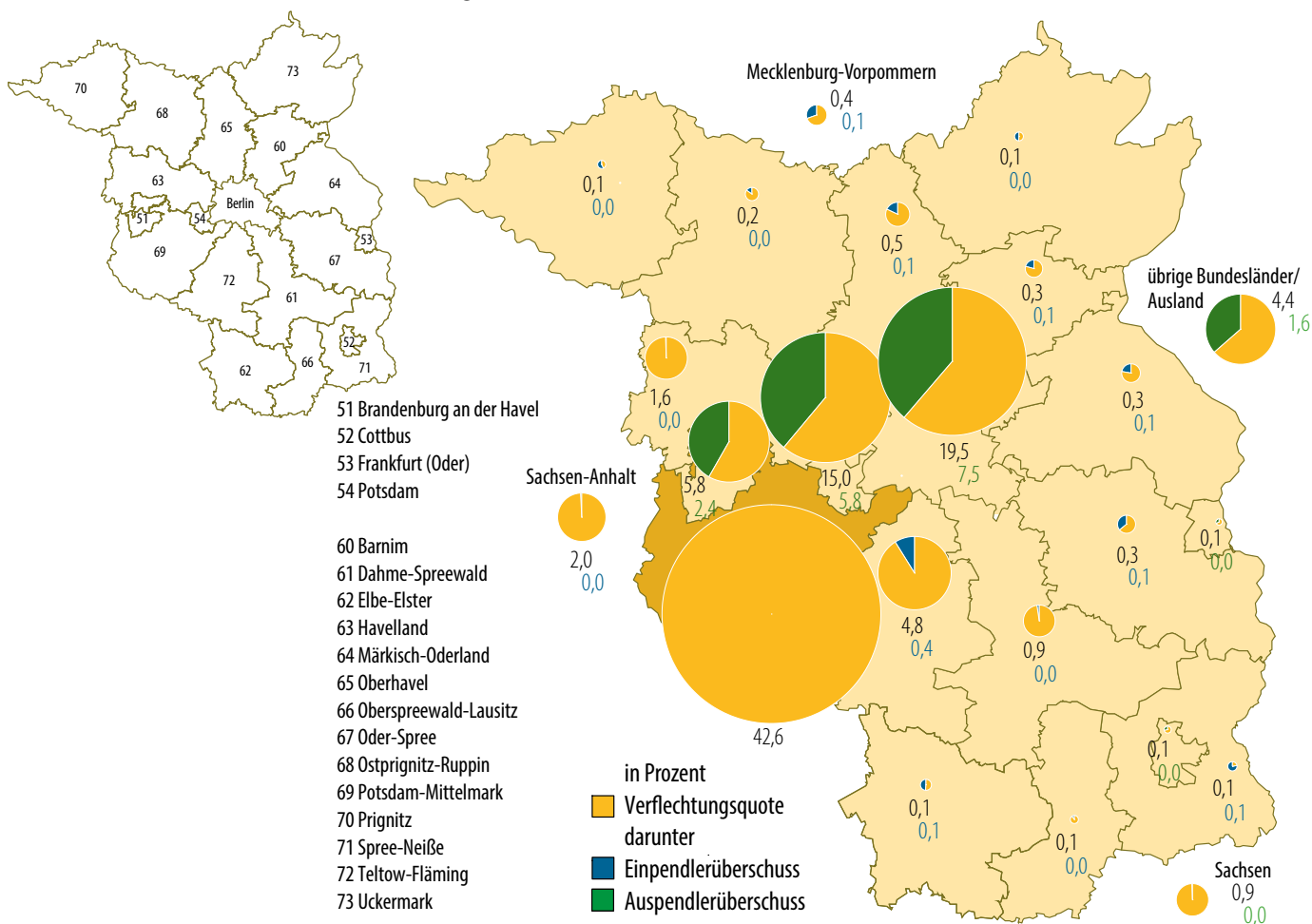
Die kreisfreie Stadt Potsdam hat gegenüber allen anderen Brandenburger Kreisen einen positiven Pendlersaldo. Darin kommt die zentrale Funktion als wirtschaftsstarke Landeshauptstadt zum Ausdruck. Gegenüber Berlin besteht allerdings ein negativer Pendlersaldo (sVQ = -1,7%). Der Wert ist jedoch in Relation zur Gesamtverflechtung mit Berlin (VQ = 21,1%) recht gering. Der Anteil des Betrages

der saldierten Verflechtungsquote an der Verflechtungsquote beträgt 8,0%. Daher können die hohen Pendlerströme zwischen Potsdam und Berlin eher als ausgeglichen bezeichnet werden.

Zwar nicht ganz so ausgeprägt, aber dennoch auch in die Richtung hoher berlinbezogener Pendlerströme bei tendenzieller Ausgeglichenheit gehend, stellt sich Frankfurt (Oder) dar (Abbildung a). Die Verflechtung mit Berlin ist die höchste aller nicht direkt an Berlin angrenzenden Kreise (VQ = 5,2%). Der Auspendlerüberschuss (sVQ = -1,0%) hat daran einen Anteil von eher moderaten 18,5%. Berlin ist demzufolge nicht nur ein bedeutender Arbeitsort für in Frankfurt (Oder) Wohnende, sondern es werden in nicht unbedeutendem Ausmaß auch Arbeitsplätze in Frankfurt (Oder) durch in Berlin Wohnende besetzt. Eine ähnliche Aussage kann im Übrigen noch für den Landkreis Dahme-Spreewald getroffen werden. Hier macht der Auspendlerüberschuss 17,9% der Verflechtung aus.

Alle vier kreisfreien Städte Brandenburgs haben einen deutlichen Einpendlerüberschuss (Abbildung b). Das ist normal, weil sich bei kreisfreien Städten die Stadt-Umland-Beziehungen in Kreisgrenzen überschreitenden Arbeitswegen manifestieren. Mit Abstand am geringsten ist dabei der Einpendlerüberschuss in Brandenburg an der Havel (sVQ =

c | Verflechtung des Landkreises Potsdam-Mittelmark nach Verflechtungszielen



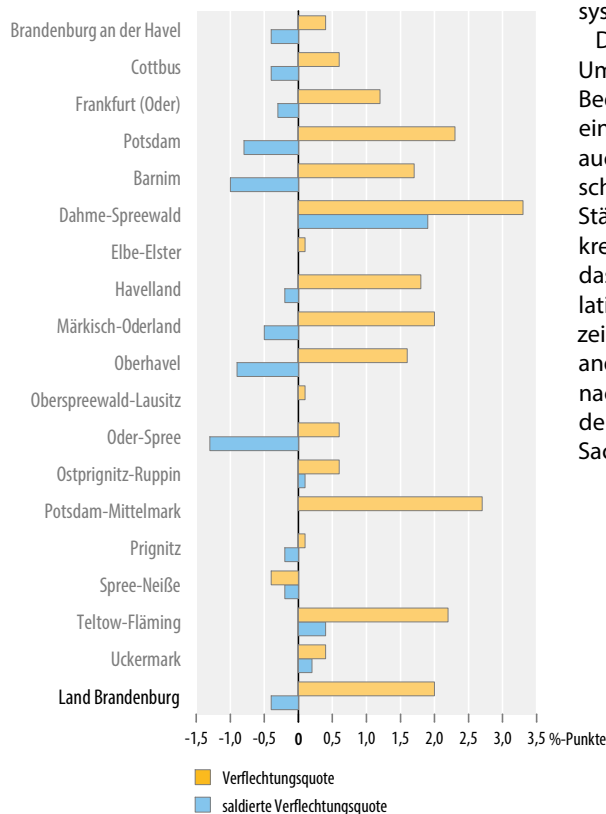
4,1%). Teilweise erklärt sich das mit der ohnehin geringeren Pendlerintensität der Stadt (VQ = 38,1%) und dem demzufolge höheren Anteil an Beschäftigten, bei denen der Wohn- gleich dem Arbeitsort ist. Am stärksten von allen vier kreisfreien Städten Brandenburgs wird nach Frankfurt (Oder) eingependelt (sVQ = 13,2%).

Veränderungen in den letzten zehn Jahren

Verflechtungsquoten ermöglichen nicht nur die regional vergleichende Analyse von Verflechtungsstrukturen, sondern auch die Beobachtung von Strukturveränderungen im Zeitverlauf. Im Folgenden werden die Veränderungen der letzten zehn Jahre betrachtet.

Auffällig ist die starke Veränderung von Juni 2007 bis Juni 2017 in Bezug auf Berlin (Abbildung d). Die Verflechtungsquote für das Land Brandenburg insgesamt hat um 2,0 Prozentpunkte von 14,5% auf 16,5% zugenommen. Die Bedeutung Berlins für Brandenburg ist also gewachsen, was auch mit der positiven Beschäftigungsentwicklung in Berlin zusammenhängen dürfte.⁶ Dabei ist der Auspendlerüberschuss gegenüber Berlin zwar absolut gestiegen (Veränderung sVQ von -6,4% auf -6,8%), allerdings ist der Anteil des Auspendlerüberschusses an der Verflechtung etwas zurückgegangen (von 44,1% auf 41,4%). Insofern ist der Verflechtungsanstieg zwischen Brandenburg und Berlin keine Einbahnstraße. Vielmehr gibt es auch deutlich mehr in Berlin Wohnende, die im Land Brandenburg arbeiten.

d | Veränderung der Verflechtung der Kreise und kreisfreien Städte Brandenburgs mit Berlin zwischen 2007 und 2017



Der Verflechtungsanstieg mit Berlin betrifft mit Ausnahme von Spree-Neiße alle Kreise. Absolut gesehen sind die Zuwächse erwartungsgemäß in den an Berlin angrenzenden Kreisen am höchsten (hier wiederum mit Ausnahme des Landkreises Oder-Spree). Der stärkste Zuwachs ist mit 3,3 Prozentpunkten im Landkreis Dahme-Spreewald zu verzeichnen. Hier gibt es zugleich die Besonderheit, dass der Auspendlerüberschuss in absoluter Betrachtung sogar um immerhin 1,9 Prozentpunkte abnahm (Veränderung sVQ von -6,8% auf -4,9%). Einen nennenswerten Rückgang des Auspendlerüberschusses gab es noch im Landkreis Teltow-Fläming (-0,4 Prozentpunkte).⁷

Bei fast allen Kreisen ist die gesamte Pendlerverflechtung über die Kreisgrenze hinweg im Laufe der letzten zehn Jahre gestiegen. Das Pendeln hat also an Bedeutung gewonnen. Am stärksten fällt der absolute Zuwachs bei den Kreisen Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald und Oberspreewald-Lausitz aus. Hier ist die Verflechtungsquote um jeweils ca. 3 Prozentpunkte gestiegen. Leichte Rückgänge gab es hingegen bei Ostprignitz-Ruppin, Potsdam sowie der Prignitz (Rückgang um bis zu 0,6 Prozentpunkte). Stärker war der Rückgang mit 1,3 Prozentpunkten bei der Stadt Cottbus. Hier ist demzufolge der Anteil der Beschäftigten gestiegen, bei denen der Wohnort gleich dem Arbeitsort ist.

Resümee

Die Analyse von Verflechtungsstrukturen der Brandenburger Kreise und kreisfreien Städte mithilfe der Verflechtungsquote und der saldierten Verflechtungsquote hat gezeigt, dass dieses Messkonzept stringente Ergebnisse erbringt. Es werden damit zwar nicht unbedingt neuartige Sachverhalte aufgedeckt, mit den zwei Indikatoren gelingt aber eine systematische und illustrative Beschreibung.

Die Berliner Umlandkreise profitieren in großem Umfang von der deutschen Hauptstadt, wobei die Bedeutung Berlins in den letzten zehn Jahren noch einmal deutlich gewachsen ist. Zugleich kam es aber auch zu einer Stärkung der Umlandkreise als Wirtschaftsstandort. Für die Verflechtung der kreisfreien Städte Potsdam und Frankfurt (Oder) sowie des Landkreises Dahme-Spreewald mit Berlin ist festzustellen, dass die jeweils starke Verflechtung durch eine relative Ausgeglichenheit der Pendlerströme gekennzeichnet ist. Die Verflechtungen Brandenburgs mit anderen Bundesländern sind von vergleichsweise nachrangiger Bedeutung, wengleich für Südbrandenburg durchaus ausgeprägte Verflechtungen mit Sachsen bestehen.

⁶ Der Zuwachs an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Arbeitsort Berlin beläuft sich im Zeitraum von Juni 2007 bis Juni 2017 auf 35,8%. Im gleichen Zeitraum gab es in Brandenburg einen Anstieg um 13,5%.

⁷ Über einen eventuellen Zusammenhang der Entwicklung der Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming mit dem geplanten neuen Hauptstadtflughafen am Standort Schönefeld bzw. dem in Betrieb befindlichen Altflughafen Schönefeld kann an dieser Stelle allenfalls spekuliert werden. Für genaue Aussagen wären ergänzende Verflechtungsanalysen z. B. auf Gemeinde- bzw. Branchenebene notwendig.

Die Bedeutung der Pendlerbeziehungen hat im Zehnjahresvergleich fast überall in Brandenburg zugenommen. Für die insbesondere im Nordwesten und Nordosten gelegenen peripheren Regionen Brandenburgs sind aber weiterhin sehr geringe Pendlerverflechtungen charakteristisch. Die hier insgesamt geringen Verflechtungen sind zudem stark auf die angrenzenden Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und teilweise Sachsen-Anhalt ausgerichtet.

Andreas Mehnert ist im *Statistik-Service Ost* der Bundesagentur für Arbeit tätig. Vom Standort Berlin aus werden hier die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen betreut.

Statistik erklärt: Verflechtungsquoten

Die Verflechtungsquote (VQ) misst die Verflechtungsintensität einer Region mit anderen Regionen (den Verflechtungszielen). Methodisch dazu passend kann mit der saldierten Verflechtungsquote (sVQ) der Ein- bzw. Auspendlerüberschuss zwischen den betrachteten Regionen veranschaulicht werden. Als einheitliche Bezugsgröße wird das Pendlerpotenzial der Region genutzt, definiert als Summe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) nach dem Arbeitsort- (AO) und dem Wohnortprinzip (WO).

$$\text{Verflechtungsquote} = \frac{\text{Pendlersumme}}{\text{Pendlerpotenzial}} = \frac{\text{Einpendler} + \text{Auspender}}{\text{SvB(AO)} + \text{SvB(WO)}}$$

$$\text{saldierte Verflechtungsquote} = \frac{\text{Pendlersaldo}}{\text{Pendlerpotenzial}} = \frac{\text{Einpendler} - \text{Auspender}}{\text{SvB(AO)} + \text{SvB(WO)}}$$

Es kann gezeigt werden, dass die Summe von Arbeits- und Wohnortbeschäftigten als Bezugsbasis für die Quote sehr gut passend ist (obwohl sie auf den ersten Blick möglicherweise ungewöhnlich erscheint). Denn mit dieser Bezugsbasis werden auch die theoretischen Maximalfälle des Pendelns eingeschlossen. Im Extremfall könnte nämlich jeder Arbeitsortbeschäftigte einer Region einpendeln, wie auch jeder in der Region Wohnende auspendeln könnte. Oder es handelt sich vielleicht um eine Region mit ausschließlich Arbeitsortbeschäftigten (reiner Wirtschaftsstandort) bzw. mit ausschließlich Wohnortbeschäftigten (reiner Wohnstandort).

Darauf aufbauend lassen sich dann auch die Wertebereiche der Indikatoren gut interpretieren. Sie reichen bei der Verflechtungsquote von 0 (keine Verflechtung) bis 1 (vollständige Verflechtung). Die saldierte Verflechtungsquote reicht von theoretisch -1 (nur Auspendler) über 0 (Parität zwischen Ein- und Auspendlern) bis maximal $+1$ (nur Einpendler). Der Betrag der saldierten Verflechtungsquote erreicht maximal den Wert der Verflechtungsquote. Man kann die saldierte Verflechtungsquote in diesem Zusammenhang auch als Saldenanteil an der Verflechtungsquote interpretieren.

Beide Kennzahlen eignen sich nicht nur zur Angabe der Verflechtung mit allen anderen Regionen (Gesamtverflechtung). Vielmehr können Verflechtungen einer Region differenziert nach beliebig wählbaren Verflechtungszielen dargestellt werden. Analytisch vorteilhaft ist es hierbei, dass beide Kennzahlen das Kriterium der Additivität erfüllen. Beispielsweise entspricht so die Summe der Verflechtungswerte mit den Kreisen eines Landes genau dem Verflechtungswert mit dem Land.

Quellen

- [1] Carstensen, Jeanette; Seibert, Holger; Wiethölter, Doris (2017): Pendlerbericht Berlin-Brandenburg 2015; IAB-Regional Berlin-Brandenburg, Nr. 1/2017.
- [2] Mehnert, Andreas (2017): Flexible Arbeitsmarktregionen auf der Grundlage von Pendlerverflechtungen, Beitrag zur Statistischen Woche in Rostock 2017, Zusammenfassung im Internetangebot der BA-Statistik: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistische-Analysen/Statistik-angewendet/Statistische-Woche-2017/Statistische-Woche-2017-Nav.html>.
- [3] Guth, Dennis; Holz-Rau, Christian; Maciolek, Markus (2010): Indikatoren für Berufspendelanalysen. Datengrundlagen und Anwendungsbeispiele; Arbeitspapiere des Fachgebiets Verkehrswesen und Verkehrsplanung, Nr. 18, Technische Universität Dortmund.
- [4] Kutzki, Verena (2015): Pendlerverflechtungen sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in der Metropolregion Berlin-Brandenburg; Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, Nr. 3/2015, S. 31–39.

Wahlen

▣ Bundestagswahl 2017 in Berlin

Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik

von **Geert Baasen**

Das politische System in Deutschland ist seit einigen Jahren in Bewegung. Parteien werden neu gegründet, in Länderparlamente und sogar in den Deutschen Bundestag gewählt, wie die erst 2013 gegründete Alternative für Deutschland (AfD), oder verlieren nach einem kurzen Höhenflug auch wieder einen großen Teil ihrer Wählerschaft, wie die Piratenpartei. Wer wählt insbesondere diese neuen Parteien? Wie verändert sich die Wählerschaft der vorhandenen Parteien? Wer beteiligt sich überhaupt an Wahlen und wer nicht?

Diese Fragen lassen sich mit der repräsentativen Wahlstatistik beantworten, die das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg im Rahmen der Bundestagswahl am 24. September 2017 durchgeführt hat.

Die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe nach Altersgruppen und Geschlecht wurden für eine Zufallsstichprobe untersucht. Die wesentlichen Ergebnisse werden kurz dargestellt.

Methodische Hinweise

Seit 1953 wird bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag eine repräsentative Wahlstatistik bundesweit durchgeführt, die Aufschluss über die Stimmabgabe und die Wahlbeteiligung unterschiedlicher Wählergruppen gibt. Lediglich bei zwei Bundestagswahlen, und zwar 1994 und 1998, war die Statistik ausgesetzt. Ursprünglich nahmen nur Wählerinnen und Wähler an der Statistik teil, die ihre Stimme im Wahllokal abgaben. Da der Briefwahlanteil in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist und mittlerweile in Berlin mehr als 27% der Wahlberechtigten davon Gebrauch machen, werden seit der Bundestagswahl 2002 auch die Briefwählerinnen und -wähler in die Statistik einbezogen.

Der Bundeswahlleiter hat im Einvernehmen mit den Landeswahlleitungen und den Statistischen Ämtern der Länder zur Bundestagswahl 2017 eine neue Zufallsstichprobe gezogen [1] – für Berlin wurden aus einer Grundgesamtheit von 1779 Urnenwahlbezirken 59 und aus 660 Briefwahlbezirken 33 ausgewählt.

Zur Untersuchung der Stimmabgabe wurden in den ausgewählten Wahlbezirken Stimmzettel ausgegeben, die mit einem Unterscheidungsaufdruck für das Geschlecht und das Alter der Wählenden, unterteilt in die folgenden sechs Altersgruppen, versehen waren:

1. 18 bis unter 25 Jahre
2. 25 bis unter 35 Jahre
3. 35 bis unter 45 Jahre
4. 45 bis unter 60 Jahre
5. 60 bis unter 70 Jahre
6. 70 Jahre und älter

Zur Untersuchung der Wahlbeteiligung wurden die Wählerverzeichnisse in den 59 ausgewählten Urnenwahlbezirken ausgezählt. Dadurch wurden Informationen über Geschlecht und Altersgruppen der Wahlberechtigten, der Wahllokalwählerinnen und -wähler, der Personen, die einen Wahlschein beantragt hatten sowie von Nichtwählerinnen und -wählern gewonnen. Im Gegensatz zur Stimmabgabe wurden hier die folgenden zehn Altersgruppen gebildet:

1. 18 bis unter 21 Jahre
2. 21 bis unter 25 Jahre
3. 25 bis unter 30 Jahre
4. 30 bis unter 35 Jahre
5. 35 bis unter 40 Jahre
6. 40 bis unter 45 Jahre
7. 45 bis unter 50 Jahre
8. 50 bis unter 60 Jahre
9. 60 bis unter 70 Jahre
10. 70 Jahre und älter

Das Wahlgeheimnis zu wahren, ist oberster Grundsatz der Wahlstatistik. Deshalb enthielten die Stimmzettel in einem repräsentativen Wahllokal lediglich einen Unterscheidungsaufdruck für die Wählergruppen, beispielsweise für die Gruppe von Frauen der Altersjahrgänge 1993 bis 1999: „Frau, geboren 1993–1999“. Weil zu jeder derartigen Gruppe zahlreiche Personen gehören, ist ein Rückschluss auf das Wahlverhalten Einzelner unmöglich. In jedem der ausgewählten Urnenwahlbezirke mussten mindestens 400 Personen wahlberechtigt sein und in jedem der ausgewählten Briefwahlbezirke mussten bei der vergangenen Bundestagswahl mindestens 400 Wahlberechtigte per Brief gewählt haben.

Die Mehrheit der Wahlberechtigten war 50 Jahre oder älter

Die Altersstruktur der Berliner Wählerschaft ist im Wandel begriffen: Der Anteil der älteren Wahlberechtigten ist bei der Wahl am 24. September 2017 weiter gestiegen: 53,2% waren 50 Jahre oder älter – vier Jahre zuvor lag dieser Anteil noch bei 49,7%. Bei den Frauen war der Anteil derjenigen, die das 50. Lebensjahr vollendet hatten, mit 55,5% sogar noch höher. Zur höchsten Altersgruppe (70 plus) gehörten inzwischen sogar 20,6% der Wahlberechtigten. Bei den Männern umfasste die Gruppe 17,4% und bei den Frauen gar 23,6%. Unterschiede gibt es auch zwischen den beiden Stadthälften, wobei die Wählerschaft im Ostteil Berlins etwas jünger war: Der Anteil der 50-Plus-Wahlberechtigten lag hier bei 49,6% und im Westteil bei 55,7% (Tabelle 1).

Ältere Wahlberechtigte und Frauen machten häufiger von der Briefwahl Gebrauch

Bei der Bundestagswahl 2017 wurden in Berlin insgesamt 686 177 Wahlscheine ausgestellt. Bezogen auf die Wahlberechtigten (2 503 070) lag der Anteil an Wahlscheinanträgen damit bei 27,4%. Das war der höchste Anteil, der jemals bei einer Wahl in Berlin verzeichnet wurde. 92,1% der Wahlscheine wurden zur Briefwahl genutzt (631 774 Wahlscheine) und weitere 1,2% (8 181) zur Wahl in einem Wahllokal¹.

1 | Wahlberechtigte und Wahlscheinempfänger bei der Bundestagswahl in Berlin am 24. September 2017 und am 22. September 2013 nach Alter und Geschlecht

Alter in Jahren	2017			2013		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Wahlberechtigte						
18 bis unter 21.....	2,6	2,7	2,6	2,5	2,5	2,5
21 bis unter 25.....	4,1	4,1	4,0	5,4	5,4	5,4
25 bis unter 30.....	8,1	8,4	7,8	9,2	9,2	9,1
30 bis unter 35.....	9,0	9,3	8,8	9,1	9,5	8,7
35 bis unter 40.....	8,3	9,0	7,7	7,4	8,0	6,9
40 bis unter 45.....	6,8	7,1	6,4	7,3	8,0	6,7
45 bis unter 50.....	7,9	8,6	7,3	9,5	10,1	8,9
50 bis unter 60.....	18,7	19,6	17,9	17,1	17,8	16,4
60 bis unter 70.....	13,9	13,8	14,0	13,7	13,5	13,8
70 und älter.....	20,6	17,4	23,6	18,9	16,0	21,6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100
Wahlscheinempfänger bezogen auf die Wahlberechtigten						
18 bis unter 21.....	17,0	14,7	19,3	10,8	9,8	11,7
21 bis unter 25.....	20,4	17,2	23,5	15,0	13,0	16,9
25 bis unter 30.....	24,6	22,1	27,1	17,8	15,8	19,7
30 bis unter 35.....	25,3	23,4	27,1	18,7	17,1	20,3
35 bis unter 40.....	23,1	21,1	25,2	17,9	17,4	18,5
40 bis unter 45.....	22,4	21,8	23,0	17,8	17,4	18,3
45 bis unter 50.....	24,1	22,6	25,8	19,6	18,6	20,7
50 bis unter 60.....	27,3	25,4	29,1	21,9	20,3	23,4
60 bis unter 70.....	32,3	30,8	33,8	27,5	26,6	28,3
70 und älter.....	33,6	33,6	33,6	27,7	28,4	27,2
Insgesamt	27,4	25,6	29,1	21,6	20,5	22,7

Am niedrigsten war der Anteil der Wahlscheinempfängerinnen und -empfänger mit 17,0% bei den jüngsten Wahlberechtigten im Alter von 18 bis unter 21 Jahren. Ab dieser Altersgruppe stieg der Anteil von Altersgruppe zu Altersgruppe, erreichte bei den 30- bis unter 35-Jährigen mit 25,3% einen ersten Höhepunkt und sank dann leicht auf 22,4% bei den 40- bis unter 45-Jährigen. In den folgenden Altersgruppen stieg der Anteil dann wieder und erreichte bei den ältesten Wahlberechtigten das Maximum (33,6%). Diese zwei Gipfel sind ein Kennzeichen der Verteilung des Wahlscheinanteils nach dem Alter in Berlin. Die Gipfel lassen sich vermutlich mit der Mobilität der Wahlberechtigten erklären. Bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern liegt der Anteil vermutlich deshalb besonders hoch, weil viele von ihnen überdurchschnittlich mobil sind, etwa weil sie sich am Wahltag aufgrund einer Ausbildung, einer neu angetretenen Arbeitsstelle oder vielleicht auch wegen eines Urlaubs nicht am Ort der Hauptwohnung aufhalten. Die Älteren sind vermutlich aufgrund gesundheitlicher Beschwerden weniger mobil und entscheiden sich deshalb zu einem höheren Prozentsatz für die Briefwahl (Abbildung a).

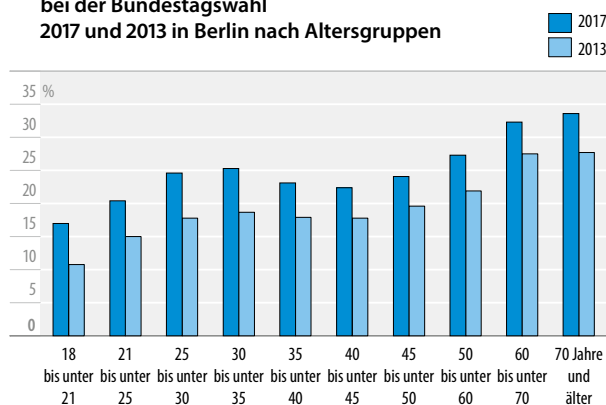
Der Anteil der Wahlscheinanträge lag bei den Frauen um 3,5 Prozentpunkte (2013: 2,2 Prozentpunkte) höher als bei den Männern. Mit Ausnahme der Personen im Alter von 70 und mehr Jahren beantragten in jeder Altersgruppe prozentual mehr Frauen als Männer einen Wahlschein.

Wahlbeteiligung steigt mit dem Alter

An der Bundestagswahl 2017 beteiligten sich insgesamt 75,6% der Wahlberechtigten in Berlin – das war ein Zuwachs von 3,1 Prozentpunkten gegenüber der Vorwahl 2013.

¹ Der Wahlschein berechtigt zur Briefwahl oder zur Wahl in einem beliebigen Wahllokal innerhalb desselben Wahlkreises. Die Landeswahlleiterin hatte Menschen mit Behinderungen, deren Zugang zum Wahllokal nicht barrierefrei war, empfohlen, zur Wahl in einem besser geeigneten Wahllokal einen Wahlschein zu beantragen.

a | Wahlscheine auf 100 Wahlberechtigte bei der Bundestagswahl 2017 und 2013 in Berlin nach Altersgruppen



Von den 18- bis unter 21-Jährigen gaben 68,9% ihre Stimme ab. Noch niedriger war die Beteiligung lediglich in der nächsten Altersgruppe der 21- bis unter 25-Jährigen mit 66,4%.

Ab dieser Altersgruppe nahm die Wahlbeteiligung mit steigendem Alter fast stetig zu – bis zu den 45- bis unter 50-Jährigen. Hier beteiligten sich 80,1% an der Wahl. Danach sank die Wahlbeteiligung wieder, und zwar auf 73,8% in der Gruppe der ältesten Wahlberechtigten im Alter von 70 und mehr Lebensjahren (Tabelle 2).

Grundsätzlich gilt: je höher das Alter, desto höher die Wahlbeteiligung. Dieser Zusammenhang mit dem Alter, bei dem in der Regel lediglich die Altersgruppen der jüngsten und der ältesten Wahlberechtigten abweichen, war auch bei den letzten Bundestagswahlen in Berlin zu beobachten und gilt allgemein bei Wahlen in Deutschland. Allerdings wurde 2017 die maximale Wahlbeteiligung schon bei den 45- bis unter 50-Jährigen erreicht und nicht wie in der Vergangenheit bei den 60- bis unter 70-Jährigen.

Insgesamt ist die Wahlbeteiligung um 3,1 Prozentpunkte gestiegen, wobei der Zuwachs bei den jüngsten Wahlberechtigten am größten war (plus 9,1 Prozentpunkte). Bei den ältesten Wahlberechtigten (70 plus) wurde sogar eine leichte Absen-

kung festgestellt (–0,7 Prozentpunkte). Es hat also eine deutliche Annäherung bei den Beteiligungen der Altersgruppen stattgefunden: Die Spannweite der Wahlbeteiligungen ist dadurch zwischen den Altersgruppen deutlich gesunken von 18,1 Prozentpunkten bei der Bundestagswahl 2013 auf 13,7 Prozentpunkte 2017.

Die Wahlbeteiligung lag bei den Frauen bei 75,9% und damit wieder geringfügig (0,6 Prozentpunkte) über der der Männer (75,3%). In den einzelnen Altersgruppen gab es dabei zum Teil deutliche Unterschiede. So lag der Anteil bei den Frauen in neun von zehn Altersgruppen höher als bei den Männern. Lediglich in der Gruppe der ältesten Wahlberechtigten beteiligten sich wie 2013 prozentual sehr viel mehr Männer als Frauen. Die Differenz betrug 5,7 Prozentpunkte – der Betrag der Abweichung ist damit sogar größer als bei den anderen Altersgruppen (Abbildung b).

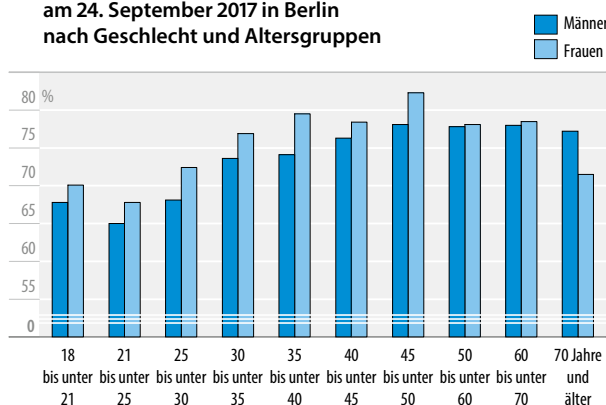
Ursächlich dafür könnte sein, dass besonders viele alte Frauen zu krank sind, um wählen zu gehen. Mit dem Alter nimmt das gleichzeitige Auftreten mehrerer Krankheiten (Multimorbidität) zu. Frauen sind davon stärker betroffen als Männer, da sie eine höhere Lebenserwartung haben [2].

Wie eingangs erwähnt, untersucht die repräsentative Wahlstatistik nicht nur, wie sich die Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht unterscheidet, sondern auch, welche Wahlvorschläge die so unterschiedenen Gruppen mit ihrer Erst- und Zweitstimme gewählt haben.

CDU mit den meisten Zweitstimmen vor der Partei DIE LINKE und der SPD

Trotz erheblicher Verluste konnte die CDU mit 22,7% in Berlin die meisten Zweitstimmen auf sich vereinen. [3] DIE LINKE, die 2013 noch knapp hinter der SPD die drittmeisten Zweitstimmen errang, gewann 0,3 Prozentpunkte hinzu und kam 2017 mit 18,8% auf den zweiten Platz. Die SPD landete aufgrund deutlicher Verluste auf dem dritten Platz (–6,7 Prozentpunkte) und kam damit nur noch auf 17,9% der Zweitstimmen. Die GRÜNEN hatten ebenso wie DIE LINKE leicht hinzugewonnen (plus 0,3 Prozentpunk-

b | Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 in Berlin nach Geschlecht und Altersgruppen



2 | Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl in Berlin am 24. September 2017 und am 22. September 2013 nach Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten

Alter in Jahren	2017			2013			2017 mehr oder weniger (–) als 2013		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	%						Prozentpunkte		
18 bis unter 21.....	68,9	67,8	70,1	59,8	57,9	61,6	9,1	9,9	8,5
21 bis unter 25.....	66,4	65,0	67,8	60,1	58,2	61,9	6,3	6,8	5,9
25 bis unter 30.....	70,2	68,1	72,4	67,2	66,5	67,8	3,0	1,6	4,6
30 bis unter 35.....	75,3	73,6	76,9	70,3	69,1	71,6	5,0	4,5	5,3
35 bis unter 40.....	76,7	74,1	79,5	72,1	71,0	73,2	4,6	3,1	6,3
40 bis unter 45.....	77,3	76,3	78,4	73,9	73,0	74,9	3,4	3,3	3,5
45 bis unter 50.....	80,1	78,1	82,3	75,1	73,9	76,4	5,0	4,2	5,9
50 bis unter 60.....	77,9	77,8	78,1	73,6	72,9	74,4	4,3	4,9	3,7
60 bis unter 70.....	78,3	78,0	78,5	77,9	78,0	77,8	0,4	0,0	0,7
70 und älter.....	73,8	77,2	71,5	74,5	78,6	71,6	–0,7	–1,4	–0,1
Insgesamt	75,6	75,3	75,9	72,5	72,3	72,6	3,1	3,0	3,3

3 | Gültige Zweitstimmen bei der Bundestagswahl in Berlin am 24. September 2017 nach Parteien sowie nach Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten

Alter in Jahren	Ins-gesamt	CDU	SPD	DIE LINKE	GRÜNE	AfD	FDP	Sonstige	%										
insgesamt																			
18 bis unter 25.....	100	15,0	16,6	20,4	17,4	6,9	9,3	14,4											
25 bis unter 35.....	100	16,8	15,3	21,8	17,3	8,8	7,7	12,4											
35 bis unter 45.....	100	20,3	15,5	17,9	17,4	11,5	8,2	9,3											
45 bis unter 60.....	100	21,3	16,1	17,2	14,1	16,1	8,8	6,5											
60 bis unter 70.....	100	23,3	19,5	21,1	9,0	14,2	9,0	3,9											
70 und älter.....	100	33,2	23,6	17,1	4,0	9,5	10,6	1,9											
Insgesamt	100	22,7	17,9	18,8	12,6	12,0	8,9	7,1											
männlich																			
18 bis unter 25.....	100	13,7	18,1	19,3	14,5	8,5	11,8	14,0											
25 bis unter 35.....	100	14,9	15,5	22,4	14,9	11,0	9,1	12,2											
35 bis unter 45.....	100	18,0	15,7	19,0	15,1	14,2	9,2	8,8											
45 bis unter 60.....	100	19,1	16,0	16,8	12,9	20,5	9,4	5,2											
60 bis unter 70.....	100	20,2	19,6	21,3	8,2	18,4	9,1	3,1											
70 und älter.....	100	29,3	24,1	17,7	3,9	13,0	10,8	1,3											
Insgesamt	100	19,9	18,0	19,0	11,4	15,6	9,7	6,5											
weiblich																			
18 bis unter 25.....	100	16,1	15,1	21,4	20,2	5,5	6,8	14,9											
25 bis unter 35.....	100	18,6	15,1	21,2	19,5	6,8	6,4	12,5											
35 bis unter 45.....	100	22,6	15,3	16,8	19,7	8,7	7,3	9,7											
45 bis unter 60.....	100	23,4	16,2	17,5	15,2	11,6	8,2	7,8											
60 bis unter 70.....	100	26,1	19,4	20,9	9,7	10,5	8,9	4,5											
70 und älter.....	100	36,2	23,2	16,8	4,2	6,9	10,4	2,4											
Insgesamt	100	25,3	17,8	18,6	13,6	8,8	8,3	7,6											

4 | Gültige Zweitstimmen bei der Bundestagswahl in Berlin-Ost und -West am 24. September 2017 nach Parteien sowie nach Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten

Alter in Jahren	Ins-gesamt	CDU	SPD	DIE LINKE	GRÜNE	AfD	FDP	Sonstige	%										
Berlin-Ost										Berlin-West									
18 bis unter 25.....	100	14,6	15,5	22,7	13,8	8,7	7,0	17,7	100	15,2	17,2	19,1	19,4	6,0	10,5	12,7			
25 bis unter 35.....	100	17,1	14,3	21,8	15,3	11,2	7,0	13,2	100	16,6	16,1	21,7	19,0	6,8	8,2	11,6			
35 bis unter 45.....	100	18,5	14,2	20,4	15,7	14,3	7,4	9,6	100	21,9	16,7	15,7	18,9	8,9	8,9	9,0			
45 bis unter 60.....	100	19,5	12,9	23,3	11,0	19,9	6,6	6,8	100	22,5	18,4	12,8	16,3	13,3	10,4	6,3			
60 bis unter 70.....	100	20,6	13,5	32,7	5,0	17,6	5,9	4,6	100	25,2	23,5	13,3	11,6	12,0	11,1	3,3			
70 und älter.....	100	22,3	21,2	36,2	2,9	10,7	4,4	2,4	100	39,9	25,1	5,6	4,7	8,8	14,3	1,6			
Insgesamt	100	19,3	15,1	26,1	10,4	14,8	6,4	7,9	100	25,2	19,9	13,5	14,1	10,1	10,8	6,5			
männlich										männlich									
18 bis unter 25.....	100	12,9	15,4	23,5	10,2	12,4	8,9	16,7	100	14,2	19,6	17,1	16,7	6,5	13,3	12,6			
25 bis unter 35.....	100	14,7	14,5	23,1	13,0	14,1	8,4	12,3	100	15,1	16,3	21,8	16,5	8,6	9,6	12,1			
35 bis unter 45.....	100	16,5	14,1	20,5	13,9	17,4	8,2	9,2	100	19,4	17,1	17,6	16,1	11,3	10,0	8,5			
45 bis unter 60.....	100	16,8	12,4	22,2	10,6	25,4	7,4	5,2	100	20,8	18,6	13,0	14,5	17,0	10,9	5,2			
60 bis unter 70.....	100	18,0	13,9	32,1	4,3	22,3	5,9	3,5	100	21,7	23,4	14,3	10,7	15,8	11,2	2,8			
70 und älter.....	100	19,5	22,4	35,6	2,3	14,2	4,3	1,6	100	35,2	25,2	6,8	4,8	12,2	14,7	1,1			
Insgesamt	100	16,8	15,1	25,6	9,4	19,0	7,1	7,0	100	22,1	20,0	14,3	12,8	13,1	11,5	6,1			
weiblich										weiblich									
18 bis unter 25.....	100	16,1	15,5	22,0	16,9	5,5	5,3	18,6	100	16,2	14,9	21,0	22,0	5,5	7,7	12,7			
25 bis unter 35.....	100	19,3	14,2	20,7	17,3	8,6	5,9	14,0	100	18,0	15,9	21,6	21,4	5,1	6,9	11,2			
35 bis unter 45.....	100	20,5	14,2	20,2	17,5	11,1	6,6	9,9	100	24,4	16,3	13,9	21,6	6,6	7,8	9,4			
45 bis unter 60.....	100	22,2	13,5	24,4	11,3	14,4	5,9	8,4	100	24,3	18,2	12,5	18,1	9,5	9,9	7,4			
60 bis unter 70.....	100	22,8	13,3	33,3	5,6	13,4	5,9	5,6	100	28,3	23,5	12,5	12,4	8,5	10,9	3,8			
70 und älter.....	100	24,3	20,2	36,6	3,3	8,0	4,5	3,0	100	43,4	25,0	4,7	4,7	6,3	13,9	2,1			
Insgesamt	100	21,6	15,1	26,5	11,3	11,0	5,7	8,8	100	27,9	19,8	12,8	15,3	7,3	10,1	6,8			

te) und kamen auf 12,6% der Zweitstimmen. Der größte Gewinner der Wahl war die AfD – sie gewann 7,1 Prozentpunkte hinzu und kam damit auf 12,0% der Zweitstimmen. Ebenfalls deutlich hinzugewinnen konnten die Freien Demokraten mit 5,3 Prozentpunkten. Die anderen Parteien errangen zusammen 7,1% der Zweitstimmen.

Da sich das Wahlverhalten im Ost- und Westteil der Stadt nach wie vor zum Teil erheblich unterscheidet, wird im Folgenden besonderes Augenmerk auf die beiden Stadthälften gelegt (Tabellen 4 bis 6).

Höchstes Zweitstimmenergebnis der CDU bei den ältesten Wählerinnen und Wählern im Westteil Berlins

Von den unter 25-Jährigen wählten im Ostteil lediglich 14,6% mit der Zweitstimme die Christdemokraten, im Westteil lag der Anteil in dieser Altersgruppe bei 15,2%. In beiden Teilen der Stadt stieg mit dem Alter die Zustimmung zur CDU stetig an. Die höchsten Zweitstimmenergebnisse errang die CDU in der Altersgruppe der ältesten Wählerinnen und Wähler (70 Jahre und älter): Im Ostteil lag der Zweitstimmenanteil der CDU in dieser Altersgruppe bei 22,3% und damit leicht (1,7 Prozentpunkte) über dem der Altersgruppe mit den zweitältesten Wählerinnen und Wählern. Im Westteil ragte der CDU-Zweitstimmenanteil bei den ältesten Wählerinnen und Wählern dagegen mit 39,9% gegenüber 25,2% in der Altersgruppe der 60- bis unter 70-Jährigen besonders heraus.

Insgesamt befanden sich in Berlin in der Altersgruppe von 70 und mehr Jahren 20,0% aller Wählerinnen und Wähler, bei der CDU gehörten jedoch 29,3% zu dieser Altersgruppe. Im Westteil ist dieser Zusammenhang noch etwas deutlicher: Von allen Personen, die sich an der Wahl beteiligten, waren 21,4% 70 Jahre oder älter, aber 33,9% der CDU-Wählerschaft.

Die Christdemokraten sind bei den Frauen beliebter als bei den Männern: 25,3% der Frauen, aber nur 19,9% der Männer votierten mit ihrer Zweitstimme für die CDU. In jeder Altersgruppe, sowohl im Ostteil als auch im Westteil der Stadt, schnitt die CDU 2017 bei den Frauen besser ab als bei den Männern, wobei die Differenz mit zunehmendem Alter sogar noch anstieg. Bei der Bundestagswahl 2013 war das auch der Fall.

Insgesamt verlor die CDU 5,8 Prozentpunkte im Vergleich zu 2013. Am höchsten waren die Verluste bei den ältesten Wählerinnen und Wählern (60 bis unter 70 Jahre sowie 70 Jahre und älter) im Westteil mit 9,6 Prozentpunkten bzw. 11,1 Prozentpunkten. Im Ostteil hatte die CDU bei den Männern deutlich stärker verloren (-5,4 Prozentpunkte) als bei den Frauen (-2,9 Prozentpunkte). Im Westteil korrelierten die Verluste der CDU mit dem Alter, im Ostteil mit dem Geschlecht.

SPD erzielte bessere Ergebnisse bei den Älteren

Ebenso wie die CDU erzielte die SPD bei den ältesten Wählerinnen und Wählern (70 Jahre und älter) die besten Ergebnisse. Bei den Altersgruppen darunter schwankte der SPD-Zweitstimmenanteil zwi-

schen 15,3% und maximal 19,5%. Männer und Frauen unterschieden sich hingegen kaum hinsichtlich der Wahlentscheidung für die SPD.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 verlor die SPD mit 3,7 Prozentpunkten am wenigsten bei den ältesten Wahlberechtigten. Das Altersprofil der SPD blieb damit weiterhin schwach ausgeprägt.

Bei der Bundestagswahl 2017 schafften es die Sozialdemokraten lediglich im Westteil der Stadt bei den unter 25-jährigen Männern und bei denen im Alter von 60- bis unter 70 Jahren stärkste Partei zu werden, mit gerade einmal 19,6% und 23,4%.

Hohe Zustimmung zur LINKEN bei den Älteren im Ostteil Berlins

DIE LINKE erzielte auch bei dieser Wahl wieder sehr unterschiedliche Ergebnisse in den ehemals getrennten Stadthälften. Im Ostteil erreichte sie 26,1% der gültigen Zweitstimmen, im Westteil 13,5%. Die Wählerschaft der LINKEN unterschied sich im Vergleich beider Regionen nach Alter und Geschlecht deutlich.

In den östlichen Bezirken erzielte DIE LINKE mit 36,2% die höchsten Anteile bei den Wählerinnen und Wählern im Alter von 70 und mehr Lebensjahren. Bei den 18- bis unter 25-Jährigen votierten dagegen nur 22,7% der Wählerinnen und Wähler für DIE LINKE. Am schlechtesten schnitt sie bei den 35- bis unter 45-Jährigen ab. Nach dieser Altersgruppe stieg der Anteil der Partei DIE LINKE mit dem Alter stetig an.

Im Westteil neigten dagegen – ganz anders als im Ostteil – die jüngeren Wählerinnen und Wähler der LINKEN stärker zu als die älteren: 19,1% bei den 18- bis unter 25-Jährigen sowie 21,7% bei den 25- bis unter 35-Jährigen. Bei den Personen im Alter von 70 und mehr Jahren errang DIE LINKE hier lediglich 5,6%.

Im Ostteil waren 25,0% der Wählerschaft der Partei DIE LINKE im Alter von 70 und mehr Jahren, im Westteil machte diese Altersgruppe dagegen nur 8,8% aus.

Gegenüber 2013 gewann DIE LINKE bei der jüngeren Wählerschaft. Im Ostteil verloren sie besonders bei den 45- bis unter 60-Jährigen (-9,7 Prozentpunkte). Im Westteil gewannen sie dagegen in allen Altersgruppen, am deutlichsten bei den unter 35-Jährigen und am geringsten bei den 45- bis unter 60-Jährigen sowie bei denen im Alter von 70 und mehr Jahren.

GRÜNEN-Anteil bei Wählerinnen und Wählern der mittleren Altersgruppen am höchsten

Deutlich ausgeprägt ist weiterhin das Altersprofil der GRÜNEN-Wählerschaft. Sowohl im Ostteil der Stadt als auch im Westteil war die Zustimmung zu den GRÜNEN in den Altersgruppen der jüngeren Wählerinnen und Wähler überdurchschnittlich hoch. Mit der Altersgruppe der 45- bis 60-Jährigen sank die Zustimmung zu den GRÜNEN dann stetig. In der höchsten Altersgruppe verzeichneten die GRÜNEN den niedrigsten Anteil: 2,9% dieser Altersgruppe wählten die GRÜNEN im Ostteil und 4,7% im Westteil.

5 | Differenz der gültigen Zweitstimmen bei der Wahl zum Deutschen Bundestag in Berlin 2017 und 2013 nach Parteien sowie nach Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten in Prozentpunkten

Alter in Jahren	CDU	SPD	DIE LINKE	GRÜNE	AfD	FDP	Sonstige
	%						
insgesamt							
18 bis unter 25.....	-5,5	-7,1	4,0	1,8	2,4	5,8	-1,2
25 bis unter 35.....	-4,9	-8,1	4,6	1,0	4,7	4,7	-1,8
35 bis unter 45.....	-5,0	-6,2	1,8	-0,7	6,2	4,8	-0,7
45 bis unter 60.....	-4,5	-7,6	-2,9	-0,1	10,2	5,0	0,0
60 bis unter 70.....	-8,0	-8,0	0,2	1,1	8,6	5,6	0,4
70 und älter.....	-8,2	-3,7	-1,1	0,2	6,0	6,7	-0,1
Insgesamt	-5,8	-6,7	0,3	0,3	7,1	5,3	-0,6
männlich							
18 bis unter 25.....	-5,2	-7,3	3,3	2,5	3,2	7,0	-3,5
25 bis unter 35.....	-5,7	-8,2	5,5	1,9	6,1	5,4	-4,9
35 bis unter 45.....	-5,7	-6,2	3,1	-1,0	7,4	4,7	-2,3
45 bis unter 60.....	-5,4	-8,0	-3,2	0,2	13,3	5,0	-1,9
60 bis unter 70.....	-8,3	-7,9	-1,1	1,2	11,6	5,2	-0,9
70 und älter.....	-8,6	-4,1	-1,7	0,5	8,4	6,5	-0,9
Insgesamt	-6,3	-6,9	0,2	0,5	9,5	5,5	-2,4
weiblich							
18 bis unter 25.....	-5,9	-7,1	4,6	1,3	1,6	4,5	1,0
25 bis unter 35.....	-4,1	-8,0	3,7	0,1	3,4	4,0	1,0
35 bis unter 45.....	-4,3	-6,3	0,5	-0,5	4,8	4,9	1,0
45 bis unter 60.....	-3,7	-7,1	-2,6	-0,5	7,0	4,9	2,0
60 bis unter 70.....	-7,6	-8,0	1,3	1,0	5,9	5,9	1,5
70 und älter.....	-7,7	-3,4	-0,5	0,1	4,3	6,8	0,5
Insgesamt	-5,3	-6,5	0,4	-0,1	5,0	5,4	1,1

6 | Differenz der gültigen Zweitstimmen bei der Wahl zum Deutschen Bundestag in Berlin-Ost und -West 2017 und 2013 nach Parteien sowie nach Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten in Prozentpunkten

Alter in Jahren	CDU	SPD	DIE LINKE	GRÜNE	AfD	FDP	Sonstige								
	%							%							
Berlin-Ost								Berlin-West							
18 bis unter 25.....	-3,3	-5,9	1,6	0,5	2,9	4,2	0,0	-6,8	-7,9	5,4	2,4	2,2	6,6	-1,7	
25 bis unter 35.....	-4,8	-6,8	1,7	1,3	6,7	4,3	-2,5	-4,9	-9,6	7,3	0,5	3,1	4,9	-1,2	
35 bis unter 45.....	-4,0	-5,2	-0,8	-2,1	9,0	4,5	-1,2	-5,8	-7,1	4,1	0,5	3,5	5,0	-0,2	
45 bis unter 60.....	-4,5	-5,3	-9,7	2,2	13,5	4,2	-0,4	-4,5	-8,7	0,9	-1,3	7,6	5,7	0,3	
60 bis unter 70.....	-4,3	-8,4	-5,9	1,4	12,1	4,5	0,6	-9,6	-7,1	2,4	1,3	6,2	6,6	0,1	
70 und älter.....	-3,5	-5,2	-3,2	0,4	7,7	3,4	0,5	-11,1	-2,8	0,5	0,1	5,0	8,7	-0,5	
Insgesamt	-4,1	-6,0	-3,4	0,5	9,7	4,2	-0,9	-6,8	-7,1	2,7	0,1	5,3	6,3	-0,3	
männlich								männlich							
18 bis unter 25.....	-3,2	-7,9	2,3	-0,9	5,7	5,1	-1,1	-6,3	-7,1	4,1	4,1	2,1	7,9	-4,8	
25 bis unter 35.....	-6,6	-6,5	3,5	2,2	8,8	5,1	-6,5	-5,0	-10,0	7,5	1,4	4,0	5,4	-3,4	
35 bis unter 45.....	-5,1	-5,6	0,1	-1,9	10,9	4,5	-3,1	-6,3	-6,8	5,8	-0,4	4,3	4,8	-1,5	
45 bis unter 60.....	-6,5	-6,4	-9,2	2,4	17,7	4,7	-2,7	-4,5	-8,8	0,3	-1,1	10,2	5,4	-1,5	
60 bis unter 70.....	-5,7	-7,9	-6,7	1,2	16,0	4,1	-1,0	-9,5	-7,3	1,3	1,5	8,7	6,1	-0,9	
70 und älter.....	-3,8	-5,1	-4,2	0,0	10,4	3,4	-0,8	-11,9	-3,5	0,4	0,6	7,0	8,3	-0,9	
Insgesamt	-5,4	-6,3	-3,0	0,6	12,8	4,4	-3,2	-6,9	-7,4	2,5	0,4	7,0	6,2	-1,9	
weiblich								weiblich							
18 bis unter 25.....	-3,4	-4,3	1,0	1,7	0,5	3,4	1,0	-7,3	-8,8	6,8	0,8	2,3	4,5	1,1	
25 bis unter 35.....	-3,2	-7,0	0,2	0,2	4,8	3,7	1,2	-5,0	-9,2	7,1	-0,3	2,2	4,0	0,9	
35 bis unter 45.....	-3,0	-4,9	-2,0	-2,5	7,1	4,5	0,8	-5,4	-7,3	2,5	1,2	2,9	4,1	1,0	
45 bis unter 60.....	-2,4	-4,2	-10,2	1,9	9,5	3,7	1,9	-4,4	-8,5	1,3	-1,5	5,0	5,4	2,0	
60 bis unter 70.....	-3,3	-8,8	-5,1	1,5	8,7	4,8	2,0	-9,7	-7,0	3,5	1,1	3,9	6,3	1,1	
70 und älter.....	-3,3	-5,3	-2,6	0,6	5,7	3,4	1,4	-10,3	-2,3	0,6	-0,2	3,5	11,1	0,0	
Insgesamt	-2,9	-5,8	-3,8	0,3	7,0	3,9	1,3	-6,8	-6,8	2,8	-0,2	3,6	6,4	1,0	

Von allen Wählerinnen und Wählern waren 20,0% im Alter von 70 Jahren oder älter, aber nur 6,4% der Wählerschaft der GRÜNEN.

Im Vergleich zu 2013 hatten die GRÜNEN insgesamt leicht gewonnen (+0,3 Prozentpunkte), wobei die Gewinne und Verluste in den einzelnen Altersgruppen sowie im Ost- und Westteil Berlins uneinheitlich sind.

AfD schnitt bei den Männern im Alter von 45 bis unter 60 Jahren am besten ab

Die Alternative für Deutschland (AfD) ging als eindeutiger Gewinner aus der Bundestagswahl hervor – insgesamt konnte sie 7,1 Prozentpunkte an Zweitstimmen hinzugewinnen und kam auf 12,0%. Bei den Männern errang sie sogar 15,6% der Zweitstimmen, deutlich mehr als bei den Frauen (8,8%).

Mit 6,9% errang sie die niedrigste Zustimmung bei den Wählerinnen und Wählern unter 25 Jahren. Ab dieser Altersgruppe stieg der AfD-Zweitstimmenanteil stetig bis zu den 45- bis unter 60-Jährigen. Anschließend sank der Anteil dann wieder bis auf 9,5% bei der Generation 70 plus.

Im Ostteil lag der AfD-Anteil in jeder Altersgruppe höher als im Westteil. Bei den Männern im Alter von 45- bis unter 60 Jahren erzielte sie im Ostteil sogar mit 25,4% das beste Ergebnis und konnte hier alle anderen Parteien hinter sich lassen.

Die AfD gewann gegenüber 2013 in allen Altersgruppen und bei beiden Geschlechtern deutlich. Die Gewinne waren in den „Hochburgen“ besonders deutlich, also bei den Männern im Ostteil in der Altersgruppe 45 bis unter 60 Jahre.

Zustimmung zur FDP in den Altersgruppen im Ost- und Westteil unterschiedlich

Bezogen auf die gesamte Stadt war der FDP-Anteil in den einzelnen Altersgruppen sehr ähnlich: Der niedrigste Zweitstimmenanteil war bei den 25- bis unter 35-Jährigen (7,7%) zu verzeichnen, der höchste bei denen im Alter von 70 und mehr Jahren (10,6%). In den beiden Stadthälften war der Zusammenhang zwischen dem FDP-Anteil und dem Alter der Wählerinnen und Wähler allerdings gegenläufig: Im Ostteil sank die Zustimmung zur FDP tendenziell mit dem Alter bis auf 4,4% bei den Ältesten (70 und mehr Jahre). Im Westen erreichte dagegen der Zweitstimmenanteil bei den ältesten Wählerinnen und Wählern das Maximum mit 14,3%.

Bei der jüngeren Wählerschaft waren es eher die Männer, die der FDP ihre Stimme gaben – die Differenz zwischen dem FDP-Anteil bei den Männern und dem bei den Frauen betrug 5 Prozentpunkte bei den unter 25-Jährigen. Mit zunehmendem Alter wurde diese Differenz fast stetig geringer.

Anteil nicht im Bundestag vertretener Parteien bei jüngeren Wählerinnen und Wählern am höchsten

Insgesamt 7,1% der Zweitstimmen wurden für Parteien abgegeben, die an der 5%-Hürde scheiterten und damit nicht im Deutschen Bundestag vertreten sind. Die Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI) erzielte 2,1% und damit das beste Ergebnis dieser sonstigen Parteien, gefolgt von der Tierschutzpartei (1,4%), der Piratenpartei (0,6%) und den Grauen (0,5%).

Den höchsten Zweitstimmenanteil erzielten diese hier „Sonstige“ genannten Parteien bei den 18- bis unter 25-Jährigen mit 14,4%. Ab dieser Altersgruppe fiel der Anteil von Altersgruppe zu Altersgruppe und erreichte bei den 70 Jahre und älteren Wählerinnen und Wählern das Minimum mit 1,9%.

Damit blieb etwa jede siebte Zweitstimme der jüngsten Wählerinnen und Wähler bei der Mandatsverteilung unberücksichtigt, aber weniger als jede fünfzigste Zweitstimme der Älteren.

Der Zusammenhang zwischen dem Alter der Wählerschaft und der Wahl nicht im Bundestag vertretener Parteien zeigte sich in beiden Teilen der Stadt. Allerdings war die Spannweite zwischen der niedrigsten und der höchsten Altersgruppe im Ostteil höher als im Westteil: Im Ostteil betrug diese 15,3 (17,7% bei den unter 25-Jährigen minus 2,4% bei den über 69-Jährigen) und im Westteil 11,1% (12,7% bei den unter 25-Jährigen minus 1,6% bei den über 69-Jährigen).

Es besteht außerdem ein leichter Zusammenhang mit dem Geschlecht: Frauen votierten etwas stärker für die sonstigen Parteien (7,6%) als Männer (6,5%).

AfD-Wählerinnen und Wähler neigten am wenigsten zur Stimmenaufteilung

Die überwiegende Mehrheit der Wählerinnen und Wähler votierte mit Erst- und Zweitstimme für den Direktkandidaten bzw. die Direktkandidatin und die

7 | Stimmensplitting bei der Wahl zum Deutschen Bundestag in Berlin am 24. September 2017

Zweitstimme ¹	Von 100 Wählern, die ihre Zweitstimme der vorstehenden Partei gaben, wählten mit der Erststimme den Kandidaten der ...							
	insgesamt	CDU	SPD	DIE LINKE	GRÜNE	AfD	FDP	Sonstige
%								
Berlin								
CDU.....	100	79,6	6,1	4,1	5,0	1,0	3,3	0,9
SPD.....	100	5,0	75,1	9,4	7,3	0,9	1,0	1,3
DIE LINKE	100	2,2	9,4	75,7	8,0	0,9	0,5	3,3
GRÜNE....	100	6,6	22,0	10,0	58,1	0,2	0,7	2,5
AfD.....	100	5,5	2,8	3,8	0,4	84,4	1,8	1,4
FDP.....	100	35,8	7,9	3,4	3,4	2,4	45,6	1,5
Berlin-Ost								
CDU.....	100	72,9	5,2	9,8	6,3	1,8	2,7	1,4
SPD.....	100	4,3	65,7	19,7	6,2	1,2	0,9	1,9
DIE LINKE	100	2,1	4,3	85,3	4,6	0,7	0,4	2,6
GRÜNE....	100	6,4	15,7	17,5	56,2	0,2	0,7	3,4
AfD.....	100	4,5	1,8	6,0	0,3	84,3	1,3	1,8
FDP.....	100	30,8	7,6	8,6	3,3	3,4	43,6	2,7
Berlin-West								
CDU.....	100	83,3	6,5	0,9	4,3	0,6	3,7	0,6
SPD.....	100	5,4	80,2	3,8	7,9	0,7	1,0	0,9
DIE LINKE	100	2,3	16,4	62,4	12,7	1,1	0,6	4,4
GRÜNE....	100	6,7	25,3	6,0	59,1	0,2	0,8	2,0
AfD.....	100	6,5	3,9	1,3	0,5	84,5	2,3	0,9
FDP.....	100	37,9	8,0	1,1	3,4	2,0	46,5	1,0

Landesliste derselben Partei. Der Anteil des Stimmensplittings² war allerdings bei den Wählerinnen und Wählern der einzelnen Parteien sehr unterschiedlich und hing wohl auch damit zusammen, wie aussichtsreich die Direktkandidatinnen und -kandidaten der einzelnen Parteien eingeschätzt wurden. Für aussichtsreich gehaltene Bewerberinnen und Bewerber werden eher gewählt als weniger aussichtsreiche.

Bei Bundestagswahlen in Berlin waren bisher nur Direktkandidatinnen und -kandidaten von SPD, CDU sowie der Partei DIE LINKE (im Ostteil der Stadt) und der GRÜNEN (im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg – Prenzlauer Berg-Ost) erfolgreich.

Wählerinnen und Wähler, die davon ausgehen, dass eine von ihnen präferierte Person nur geringe oder keine Chance hat, das Direktmandat zu erringen, wählen vermutlich die aus ihrer Sicht zweitbeste Lösung. Aus dem Stimmensplitting lässt sich so auch ableiten, wie nahe sich die Wählerschaft der einzelnen Parteien ist und möglicherweise sogar, welche Koalitionen gewünscht werden.

In Berlin neigten die Wählerinnen und Wähler der AfD am wenigsten zu einer Aufteilung ihrer Erst- und Zweitstimme: 84,4% splitteten ihre Stimmen nicht.

Wie vor der Wahl von Meinungsforschungsinstituten prognostiziert und am Wahltag bestätigt, waren die Direktbewerberinnen und -bewerber der AfD in allen Wahlkreisen weit vom Gewinn eines Direktmandats entfernt. Dass dies die AfD-Wählerschaft nicht dazu bewogen hat, ihre Erststimme einem anderen Bewerber zu geben, scheint ein Beleg dafür zu sein, dass die AfD-Wählerschaft besonders wenig mit anderen Parteien sympathisiert.

Die Erststimmen der AfD-Zweitstimmenwählerinnen und -wähler, die ihre Stimme splitteten, votierten dann in absteigender Reihenfolge für die CDU (5,5%), die LINKEN (3,8%) und die SPD (2,8%). Im Ostteil kamen die LINKEN mit 6,0% sogar auf den ersten Platz bei der stimmensplittenden AfD-Wählerschaft.

Konsistentes Wahlverhalten zeigten auch die Wählerinnen und Wähler der CDU, der LINKEN und der SPD: 79,6%, 75,7% bzw. 75,1% gaben ihre Erst- und Zweitstimme derselben Partei.

Ausgesprochen strategisch stimmten dagegen die Wählerinnen und Wähler der FDP und der GRÜNEN ab. Die Erststimmen der FDP-Wählerinnen und Wähler entfielen zu 45,6% auf die Bewerberinnen und Bewerber der eigenen Partei und zu 35,8% auf die der CDU. Von den Zweitstimmenwählerinnen und -wählern der GRÜNEN stimmten 58,1% mit ihrer Erststimme für eine Kandidatin oder einen Kandidaten der GRÜNEN und 22,0% für einen oder eine der SPD.

Aber auch bei den SPD-Wählerinnen und Wählern – insbesondere im Ostteil der Stadt – zeigte sich strategisches Stimmensplitting: 34,3% von ihnen gaben ihre Erststimme nicht der Direktkandidatin oder dem Direktkandidaten dieser Partei.

Die Aufteilung der Zweit- und Erststimmen zwischen den Parteien, die vor der Wahl deutlich gemacht hatten, dass sie eine Koalition anstreben, zeigt für die ganze Stadt folgendes Bild:

GRÜNE und SPD:

- GRÜNE-Zweitstimmenwählerinnen und -wähler splitteten primär zugunsten von SPD (22,0%) und weit abgeschlagen für DIE LINKE (10,0%) und die CDU (6,6%).
- SPD-Zweitstimmenwählerinnen und -wähler splitteten zugunsten der Partei DIE LINKE (9,4%), der GRÜNEN (7,3%), aber auch zugunsten der CDU (5,0%).

FDP und CDU:

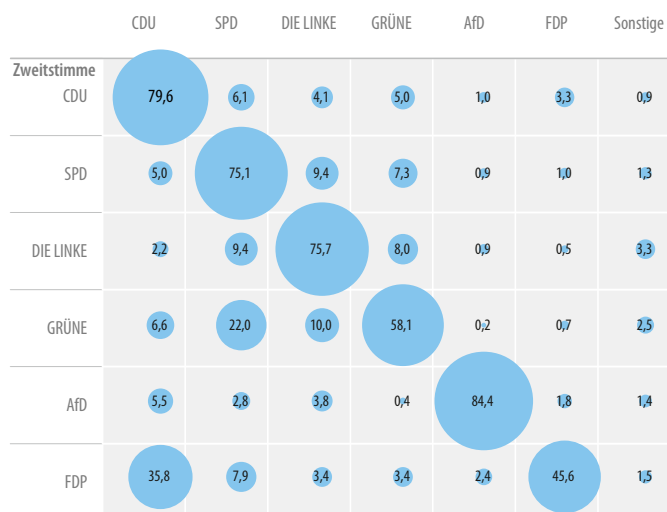
- FDP-Zweitstimmenwählerinnen und -wähler splitteten zugunsten der CDU (35,8%) und deutlich abgeschlagen für die SPD (7,9%).
- CDU-Zweitstimmenwählerinnen und -wähler splitteten selten und wenn, dann zugunsten der SPD (6,1%), aber auch der GRÜNEN (5,0%) und der Partei DIE LINKE (4,1%). Nur 3,3% von ihnen votierten für die Kandidierenden der FDP. Dies lag vermutlich weniger an der Parteizugehörigkeit der FDP-Bewerberinnen und -Bewerber als vielmehr an der Einschätzung deren Chance, den Wahlkreis zu gewinnen. Für die AfD-Bewerberinnen und -Bewerber votierte nur 1,0% der CDU-Wählerschaft (Abbildung c).

Splittingsverhalten in Berlin-Ost und Berlin-West unterschiedlich

Im Ostteil Berlins sind die Direktkandidaten der LINKEN deutlich chancenreicher als im Westteil. Dies wirkt sich auch auf das Stimmensplitting aus. Die Zweitstimmenwählerinnen und -wähler der LINKEN

c | Stimmensplitting bei der Wahl zum Deutschen Bundestag in Berlin am 24. September 2017

Von 100 Wählern, die ihre Zweitstimme der vorstehenden Partei gaben, wählten mit der Erststimme den Kandidaten der ...



² Bei der Bundestagswahl werden die Erst- und die Zweitstimmen auf einem Stimmzettel abgegeben. Es ist deshalb mit der repräsentativen Wahlstatistik möglich, festzustellen, wie die Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen aufgeteilt („gesplittet“) haben.

im Osten Berlins teilten hier ihre Stimmen am wenigsten auf: 85,3% von ihnen wählten auch mit der Erststimme die Kandidatin bzw. den Kandidaten dieser Partei. Zusätzlich votierten viele Zweitstimmenwählerinnen und -wähler der anderen Parteien für Direktkandidatinnen und -kandidaten der LINKEN: 19,7% der SPD-Zweitstimmenwählerinnen und -wähler stimmten hier mit der Erststimme für Bewerberinnen bzw. Bewerber der LINKEN, bei den GRÜNEN-Wählerinnen und -Wählern waren es 17,5% und bei denen der CDU und der FDP immerhin noch 9,8% bzw. 8,6%. 6,0% der AfD-Wählerschaft gaben ihre Stimme der Person, die für die LINKE im Wahlkreis antrat.

Im Westteil lagen dagegen die Nicht-Splittinganteile von CDU (83,3%) und SPD (80,2%) höher und die der LINKEN erheblich niedriger (62,4%) als im Osten.

Zusammenfassung

Die Mehrheit der Wahlberechtigten hat inzwischen das 50. Lebensjahr überschritten und ältere Menschen beteiligten sich stärker an der Bundestagswahl 2017 als die Jüngeren. Außerdem neigten sie stärker zur Briefwahl.

In fast allen Altersgruppen lag die Wahlbeteiligung bei den Frauen höher als bei den Männern. Lediglich bei den ältesten Wahlberechtigten beteiligten sich prozentual weniger Frauen an der Wahl, wobei als Ursache hierfür die unterschiedliche Lebenserwartung und die unterschiedliche Morbidität von Männern und Frauen vermutet werden.

Es zeigten sich deutliche Zusammenhänge zwischen Alter und Geschlecht der Wählerinnen und Wähler und der Präferenz für einzelne Parteien.

Die CDU errang ihre besten Ergebnisse bei den Älteren, im Westteil und bei den Frauen. DIE LINKE schnitt ebenfalls in beiden Stadtteilen sehr unterschiedlich ab, wobei ihre höchsten Werte bei den

Älteren im Ostteil zu verzeichnen sind. Die SPD erzielte etwas bessere Zweitstimmenergebnisse bei den ältesten Wählerinnen und Wählern und weniger gute bei denen der mittleren Altersgruppen. Das Altersprofil der SPD bleibt, wie 2013, weiterhin schwach ausgeprägt. Deutlicher ist dagegen das Altersprofil der GRÜNEN-Wählerschaft: Die Zustimmung zu den GRÜNEN war in den Altersgruppen der jüngsten und mittelalten Wählerinnen und Wähler überdurchschnittlich hoch und sank ab einem Alter von 45 Jahren stetig. Die AfD schnitt bei den Männern besser ab als bei den Frauen und erzielte den höchsten Anteil in der Altersgruppe der 45 bis unter 60 Jahre alten Wählerinnen und Wähler. Im Ostteil sank die Zustimmung zur FDP tendenziell mit dem Alter – im Westen erreichte dagegen der FDP-Anteil bei den ältesten Wählerinnen und Wählern das Maximum.

Jüngere votierten zu einem deutlich höheren Anteil für Parteien, die an der 5%-Hürde scheiterten, als die Älteren. So blieb fast jede siebte Zweitstimme der jüngsten Wählerinnen und Wähler bei der Mandatsverteilung unberücksichtigt, aber weniger als jede fünfzigste Zweitstimme der Älteren.

Die überwiegende Mehrheit der Wählerinnen und Wähler votierte mit Erst- und Zweitstimme für die Direktkandidatin bzw. den Direktkandidaten und die Landesliste derselben Partei. Der Anteil des Stimmensplittings war zwischen den Parteien unterschiedlich. Am wenigsten neigte die AfD-Wählerschaft dazu, ihre Stimmen zu splitten, gefolgt von denen der CDU, der LINKEN und der SPD. Am stärksten splitteten die Zweitstimmenwählerinnen und -wähler der FDP und der GRÜNEN ihre Stimmen.

Geert Baasen leitet die Geschäftsstelle der Landeswahlleiterin für Berlin im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Der komplette Statistische Bericht [4] mit den Ergebnissen in tabellarischer Form ist im Internet unter www.wahlen-berlin.de veröffentlicht.

Quellen

- [1] Der Bundeswahlleiter (2018): Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017 – Heft 4, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Frauen und Männer nach Altersgruppen.
- [2] Mayer, K. U.; Baltus, P. B. (1996): Die Berliner Altersstudie.
- [3] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2017): Bericht der Landeswahlleiterin zugleich Statistischer Bericht B VII 1-3 – 4j / 17, Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017, Endgültiges Ergebnis.
- [4] Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2017): Statistischer Bericht B VII 1-5 – 4j / 17 – Bundestagswahl 2017 im Land Berlin, Repräsentative Wahlstatistik.

Neuerscheinung

▣ Modernisiertes „Statistikportal“

In welchem Bundesland werden die meisten Wohnungen gebaut? Wo ist der Anteil betreuter Kinder in Tageseinrichtungen am höchsten? Wie viele Pflegebedürftige gibt es? Antworten liefert das modernisierte „Statistikportal“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – das neu gestaltete, zentrale Onlineangebot zu den gemeinsamen Daten und Veröffentlichungen der amtlichen Statistik in Deutschland.

Arbeitsmarkt, Bevölkerung oder Preise und Verdienste – ein themenorientierter Zugang verschafft Nutzerinnen und Nutzern im neuen „Statistikportal“ einen schnellen Überblick: Karten und Tabellen aus dem Regionalatlas oder der Regionaldatenbank Deutschland sind mit den Themenbereichen ebenso direkt verknüpft wie Broschüren und Hinweise zu Methoden und Rechtsgrundlagen. Hinzu kommen Übersichtstabellen zu den jeweiligen Themen sowie monatlich aktualisierte Konjunkturdaten für den Bund und die Länder.

Das Portal ist sowohl barrierearm als auch im responsiven Webdesign gestaltet. Es reagiert somit auf die Eigenschaften des jeweils genutzten Endgeräts. Vor allem bei der Nutzung mit Smartphones und Tablets ist das Portal damit benutzerfreundlicher geworden.

Die fachliche Betreuung und Weiterentwicklung des „Statistikportals“ wird von allen Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam betrieben und arbeitsteilig gepflegt. Das Informationsangebot, welches über das Portal erreichbar ist, besteht aus einer Vielzahl abrufbarer Daten mit Angaben über die Bundesrepublik Deutschland und deren Länder sowie dem Online-Zugang zu statistischen Datenbanken und Atlanten sowie Gemeinschaftsveröffentlichungen.

Das „Statistikportal“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist erreichbar unter: www.statistikportal.de

Historisches

Massenarbeitslosigkeit in Berlin und Brandenburg Anfang der 1930er Jahre

von Iris Hoßmann-Büttner

Wirtschaftskrise bedroht den Arbeitsmarkt

Nachdem die deutsche Wirtschaft von den Auswirkungen des „Schwarzen Freitags“ 1929 noch relativ verschont geblieben war, traf das Deutsche Reich die Wirtschaftskrise ab 1931 mit voller Härte. Viele langfristige Projekte, wie der Wohnungs- und Straßenbau, wurden mit Krediten finanziert, die nach dem Bankenkraich und dem Abzug ausländischen Kapitals nicht weiter geführt werden konnten. Viele Betriebe mussten schließen, die Beschäftigten verloren ihre Arbeit. Blieb der Arbeitsplatz erhalten, wurde oftmals auf Kurzarbeit gesetzt und/oder die Löhne reduziert.¹

Höchststand an Arbeitslosen im Januar 1933

Bis 1933 stieg die Arbeitslosenzahl im Deutschen Reich auf 6 Mill. an. Innerhalb von zwei Jahren, seit 1931, kam es zu einer Zunahme an Arbeitslosen von 21% – im Landesarbeitsamtsbezirk Brandenburg von 29% und dem dazugehörigen Berlin sogar von 41%.² Der Höchststand der registrierten Arbeitslosigkeit wurde im Januar 1933 erreicht: Das Landesarbeitsamt Brandenburg meldete 891855 Arbeitslose, davon alleine in Berlin 654878. Damit war knapp ein Drittel der Berliner Erwerbspersonen ohne Arbeit. Zwar sank die Zahl der Arbeitslosen bis zum Ende des Jahres auf 520356 Personen und näherte sich wieder dem Niveau aus dem Jahr 1931 an. Dennoch war das Jahr 1933 von Massenarbeitslosigkeit geprägt.³

Massenarbeitslosigkeit führt zur Umstrukturierung der Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenunterstützung kam an ihre Grenzen und wurde aufgrund der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit umstrukturiert: Die Höhe und die Dauer wurden gekürzt, die Bedingungen verschärft und für bestimmte Personengruppen, wie verheiratete Frauen und Jugendliche, ganz gestrichen. Dies führte bei steigenden Arbeitslosenzahlen zu einem gleichzeitigen Rückgang der Empfängerinnen und Empfänger. Viele waren nun auf die kommunale Fürsorge, der Wohlfahrt (Sozialhilfe), angewiesen. Diese „Wohlfahrtserwerbslosen“ fielen aus dem Sicherungssystem der Arbeitslosenversicherung heraus und mussten mit geringerer finanzieller Unterstützung auskommen. Im Januar 1933 erhielten von den 654878 Arbeitslosen in Berlin 13,0% Arbeitslosenunterstützung, 25,6% Krisenunterstützung und 52,7% waren Wohlfahrtserwerbslose. 8,7% erhielten keine der drei Leistungen. Zwei Jahre zuvor, im Januar 1931, hatten noch 39,6% Arbeitslose Beiträge aus der Arbeitslosenversicherung erhalten.⁴

1 Wolfgang Rupf (1999): Der Wirtschaftsstandort Berlin. In: Werner Süß, Ralf Rytlewski (Hrsg.) Berlin. Die Hauptstadt. Berlin.

2 Statistisches Amt der Stadt Berlin (1933): Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. Berlin.

3 Statistisches Reichsamt (1934): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Berlin.

4 Statistisches Amt der Stadt Berlin (1934): Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. Berlin.

a | und b |
Arbeitslosenentwicklung von 1931 bis 1933

**Beschäftigungsprogramm
 freiwilliger Arbeitsdienst**

Um der Arbeitslosigkeit und den geringen Beiträgen aus der Wohlfahrt zu entgehen, fanden sich viele junge Arbeitslose vermehrt im freiwilligen Arbeitsdienst wieder. Die Arbeitsdauer war für den einzelnen Freiwilligen auf maximal 20 Wochen beschränkt, da nur für diese Zeit die Arbeitslosen- bzw. Krisenunterstützung weitergezahlt wurde. Ende 1931 umfasste die Organisation zunächst nur 6 800 Personen im gesamten Gebiet des Deutschen Reiches. Nachdem Beschränkungen gelockert wurden, stieg bis Mitte 1932 deren Zahl auf 97 000 Freiwillige an. Im Dezember 1932 erfuhren rund 241 000 Personen eine Förderung als Arbeitsdienstwillige im freiwilligen Arbeitsdienst. Damit war die Maßnahme das weitaus größte der öffentlich geförderten Beschäftigungsprogramme des Deutschen Reiches.⁵

Iris Hoßmann-Büttner ist Referentin im Referat *Bildung, Bildungsanalysen, Gesundheitswesen* des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg.

5 Statistisches Reichsamt (1933): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin.

162. Unterstützte Arbeitslose überhaupt 1931 und 1932.

Ende des Monats	Arbeitslose bei den Arbeitsämtern Unterstützungsempfänger					Aus Gemein- mitteln überhaupt unterstützte Arbeitslose
	überhaupt	Arbeits- losen- unter- stützte	Krisen- unter- stützte ¹⁾	Wohl- fahrts- erwerbs- lose ²⁾	zusammen	
1931						
Januar . . .	465 880	184 753	95 811	123 502	404 066	138 990
Februar . . .	472 941	132 827	104 706	133 577	421 110	149 435
März	454 131	161 330	98 133	139 847	399 310	158 388
April	442 609	146 918	100 803	151 419	399 140	168 233
Mai	431 670	136 718	102 255	154 943	393 916	170 365
Juni	451 931	138 861	105 603	162 004	406 468	177 362
Juli	462 088	123 785	113 460	167 524	404 769	184 904
August	466 570	121 604	115 974	176 093	413 671	194 736
September . .	474 950	124 200	117 720	184 201	426 121	205 160
Oktober . . .	505 340	107 206	138 420	193 240	438 866	214 563
November . . .	531 223	121 947	139 133	204 446	465 526	229 591
Dezember . . .	563 997	133 507	143 541	221 209	498 257	249 801
1932						
Januar	594 631	142 462	151 564	238 948	532 974	269 178
Februar	600 876	139 195	155 349	251 410	545 954	281 211
März	597 536	128 724	157 246	264 400	550 370	293 850
April	585 276	116 779	154 012	271 573	542 364	301 456
Mai	579 970	110 418	153 757	282 155	546 330	312 122
Juni	586 686	105 988	157 834	292 606	556 408	314 452
Juli	598 846	90 957	153 284	304 110	548 351	338 023
August	577 654	79 316	151 088	323 591	553 995	361 180
September . .	585 590	70 546	148 488	327 782	546 816	35 521
Oktober	596 867	67 233	142 066	330 814	540 113	36 196
November . . .	616 452	73 146	142 363	335 875	551 384	36 934
Dezember . . .	636 298	79 262	155 302	339 761	574 325	40 909

¹⁾ Vgl. Anmerkung 2 zu Tabelle 157. — ²⁾ Einschl. der nicht anerkannten Wohlfahrts-erwerbslosen.

167. Unterstützte Arbeitslose überhaupt 1933

Ende des Monats	Arbeitslose bei den Arbeitsämtern Unterstützungsempfänger					Aus Gemein- mitteln überhaupt unterstützte Arbeitslose
	überhaupt	Arbeits- losen- unter- stützte	Krisen- unter- stützte ¹⁾	Wohl- fahrts- erwerbs- lose ²⁾	zusammen	
Januar	654 878	85 247	167 731	344 612	597 590	388 690
Februar	646 490	79 574	171 845	346 899	598 318	392 117
März	627 043	64 248	170 407	346 011	580 666	393 597
April	610 396	59 099	171 053	337 094	567 246	382 625
Mai	603 981	55 991	169 293	329 055	554 339	374 127
Juni	601 511	56 305	172 328	323 238	551 871	367 566
Juli	580 223	53 550	170 446	315 894	539 890	360 897
August	564 599	50 012	166 528	303 954	520 494	344 771
September . .	531 116	44 045	159 319	282 144	483 508	319 530
Oktober	528 435	43 164	157 945	269 006	470 115	304 968
November . . .	521 713	44 991	158 141	260 682	463 814	296 905
Dezember . . .	520 356	53 066	163 605	255 814	472 485	293 916

überhaupt	Arbeitslose bei den Arbeitsämtern Unterstützungsempfänger					Aus Gemein- mitteln überhaupt unterstützte Arbeitslose	
	Arbeits- losen- unter- stützte	Krisen- unter- stützte ¹⁾	Wohl- fahrts- erwerbs- lose ²⁾	zusammen	mit ge- meindlicher Zusatz- unterstützung		
%	auf 1000 Einw.	%	auf 1000 Einw.	%	auf 1000 Einw.	%	auf 1000 Einw.

Verhältniszahlen

Januar . . .	100.0	155.0	13.0	20.2	25.6	39.7	52.7	81.5	91.3	141.4	6.7	10.5	59.4	92.0
Februar . . .	100.0	153.1	12.3	18.8	26.6	40.7	53.6	82.1	92.5	141.7	7.0	10.7	60.6	92.8
März	100.0	148.8	10.2	15.3	27.2	40.4	55.2	82.1	92.6	137.8	7.6	11.3	62.8	93.4
April	100.0	145.1	9.7	14.0	28.0	40.7	55.2	80.2	92.9	134.9	7.4	10.8	62.6	91.0
Mai	100.0	143.8	9.3	13.3	28.0	40.3	54.5	78.4	91.8	132.0	7.4	10.7	61.9	89.1
Juni	100.0	143.6	9.4	13.4	28.6	41.1	53.7	77.2	91.7	131.7	7.4	10.5	61.1	87.7
Juli	100.0	138.8	9.2	12.8	29.4	40.8	54.4	75.6	90.0	129.2	7.8	10.7	62.2	86.3
August	100.0	135.3	8.9	12.0	29.5	39.9	53.8	72.8	92.2	124.7	7.3	9.8	61.1	82.6
September . .	100.0	127.4	8.3	10.6	30.0	38.2	53.1	67.7	91.4	116.5	7.1	9.0	60.2	76.7
Oktober	100.0	126.3	8.2	10.3	29.9	37.9	50.9	64.6	89.0	112.8	6.8	8.6	57.7	73.2
November . . .	100.0	125.1	8.6	10.8	30.3	37.9	50.0	62.5	88.9	111.2	6.9	8.7	56.9	71.2
Dezember . . .	100.0	124.8	10.2	12.7	31.4	39.2	49.2	61.4	90.8	113.3	7.3	9.1	56.5	70.5

¹⁾ Von den Kosten der Krisenunterstützung wurden 20% bis 30. 9. 1933 von den Gemeinden getragen. — ²⁾ Einschl. der nicht anerkannten Wohlfahrts-erwerbslosen.

Save the date

▣ **Statistische Woche**

11. bis 14. September 2018

Veranstaltungsort
Linz,
Johannes Kepler
Universität (JKU)

Die Statistische Woche findet dieses Jahr in Österreich in der Stadt Linz als gemeinsame Jahrestagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG) und der Österreichischen Statistischen Gesellschaft statt. Traditionelle Mitveranstalter sind der Verband Deutscher Städtestatistiker sowie die Deutsche Gesellschaft für Demographie.

Die Schwerpunkte liegen auf folgenden Themen:

- Wirtschaftsstatistik im Zeitalter von Digitalisierung und Globalisierung
- Semiparametric Regression Models
- Statistical Literacy

Für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der amtlichen Statistik sind der fachliche Austausch mit den österreichischen Kolleginnen und Kollegen sowie der Erhalt von Impulsen aus der Wissenschaft sehr nützlich. Besondere Aufmerksamkeit, gerade für Kolleginnen und Kollegen aus den Statistischen Ämtern der Länder, verdienen die geplanten vier Sektionen der Regionalstatistik. Eine davon wird als „Forum der Regionalstatistik“ durchgeführt. Dies ist ein im letzten Jahr erstmals erfolgreich erprobtes Format, das zwei längere Vorträge mit anschließender intensiver fachlicher Diskussion vorsieht. Geplant ist hier unter anderem ein Beitrag über die Methoden der Registernutzung für den Zensus in Österreich. Im Rahmen der Tagung wird auch das 50-jährige Bestehen der Studienrichtung Statistik an der JKU mit einem Festakt gefeiert.

Die diesjährige Rednerin der Heinz-Grohmann-Vorlesung ist Prof. Dr. Gabriele Doblhammer, Inhaberin des Lehrstuhls für Empirische Sozialforschung und Demographie an der Universität Rostock. Die Gumbel-Vorlesung hält Prof. Tatyana Krivobokova von der Georg-August-Universität Göttingen.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.statistische-woche.de

Save the date

▣ **Arbeitstreffen zu umweltökonomischen Analysen
mit den Amtlichen Firmendaten für Deutschland (AFiD)**

11. bis 12. Oktober 2018

Veranstaltungsort
Mannheim,
Zentrum für
Europäische Wirtschafts-
forschung (ZEW)

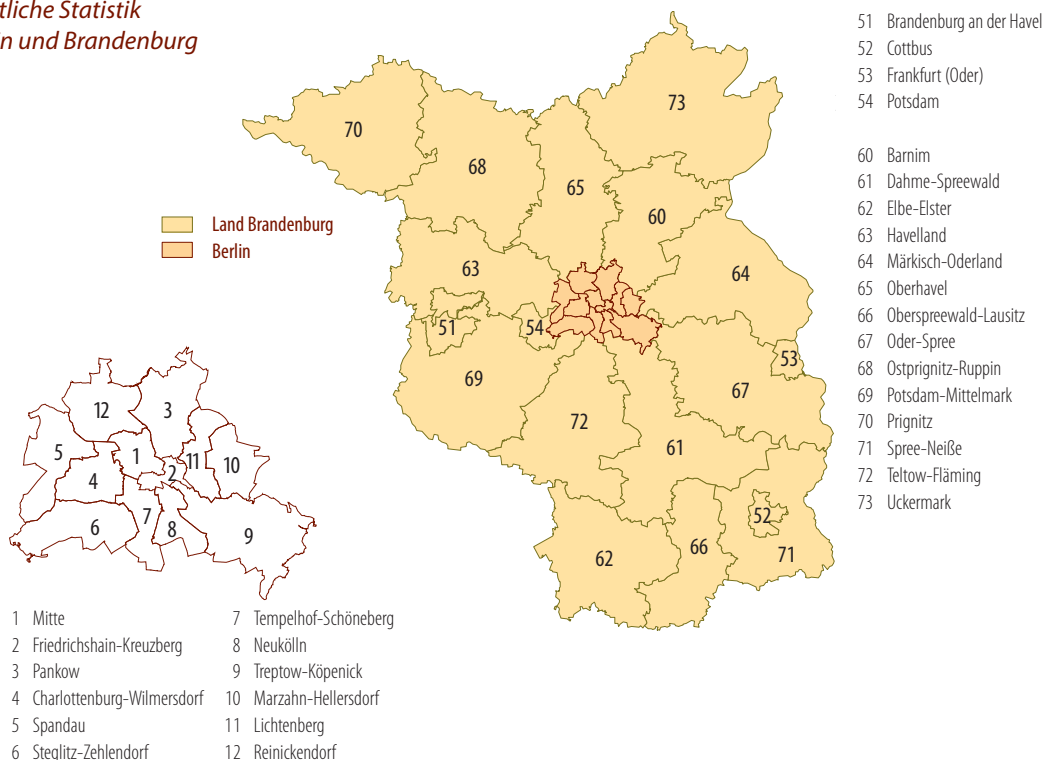
Die Arbeit mit administrativen Daten auf Mikroebene gewinnt im umweltökonomischen Bereich zunehmend an Bedeutung. Mithilfe solcher Daten können vielfältige Fragen zur Expost-Evaluation unterschiedlicher Umwelt- und Energiepolitiken untersucht werden sowie Analysen der Treiber von Produktivitätswachstum und Energieeffizienz durchgeführt werden. Im Mittelpunkt dieses wissenschaftlichen Workshops steht daher sowohl die Präsentation und Diskussion neuer Forschungsbeiträge zu umweltökonomischen Fragestellungen mithilfe von amtlichen Firmendaten (AFiD) der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder als auch der Austausch zwischen Datennutzenden und -bereitstellenden.

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.zew.de/afid2018>

statistik Berlin Brandenburg

- | Wir berichten fachlich unabhängig, neutral und objektiv über die Ergebnisse der amtlichen Statistik.
- | Wir haben den gesetzlichen Auftrag zur Datenerhebung mit der Möglichkeit zur Auskunftspflichtung.
- | Wir garantieren die Einhaltung des Datenschutzes.
- | Wir wenden adäquate statistische Methoden und Verfahren an und erhöhen kontinuierlich das erreichte Qualitätsniveau.
- | Wir gewährleisten regionale und zeitliche Vergleichbarkeit unserer Statistiken durch überregionale Kooperation.
- | Wir ermöglichen jedermann Zugang zu statistischen Ergebnissen.

Wir sind der führende Informationsdienstleister für amtliche Statistik in Berlin und Brandenburg

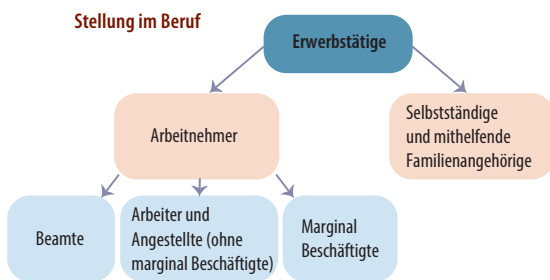


Unter

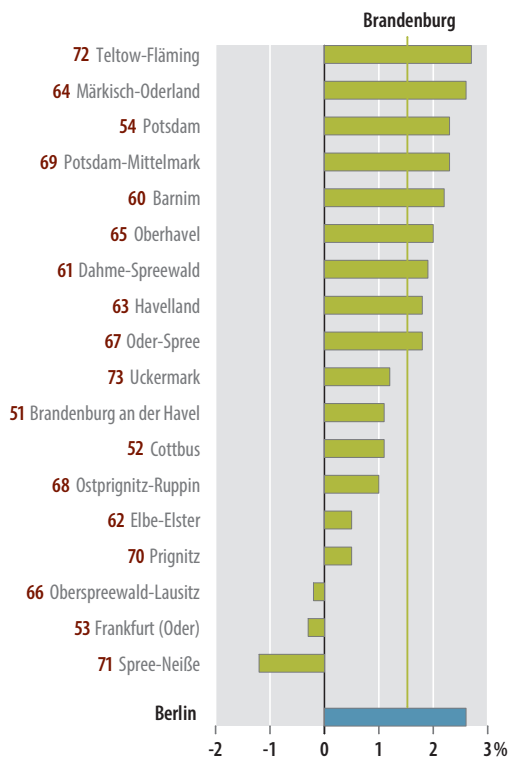
www.statistik-berlin-brandenburg.de

finden Sie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes mit aktuellen Daten, Pressemitteilungen, Statistischen Berichten, regionalstatistischen Informationen, Wahlstatistiken und -analysen.

Erwerbstätige in Berlin und im Land Brandenburg



Die aktuelle Entwicklung der Erwerbstätigenzahl nach Kreisen und kreisfreien Städten 2015 zu 2016



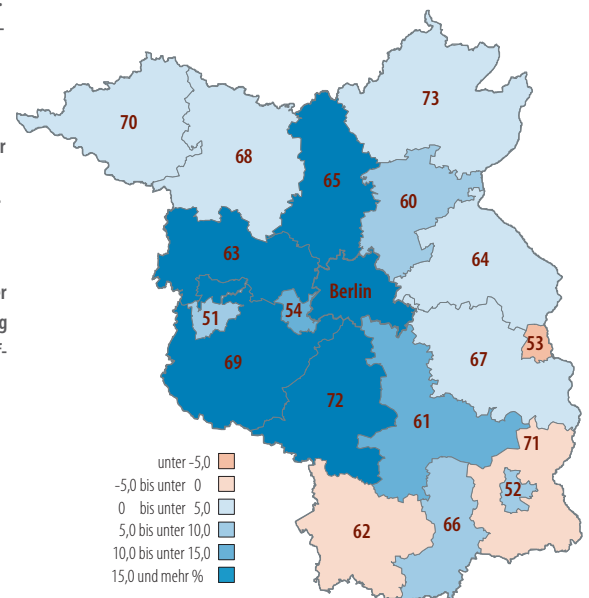
Die Zahl der Erwerbstätigen ist die umfassendste Kennziffer der Arbeitsmarktbeobachtung, denn neben den voll sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Angestellten sind auch Beamte, Selbstständige und marginal Beschäftigte einbezogen. 2017 waren im Jahresdurchschnitt 1 949 500 Personen in Berlin und 1 114 700 Personen im Land Brandenburg erwerbstätig. Berlin verzeichnete damit gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 2,9 %, das Land Brandenburg von 1,2 %. Dies bedeutet, dass in Berlin 55 000 Personen und im Land Brandenburg 12 900 Personen mehr als 2016 erwerbstätig waren.

In beiden Ländern ist eine Verschiebung zu beobachten. Die Gruppe der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten ohne marginal Beschäftigte wächst seit einigen Jahren stärker als die Zahl der Erwerbstätigen, da die Anzahl der marginal Beschäftigten sinkt und in manchen Jahren auch die Anzahl der Selbstständigen rückläufig war. Die marginal Beschäftigten machen in Berlin

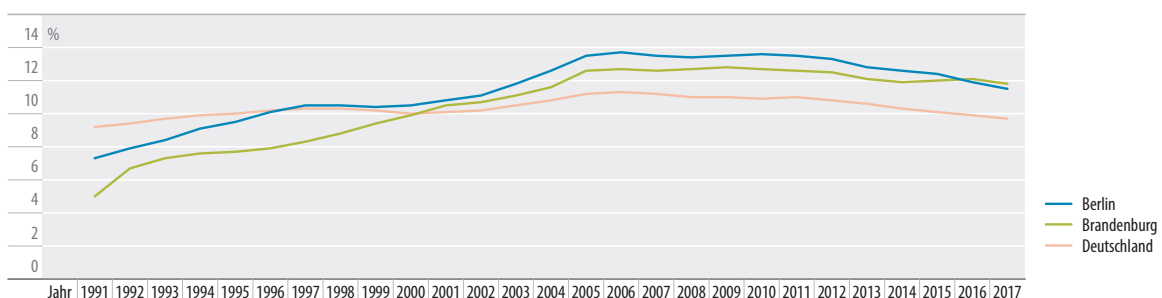
nur noch einen Anteil von rund 9 % und im Land Brandenburg von 10 % aus. Zu dieser Gruppe zählen geringfügig entlohnte Beschäftigte (Personen mit einem 450-Euro-Job), kurzfristig Beschäftigte (beispielsweise Saisonbeschäftigte oder Studierende) und Personen in Arbeitsgelegenheiten (Personen mit Ein-Euro-Job). Die Selbstständigenquote weist den Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen aus. Die Quote ist in Berlin und im Land Brandenburg um 2 Prozentpunkte höher als in Deutschland. Sie sank in den letzten Jahren, möglicherweise auch weil in

florierenden Zeiten für manch Selbstständigen der Wechsel in ein Arbeitnehmerverhältnis attraktiver ist. Ergebnisse zur Erwerbstätigkeit zeigen ebenfalls am Arbeitsmarkt in den Kreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs eine heterogene Entwicklung. Während einige Kreise und kreisfreien Städte in der mittleren Frist seit 2006 mehr als 10 % Zuwachs bei der Anzahl der Erwerbstätigen verzeichnen konnten, befinden sich andere im Umbruch und hatten 2016 weniger Erwerbstätige als 2006. Auch die aktuelle Entwicklung offenbart eine breite Streuung.

Die mittelfristige Entwicklung der Erwerbstätigenzahl nach Kreisen und kreisfreien Städten 2006 zu 2016



Selbstständigenquote in Berlin, Brandenburg und Deutschland 1991 bis 2017



Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Berechnungsstand August 2017/Mai 2018